



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Die Herausforderungen in der arktischen Zusammenarbeit

verfasst von | submitted by

Loic De Almeida Pedro B.A.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Alfred Gerstl Privatdoz. MIR

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
1.1	Hintergrund und Relevanz des Themas.....	1
1.2	Forschungsfrage und Ziele	9
1.3	Gliederung der Arbeit.....	10
2	Literaturbesprechung	11
3	Theorieansätze	14
3.1	Neorealismus, (Kritische) Geopolitik und geografische Konfliktforschung	14
3.2	Methodik und Forschungsansatz	28
4	Der historische Kontext der Arktischen Kooperation	32
4.1	Die Arktis im 20. Jahrhundert und der Aufstieg geo-strategischer Interessen	32
4.2	Die aktuellen Arktisstrategiepapiere der Anrainerstaaten	36
4.2.1	Vereinigte Staaten von Amerika	41
4.2.2	Kanada.....	45
4.2.3	Grönland (Dänemark)	51
4.2.4	Norwegen	57
4.2.5	Russische Föderation.....	62
5	Die Entstehung des Arktischen Rates	68
6	Herausforderung in der Arktis und deren Auswirkungen auf die Kooperation	75
6.1	Klimawandel und Umweltauswirkungen	75
6.2	Ressourcenmanagement, geopolitische Spannungen und (Un-)Sicherheit.....	78
6.3	Die (Des-)Integration der indigenen Völker in den arktischen Angelegenheiten	85
7	Analyse und Diskussion.....	90
8	Conclusio	97
9	Literaturverzeichnis	101
10	Anhang	111
10.1	Karten und Tabellen	111
10.2	Interviewstranskript.....	111

Abstract

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit den Herausforderungen der arktischen Kooperation. Dabei bestimmen zunächst die Umweltaspekte den Alltag in der Arktis. Der Klimawandel aber wird diese Region für die arktischen Anrainerstaaten (die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Dänemark (Grönland), Norwegen und Russland) wirtschaftlich interessant machen, da die nördlichen Seewege und die natürlichen Ressourcen leichter zugänglich werden, womit ein arktisches Wirtschaftspotenzial hervorgerufen wird. Nach internationalem Recht gehört die Arktis keinem Staat und keiner Bevölkerungsgruppe, sodass sich die arktischen Anrainerstaaten um jedes arktische Gebiet streiten. Durch die Interessen der Anrainerstaaten – wie auch durch den Klimawandel – wird jedoch der Lebensraum der in der Arktis lebenden indigenen Völker zerstört.

Darüber hinaus ist die Arktis eine Region, die stark von Spillover-Effekten betroffen ist, zum Beispiel durch den russischen Angriff in der Ukraine. Dies spielt insbesondere bei der arktischen Zusammenarbeit eine große Rolle, da die Arktis zu einem gewissen Grad institutionell vom Arktischen Rat verwaltet wird, der durch verschiedene Arbeitsgruppen und jährliche Gremien über die Tätigkeiten in der Arktis entscheiden kann. Russland wurde infolge des Krieges aus diesem Rat ausgeschlossen, womit der Arktische Rat vor unbekannte Herausforderungen gestellt ist, und diese haben deutliche Auswirkungen auf die arktische Kooperation. Die kooperative Eiszeit belebt die Geopolitik in der Arktis und reaktiviert die militärische Historie dieser Region. Ziel dieser Arbeit ist es aufzuzeigen, welche Rolle der Arktische Rat seit seiner Gründung in der arktischen Zusammenarbeit eingenommen hat, wie der Rat diese Zusammenarbeit weiterentwickelte und wo seine Stärken und Schwächen bzw. Grenzen liegen.

Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit sind daher konkret die Arktisstrategien der fünf Anrainerstaaten sowie wissenschaftliche Berichte. Als theoretischer Rahmen dienen die Theorien des (Neo-)Realismus, der (Kritischen) Geopolitik und der geografischen Konfliktforschung. Dabei wird sowohl eine qualitative Inhaltsanalyse als wissenschaftliche Methodik als auch ein Experteninterview herangezogen, um die Argumente dieser Arbeit zu prüfen.

Abstract

The present study addresses the challenges of Arctic cooperation. Initially, environmental aspects dominate everyday life in the Arctic. However, climate change is making the region economically attractive to the Arctic coastal states (the United States, Canada, Denmark (Greenland), Norway, and Russia), as northern sea routes and natural resources become more accessible, thereby unlocking the Arctic's economic potential. Under international law, the Arctic belongs to neither any state nor any population group, leading to competition among the Arctic coastal states over territorial claims. However, the interests of these states, along with the impacts of climate change, are destroying the habitat of the Indigenous peoples living in the Arctic.

Furthermore, the Arctic is a region heavily affected by spillover effects, such as the Russian invasion of Ukraine. This is particularly significant for Arctic cooperation, as the Arctic is institutionally managed to some extent by the Arctic Council, which, through various working groups and annual sessions, can decide on activities in the region. Following the war, Russia was excluded from the Council, presenting the Arctic Council with unprecedented challenges, which have profound implications for Arctic cooperation. This "cooperative ice age" is reinvigorating Arctic geopolitics and reviving the region's military history.

This study aims to analyse the role the Arctic Council has played in Arctic cooperation since its inception, how the Council has fostered this cooperation, and where its strengths, weaknesses, and limitations lie. The study specifically examines the Arctic strategies of the five coastal states and scientific reports. The theoretical framework is based on (Neo-)Realism, (Critical) Geopolitics, and geographical conflict research. A qualitative content analysis and an expert interview are employed as scientific methodologies to validate the arguments presented in this work.

1 Einleitung

1.1 Hintergrund und Relevanz des Themas

Die Arktis stellt eine geographisch und klimatisch einzigartige Region dar, welches ein Land- und Seegebiet von etwa 20 Millionen Quadratkilometern rund um den Nordpol umfasst (Bartsch, 2015, S. 1). Die Arktis erhielt ihren Namen in der Antike, weil das Gebiet unter der Sternkonstellation des Bären liegt. Damals wurde es nach dem griechischen Wort für Bär, „Arctos“, benannt (Arctic Monitoring and Assessment Programme, 1997, S. 6). Insgesamt ist die Arktis durch den nördlichen Polarkreis bei etwa 66°33' nördlicher Breite definiert, dessen Kern das Nordpolarmeer mit 14 Millionen Quadratkilometern der kleinste der insgesamt fünf Ozeane ist (Marshall, 2022, S. 303). Die Region der Arktis umfasst die Territorien der sogenannten „*Arctic Five*“ (A5), bestehend aus Kanada, Russland, den Vereinigten Staaten von Amerika (im Folgenden USA genannt), Norwegen und Dänemark (Grönland). Diese Staaten nehmen eine zentrale Rolle als Hauptakteure in der politischen und wirtschaftlichen Gestaltung der Region ein. Ergänzt werden sie durch Island, Finnland und Schweden. Gemeinsam bilden diese acht Nationen, einschließlich der A5, die Gruppe der „*Arctic Eight*“ (A8). (Abb. 1). Diese Staaten bilden den Arktischen Rat und damit das Hauptelement des wichtigsten politischen Instruments der Arktis. Sie sind permanente Mitglieder dieses Rates haben damit die letzte Bestimmungsinstanz inne. Festzuhalten ist hier jedoch, dass nur fünf der acht Staaten einen direkten maritimen Zugang zum Nordpolarmeer haben. Diese sind die USA, Kanada, Russland, Norwegen und Dänemark und haben daher in geopolitischen Diskussionen durch ihren direkten Zugang stärkeres Gewicht.

Weitere Möglichkeiten, die Grenzen der Arktis zu definieren, wurden von der AMAP-Arbeitsgruppe des Arktischen Rates vorgelegt (Abb. 1). So gibt es erstens die AMAP-Area, die weite Teile des arktischen Landgebietes (wie Alaska, die nördlichen Teile Kanadas und große Gebiete Sibiriens) umfasst (AMAP, 2010). Zweitens gibt es die Linie der „*Arctic marine boundary*“, die die Abgrenzung des Arktischen Ozeans und angrenzender Meeresgebiete bestimmt und drittens die Linie der „*10°C July isotherm*“, die eine klimatische Grenze bezeichnet, die die Arktis anhand von Temperaturbedingungen abgrenzt. In der „AMAP-Area“ definierten Region leben etwa vier Millionen Menschen, wovon zehn Prozent indigener Herkunft sind (Sidorova, 2019, S. 74).



Arctic Monitoring and Assessment Programme

AMAP Assessment Report: Arctic Pollution Issues, Figure 2.1



Abbildung 1: Die Arktis, definiert durch die Temperatur, und die arktische Meeresgrenze, die auch die Grenze des AMAP-Bewertungsgebiets zeigt (Stonehouse, 2007)

Die Arktis ist von extremen klimatischen Bedingungen geprägt, die sich in langen, dunklen Wintern und kurzen, intensiven Sommern äußern. Trotz dieser Herausforderungen beherbergt die Region eine an die extremen Umweltbedingungen angepasste Flora und Fauna, und sie spielt zudem eine zentrale Rolle im globalen Klima- und Ökosystem. Die dortigen Eisschilde reflektieren einen erheblichen Teil der Sonnenstrahlung und tragen so zur Regulierung der globalen Temperatur bei. Der fortschreitende Klimawandel und das Abschmelzen dieser Eisschilde haben jedoch gravierende ökologische Folgen, die weit über die Grenzen der Region hinausgehen und die laut Carlo Krieger, dem Präsidenten der luxemburgischen Institution „polar.lu“, dramatischer sind, als je vorausgesagt wurden (C. Krieger, persönliche Kommunikation, 3. September 2024: 4’20’’). Insbesondere die Auswirkungen auf den globalen Meeresspiegel und die Veränderung von Wetter- und Klimamustern bergen erhebliche Risiken.

Der Klimawandel eröffnet allerdings auch neue ökonomische und wirtschaftliche Perspektiven, da durch das Abschmelzen des Packeises neue maritime Seewege frei werden (Abb. 2). Diese verbinden Westeuropa, Ostasien und Nordamerika miteinander und werden somit den internationalen Handel zwischen den drei wichtigsten Regionen der Weltwirtschaft erleichtern (Sheng, 2023, S. 2). Die Nordostpassage entlang der russisch-sibirischen Küste und die Nordwestpassage durch den kanadischen Archipel könnten in Zukunft zu bedeutenden globalen Handelsrouten werden, die die traditionellen Seewege durch den Suez- und den Panamakanal ablösen oder diese ergänzen. Denn die Nordwestpassage ist fast 7.000 km kürzer und erweist sich in den eisfreien Sommermonaten zunehmend als alternative Route zum Suezkanal (Järvenpää & Ries, 2011, S. 131).

Neben dem Aufkommen dieser neuen Routen bergen die Veränderungen auch die Erreichbarkeit reicher Vorkommen in der arktischen Region an Land und im Meer. Laut einer US-amerikanischen Studie von 2008 gilt, dass Millionen Barrel Gas und Öl offshore im Arktischen Ozean liegen, womit die Anrainerstaaten aufmerksam auf diese Schätze wurden. (Abb.3 & Abb. 4) Diese Ressourcen sind noch unangetastet, politische Medien vermuten daher einen Wettlauf unter den Anrainerstaaten und fragen sich, welcher Staat als erstes die technologischen und logistischen Mittel aufbauen kann, um als erste Nation von den arktischen Ressourcen zu profitieren. In dieser Arbeit wird jedoch aufgezeigt, warum ein solches Rennen aktuell nicht stattfindet und warum es trotz besserem Zugang zu diesen Ressourcen noch einige Jahre auf sich warten lassen wird.



Abbildung 2: Nordost- und Nordwestpassage (Furian, 2016)

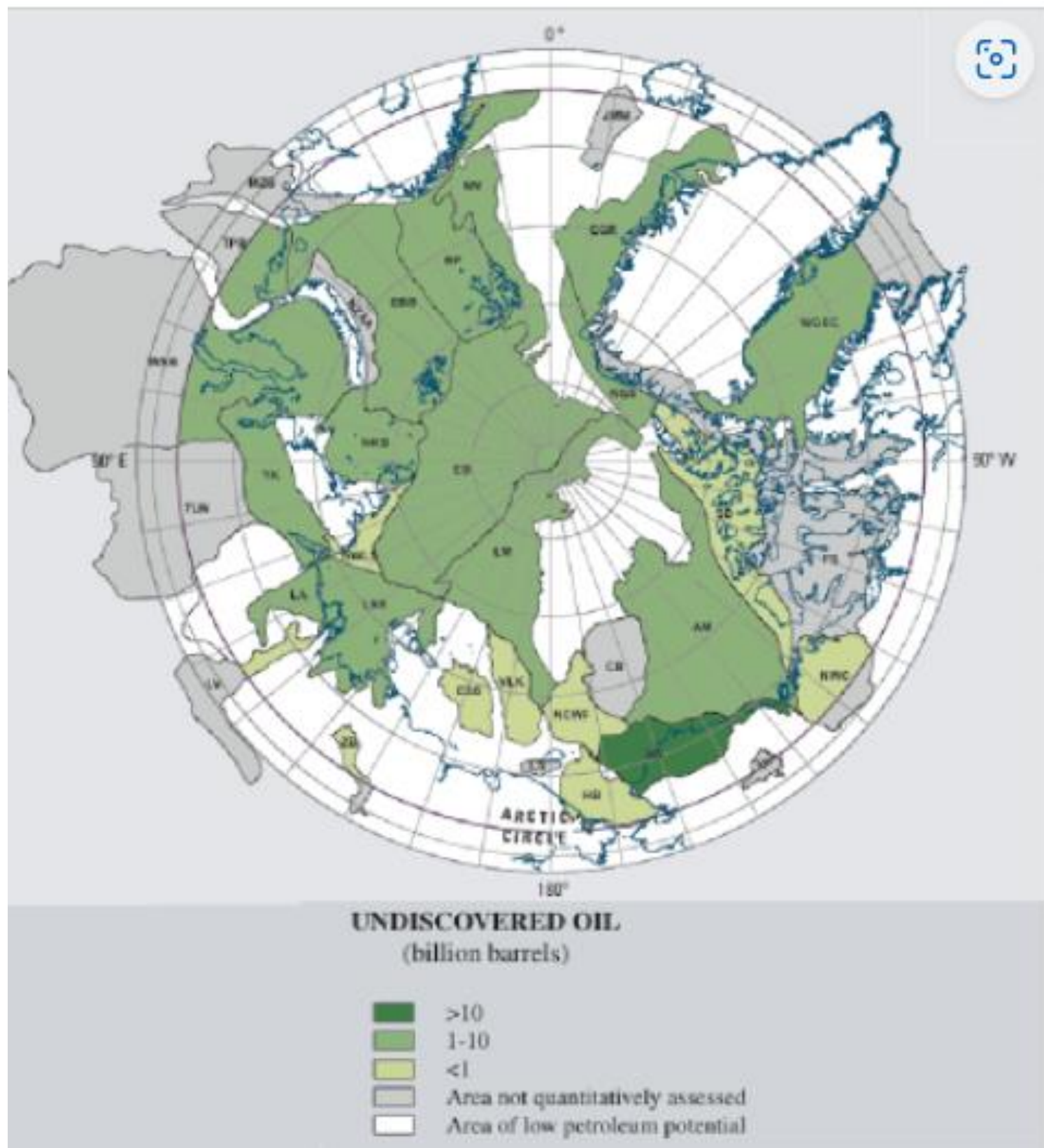


Abbildung 3: Vermutete Gas Felder (Gautier, 2008)

Der Journalist Gerd Braune bezeichnet die Arktis „Weltregion im Werden“ (Saxinger et al., 2016, S. 10), die nicht nur eine ökologische Bedeutung haben wird, sondern auch im Hinblick auf die geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen, zunehmend in den Vordergrund der Großmächte treten wird. Insbesondere in geopolitischen Fragen zwischen den Anrainerstaaten erlangte die Arktis in den letzten Jahren mehr internationale Aufmerksamkeit. Die erwähnten Veränderungen der Arktis haben tiefgreifende wirtschaftliche und geopolitische Implikationen, da sie die globalen Handelsströme beeinflussen und neue Interessenkonflikte zwischen den Anrainerstaaten und anderen internationalen Akteuren hervorrufen können. Zu beachten ist hier, dass die Interessenkonflikte eine historische Konnotation haben, da sich die Bedeutung der Arktis seit dem Zweiten Weltkrieg und während des Kalten Krieges deutlich geändert hat. Die Arktis ist eine Region des ständigen Wandels. Einst als „terra nullis“ (Järvenpää & Ries, 2011, S. 129) ein Niemandsland, wurde die Region zum Schauplatz der Rivalität zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion. Ab 1996 keimte Hoffnung auf, als sie zur „Zone des Friedens“ erklärt wurde und zum Symbol internationaler Zusammenarbeit aufstieg. Doch diese Phase der Harmonie könnte bald wieder verschwinden und eine neue Ära der Konflikte einläuten.

Die Arktis erlebte zahlreiche historische Umbrüche und wandelte sich von einer als „terra nullis“ betrachtete Region über ein von den Machtdemonstrationen der Supermächte USA und Sowjetunion geprägtes Gebiet hin zu einer „Zone des Friedens“ und einem Ort internationaler Kooperation ab 1996, bevor sie erneut von Konflikten geprägt wurde. Zudem gehört zur Arktis seit dem Kalten Krieg eine strategisch-militärische Besonderheit. Durch neue weltpolitische Veränderungen, wie die Annexion der Krim und den russischen Angriff auf die Ukraine, wird diese militärische Besonderheit wieder belebt. Dies hat dazu geführt, dass die Arktis zunehmend in die sicherheitspolitischen Überlegungen der Anrainerstaaten einbezogen wird, womit das Risiko von Spannungen und Konflikten in der Region erhöht werden.

Der politische Alltag wird zurzeit nicht von den einzelnen arktischen Anrainerstaaten bestimmt. Anders als während des Kalten Krieges, wo die beiden Supermächte die Tätigkeiten in der Arktis bestimmten, waren seit dem Zerfall der Sowjetunion internationale Kooperation und rechtliche Regelungen stets von zentraler Bedeutung. Verschiedene internationale Strukturen und Abkommen wurden geschaffen, um die Interessen der beteiligten Staaten zu koordinieren und den Frieden in der Region zu sichern. Vor allem der 1996 gegründete Arktische Rat ist ein wichtiges zwischenstaatliches Forum zur Förderung der Zusammenarbeit in der Arktis.

Dieses Forum hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als zentrale Plattform für den Dialog und die Zusammenarbeit in der Region etabliert und erhielt ein Mandat für Umwelt- und Naturschutz sowie nachhaltige Entwicklung. Allerdings wurden harte Sicherheitsfragen militärischer Natur bei der Gründung bewusst nicht als Mandat aufgenommen, sodass im Rat sicherheitspolitische Angelegenheiten nicht behandelt werden. Die genauen Strukturen des Arktischen Rates werden im Kapitel 4 ausführlich analysiert.

Dennoch ist die zukünftige Bedeutung des Arktischen Rates nicht zu unterschätzen. Der Rat zeigt angesichts der wachsenden Spannungen zwischen den Arktisstaaten, insbesondere zwischen Russland und den westlichen Staaten, seine rechtlichen Grenzen auf und somit auch die Reichweite seines Einflusses. Da es sich beim Arktischen Rat nicht um eine Institution mit einer gesetzlichen Verfassung handelt, zweifeln Expert*innen am Einflussvermögen und der Kompetenz des Rates im Falle einer Verschlechterung der politischen Lage in der Arktis. Es stellt sich darüber hinaus die Frage, wie die Arbeit des Rates in Zukunft aussehen wird, vor allem, nachdem der Rat infolge des Angriffes auf die Ukraine die russischen Minister- und Ratstagungen innerhalb des Arktischen Rates boykottiert hat.

Ein weiteres Abkommen, das die Grenzen der arktischen Anrainerstaaten definiert, ist das Seerechtsübereinkommen (SRÜ/UNCLOS). Das SRÜ der Vereinten Nationen, das 1982 in Kraft trat, bildet den Rechtsrahmen für die Nutzung der Meere und Ozeane, einschließlich der Arktis (United Nations, S. 27). Genauer schafft es die Rechtsgrundlage für die Festlegung von Hoheitszonen, den Zugang zu maritimen Ressourcen und den Schutz der marinen Umwelt. Zudem wird hiermit die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) definiert, in der die Nationalstaaten ein maritimes Gebiet von 200 Seemeilen besitzen und bestimmen. Die Arktisstaaten haben gemäß den Bestimmungen des SRÜ die Möglichkeit, Ansprüche auf eine Erweiterung ihres Territoriums geltend zu machen, wenn sie nachweisen können, dass ihr Kontinentalsockel, der sich unter dem arktischen Meereis erstreckt, eine natürliche Verlängerung ihres Küstengebiets darstellt (ebd., S. 44).

Das SRÜ ist ein bedeutendes Regelwerk für die Arktis und könnte im Ernstfall dabei helfen, Streitigkeiten beizulegen. Die Umsetzung dieser Vereinbarung bleibt aber in der Praxis eine Herausforderung, insbesondere angesichts der divergierenden Interessen der Arktisstaaten und der zunehmenden Beteiligung externer Akteure wie der Volksrepublik China in den arktischen Angelegenheiten. Auch auf die Provokation Russlands im Jahr 2008, als ein russisches U-Boot eine russische Flagge auf den Grund des Arktischen Ozeans setzte und die Arktis symbolisch

zum russischen Territorium erklärte, gab es keine Reaktion auf die Verletzung des SRÜ-Rechts. Insgesamt stellt die Arktis eine Region von wachsender geopolitischer und wirtschaftlicher Bedeutung dar, deren zukünftige Entwicklung maßgeblich von der Fähigkeit zur internationalen Zusammenarbeit und zur Lösung bestehender und aufkommender Herausforderungen abhängt. Die geostrategische Lage und das wirtschaftliche Potenzial der Arktis führen zu einer komplexen Situation, in der sowohl Kooperations- als auch Konfliktpotenziale bestehen. Ob die internationale Gemeinschaft in der Lage ist, den Herausforderungen in der Arktis zu begegnen, wird davon abhängen, inwieweit es ihr gelingt, die Interessen der Teilnehmerstaaten in Einklang zu bringen und wirksame Mechanismen zur Konfliktlösung zu entwickeln.

1.2 Forschungsfrage und Ziele

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Analyse der arktischen Kooperation und der damit verbundenen Herausforderungen in den Bereichen Umwelt, Klimawandel, Sicherheit sowie den Rechten und Interessen der indigenen Völker der Region. Ziel ist es, diese Herausforderungen zunächst klar zu benennen und systematisch zu untersuchen. Im nächsten Schritt werden dann die internationalen Strukturen der arktischen Zusammenarbeit, insbesondere die Rolle des Arktischen Rates, beleuchtet. Schließlich werden die verschiedenen Analyseebenen zusammengeführt, um ein umfassendes Bild der arktischen Kooperation zu zeichnen. Auf dieser Grundlage wird die zentrale Forschungsfrage beantwortet, die wie folgt lautet:

"Welche Herausforderungen bestehen in der internationalen Zusammenarbeit in der Arktis, und welche Rolle spielt der Arktische Rat bei der Förderung der Kooperation der arktischen Anrainerstaaten?"

Darüber hinaus werden im Rahmen der Masterarbeit weitere Unterfragen behandelt, konkret lauten diese wie folgt:

- Wie hat sich die Zusammenarbeit in der Arktis im Laufe der Zeit entwickelt, und wie stellt sich die gegenwärtige Situation dar?
- Inwiefern beeinflussen umweltbedingte, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Herausforderungen die Kooperation zwischen den arktischen Anrainerstaaten?

- Könnte sich die Arktis in näherer Zukunft in eine mögliche heiße Konfliktzone zwischen den Anrainerstaaten entwickeln?

Für die theoretische Fundierung der Arbeit werden der (Neo-)Realismus sowie die (Kritische) Geopolitik und die geopolitische Konfliktforschung dargelegt. Diese Theorien dienen dazu, die geografische und geopolitische Bedeutung der Arktis zu analysieren und die Interessen der arktischen Anrainerstaaten besser zu verstehen. Der theoretische Rahmen wird insbesondere für die strategische Lage der Arktis im globalen Kontext benötigt.

Die wissenschaftliche Methodik der Arbeit stützt sich auf eine qualitative Inhaltsanalyse. Herangezogen werden hierbei zentrale Dokumente wie die Arktisstrategiepapiere der fünf Anrainerstaaten sowie aktuelle wissenschaftliche Beiträge und Zeitschriften. Diese Dokumente dienen als Untersuchungsgrundlage, um ein vertieftes Verständnis der politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen in der Arktis zu entwickeln und die Dynamik der internationalen Zusammenarbeit zu analysieren.

1.3 Gliederung der Arbeit

Nachdem der regionale Rahmen und die Relevanz der Thematik erläutert sowie die Forschungsfrage dieser Arbeit festgehalten wurde, folgt nun ein Überblick über die Gliederung dieser Arbeit. Zunächst wird der theoretische Rahmen abgesteckt, der als Grundlage dient, um die Forschungsfrage zu beantworten und die Herausforderungen der Arktis zu beleuchten. Die Theorien werden nicht zusammengeführt, stattdessen werden sie verglichen und die Gemeinsamkeiten der jeweiligen Theorien gegenübergestellt. Der Theorieteil schließt mit einem Abschnitt über die ausgewählte Methodik ab.

Neben grundlegenden theoretischen und die Region betreffenden Informationen ist in dieser Arbeit auch der historische Rahmen von besonderer Bedeutung. Die Arktis hat eine recht kurze Historie, die allerdings sehr ereignisreich ist und sich deutlich auf die Ausgangslage der aktuellen Situation auswirkt. Im historischen Teil dieser Arbeit (Kapitel 3) werden auch die aktuellen Strategiepapiere der fünf Anrainerstaaten mittels einer Häufigkeitsanalyse untersucht. Diese Analyse zeigt auf, welche Interessen die Anrainerstaaten haben und wo die Prioritäten in der jeweiligen nationalen Arktispolitik liegen. Die Arbeit beschränkt sich hier auf die fünf

Anrainerstaaten, da nur diese Länder einen direkten Zugang zum arktischen Ozean haben und daher stärker an den zukünftigen Veränderungen beteiligt sein werden.

Das vierte Kapitel beschäftigt sich mit der Entstehung des Arktischen Rates. Zudem wird die Struktur, den Aufbau und die Teilnehmer des Rates näher dargelegt und die Einflussbereiche erläutert und schließlich auch die Grenzen des Rates vorgestellt werden. Die Kapitel 3 und 4 sind als Kernstück der Arbeit zu sehen, weil der Arktische Rat und die nationalen Strategiepapiere von zentraler Bedeutung für die Analyse der Interessen und den daraus resultierenden Herausforderungen in der Arktis sind.

Abschließend werden in dieser Arbeit drei Hauptherausforderungen in der Arktis thematisiert und deren Komplexitäten aufgezeigt. Ausgehend vom Klimawandel werden als erste Herausforderung die Umweltauswirkungen, das Ressourcenmanagement und die daraus resultierenden geopolitischen Spannungen als zweite Herausforderung erläutert. Darüber hinaus bildet das Thema der indigenen Völker und deren Ausschluss in Entscheidungsprozessen eine dritte Herausforderung in der Arktis. Den Abschluss des Hauptteils dieser Arbeit bildet das sechste Kapitel, das eine Analyse des Zusammenspiels dieser drei Herausforderungen bietet und inwiefern die einzelnen Anrainerstaaten sowie der Arktische Rat interagieren, um die Herausforderungen zu meistern.

2 Literaturbesprechung

In der vorliegenden Masterarbeit werden verschiedene theoretische und empirische Quellen herangezogen, um die Herausforderungen der internationalen Kooperation in der Arktis zu analysieren. Eine zentrale theoretische Grundlage bildet der Realismus, insbesondere die Arbeiten von Hans J. Morgenthau (1948), der in seinem Werk *Politics among Nations* die Machtpolitik und das Streben der Staaten nach nationaler Sicherheit beschreibt. Morgenthau argumentiert, dass Staaten in einem anarchischen internationalen System primär nach Macht streben, um ihre Existenz zu sichern. Diese Theorie wird genutzt, um das Verhalten der Arktisstaaten im Kontext geopolitischer Spannungen zu erklären. Ergänzt wird diese Perspektive durch den Neorealismus von Kenneth Waltz (1979), der in seiner Theorie des internationalen Systems die Bedeutung der Strukturen und der Machtverteilung für das Verhalten von Staaten betont. Waltz' Konzept wird herangezogen, um die Dynamiken der

Arktis, wie den Wettlauf um Ressourcen und die wachsende militärische Präsenz, zu verstehen. Des Weiteren stützt sich diese Arbeit auf Rainer Baumann et al. (1999), deren neorealistischen Ansätze zur Macht und Sicherheit eine fundierte theoretische Grundlage bieten. Ihre Konzepte helfen, das Verhalten von Staaten in einem internationalen System ohne zentrale Autorität zu verstehen und zu erklären, warum Staaten ihre militärische Präsenz ausweiten, und Ressourcen kontrollieren wollen, um ihre Position zu stärken. Zur Analyse des Verhaltens der arktischen Anrainerstaaten werden zudem ihre aktuellen Arktisstrategiepapiere einer Inhaltsanalyse unterzogen. Ziel dieser Analyse ist es, eine Häufigkeitstabelle zu erstellen, die die zentralen Prioritäten der einzelnen Staaten aufzeigt.

Die Bedeutung des Klimawandels für die Arktis wird in der Arbeit durch Gschnaller Sandra et al. (2016), Humrich und Wolf (2011) und von den Mitglieder der Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen unterstrichen, der die gravierenden ökologischen Folgen des Klimawandels in der Region hervorhebt. Diese Veränderungen bieten sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Perspektiven, insbesondere durch die Öffnung neuer Seewege und den Zugang zu bislang unerschlossenen Ressourcen. Pasi Järvenpää und Frank Ries (2011) tragen zur Analyse der sich verändernden Arktis bei, indem sie die Bedeutung der Nordost- und Nordwestpassagen als potenziell strategische Handelsrouten thematisieren, die den globalen Handel und die geopolitischen Beziehungen beeinflussen könnten. Zur Untersuchung der Ressourcenverteilung in der Arktis wird auf die Studie von D. L. Gautier (2008) verwiesen, die die Vorkommen von Öl und Gas im arktischen Ozean beschreibt (Gautier, 2008). Diese Ressourcen werden von den Anrainerstaaten, als zunehmend wertvoll angesehen, was den geopolitischen Wettbewerb in der Region verstärken könnte. In Bezug auf die Geopolitik wird unter anderem die Arbeit von Peter Reuber (2012) herangezogen, um die geopolitischen Leitbilder zu erklären, die die Arktis prägen. Reuber untersucht die strategische Bedeutung der Region und die wechselnden geopolitischen Narrative, die durch den Klimawandel und die Ressourcenverfügbarkeit beeinflusst werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Arbeit ist die Rolle der indigenen Völker der Arktis. Irina Sidorova (2019) beleuchtet in ihrer Forschung die sozialen und kulturellen Herausforderungen, denen die indigenen Gemeinschaften in der Arktis ausgesetzt sind, besonders im Hinblick auf die geopolitischen Spannungen und den Klimawandel, die ihre Lebensräume gefährden. Ihre Arbeit liefert wertvolle Einsichten, die in dieser Arbeit berücksichtigt werden, um die Auswirkungen der geopolitischen Entwicklungen auf diese Bevölkerungsgruppen zu analysieren.

Abschließend wird die Arbeit durch die Forschung von Lassi Heininen (2018) ergänzt, der die geopolitische Bedeutung der Arktis und die Rolle von geopolitischen Leitbildern und Medien in der Wahrnehmung der Region untersucht. Heininen beleuchtet, wie die Arktis als „Zone des Friedens“ während des Kalten Krieges und als „Storehouse of resources“ in jüngster Zeit wahrgenommen wird und wie diese Wahrnehmungen die internationalen Beziehungen beeinflussen.

Die Literatur zeigt, dass die Kooperationsprobleme in der Arktis nicht nur durch militärische Spannungen, sondern auch durch das Fehlen eines zentralen Regulators und durch Umweltfragen geprägt sind. Der Klimawandel hat die Region zunehmend wirtschaftlich attraktiv gemacht, was jedoch Konflikte und eine zunehmende Militarisierung zur Folge hat. In der Literatur wird auch häufig auf die indigenen Völker in der Arktis eingegangen, deren Rechte und Lebensräume zunehmend durch geopolitische Interessen der Staaten gefährdet sind. Ein wichtiger Aspekt in der bestehenden Forschung ist die Rolle des Arktischen Rates. Während der Arktische Rat ursprünglich als Instrument zur Förderung der Zusammenarbeit und des Umweltschutzes konzipiert wurde, zeigen jüngste Entwicklungen, insbesondere nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, dass der Rat vor erheblichen Herausforderungen steht, da Russland nun ausgeschlossen ist und die Geopolitik in der Region neu ausgerichtet wird. Es besteht eine deutliche Forschungslücke in Bezug auf die Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Zusammenarbeit in der Arktis, insbesondere im Kontext der sich verändernden Ressourcenverteilung und der Umweltverschmutzung. Es gibt auch wenig empirische Forschung zu den sozialen Spannungen und deren Einfluss auf die geopolitischen Spannungen in der Region. Der Arktische Rat setzt sich dafür ein, diese Forschungslücke in den kommenden Jahren durch die Arbeit seiner internen Arbeitsgruppen zu schließen. Weitere Forschung ist notwendig, um zu verstehen, wie internationale Kooperationen im Rahmen der Arktis auf die Herausforderungen wie militärische Konflikte und wirtschaftliche Interessenkonflikte reagieren können. Es wird klar, dass die Analyse der arktischen Kooperation und des Arktischen Rates in dieser Arbeit nicht nur den aktuellen Stand der internationalen Beziehungen widerspiegelt, sondern auch die Dynamiken der geopolitischen Veränderungen durch den russischen Angriff auf die Ukraine berücksichtigt. Die Untersuchung der nationalen Arktisstrategien und der internen Spannungen zwischen den Anrainerstaaten liefert neue Perspektiven für die Zukunft der Arktis als geopolitisch und ökologisch umstrittenes Gebiet.

3 Theorieansätze

3.1 Neorealismus, (Kritische) Geopolitik und geografische Konfliktforschung

Der theoretische Rahmen dieser Masterarbeit umfasst mehrere wissenschaftliche Disziplinen, um die Diversität der arktischen Region bestmöglich untersuchen zu können. Wie bereits in der Einleitung beschrieben, haben zahlreiche Faktoren Einfluss auf die Arktis. Durch diese im Folgenden noch näher zu untersuchenden Faktoren erhöht sich die Komplexität des Themas der Arktis und auch die arktische Kooperation hat sich hiermit auseinanderzusetzen.

An dieser Stelle wird zunächst eine erste Analyse des internationalen Systems durchgeführt, sodass die Beziehungen zwischen den arktischen Anrainerstaaten wie auch die unterschiedlichen und gemeinsamen Interessen und Ziele dieser deutlich werden. Grundlage für diese erste Analyse sind die Ansätze des klassischen Realismus bzw. des Neorealismus. Die Theorie ist eine Ansammlung von Ansätzen, die den Nexus zwischen Macht, Sicherheit und Konflikt in Bezug auf zwischenstaatliche Beziehungen auf (inter-)nationaler Ebene behandeln. Beide Ansätze gehen von einer Abwesenheit einer zentralen Herrschaft bzw. eines zentralen Akteurs aus, sodass eine anarchische Weltordnung entsteht. In dieser Anarchie ist das Hauptziel die Sicherung ihrer Macht und ihres Überlebens. Dabei sieht der klassische Realismus die menschliche Natur als Ausgangspunkt des Machtstrebens. Der Neorealismus jedoch, der auf den klassischen aufbaut, betont die Strukturen des internationalen Systems, also die Anarchie und die Verteilung von Macht, als Hauptargument für das Verhalten der Staaten.

Der wohl bekannteste Vertreter des in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelten Realismus ist Hans J. Morgenthau. Mit seinem Werk *Politics among nations* (1948) erhielt der Realismus große Aufmerksamkeit. Morgenthau hat seine Analyse „auf den Säulen der beiden Grundbegriffe der Macht und des nationalen Interesses“ (Kindermann, 2010, S. 41) aufgebaut. Die Vertreter*innen des Realismus untersuchen die Gründe für das Verhalten von Nationen bzw. von Staaten innerhalb der internationalen Politik. Sie stellen fest, dass die primäre Kraft von Staaten das Streben nach Macht ist. Laut Morgenthau ist politische Macht „eine psychologische Beziehung zwischen Inhabern öffentlicher Gewalt“ (Kindermann, 2010, S. 40). In dieser Beziehung gäbe es stets diejenigen, die Macht ausüben, und andere, über die Macht ausgeübt wird. Dabei beruht das Verlangen nach Macht laut den Realist*innen auf individuellem Verlangen und der menschlichen Natur

Des Weiteren ist laut dieser Theorie die menschliche Natur unveränderlich und muss als Ausgangspunkt für die Theorie akzeptiert werden (Masala, 2017, S. 145). Der Egoismus des Menschen dagegen sei die Grundlage der menschlichen Natur und zugleich vervollständigt die Gier nach Macht und die Lust nach Herrschaft diese Natur (ebd.). Die Vertreter*innen des Realismus bezeichnen diesen unersättlichen Hunger der menschlichen Natur als den universellen „animus dominandi“ (ebd. S. 146). Dem Realismus von Morgenthau ist damit eine normative Komponente eingeschrieben, deren Ansatz aus der relativistischen Philosophie stammt (Masala, 2011, S. 257). Gottfried-Karl Kindermann schreibt hierzu in seinem Beitrag im Handbuch der internationalen Politik (2010) das Folgende:

„[i]n einer auf allen Ebenen auch von Willenskonzurrenz geprägten Lebenswelt genügt dem Menschen nicht die bloße Selbsterhaltung. Zum Zweck seiner Selbstbehauptung und Willensentfaltung im Sinne eigener Interessen oder Ziele bedarf er des Mittels der Macht“
(Kindermann, 2010, S. 40).

Anhand der Geschichte zeigt sich laut Morgenthau, dass der individuelle Machtdrang nicht erfüllt werden kann, womit die (inter-)nationale Ebene der Politik relevant wird. Der individuelle Mensch sucht also nach „Kollektiven“, und dies ist nach Morgenthau die Nation auf internationaler Ebene (Masala, 2017, S. 146). Denn die größere Einflussphäre, die eine Nation in der internationalen Politik haben kann, verbessert auch die Möglichkeit, größere Macht zu erlangen. Morgenthau sieht hier die Annahme der Gegebenheit eines anarchischen Systems als Grundlage für das Erklären von Hunger nach Macht (ebd. S. 147). Keaney (2006) hat diesem anarchischen System eine Bedeutung zugefügt, denn diese Anarchie resultiere nicht im Sinne eines Weltkrieges, sondern „in the sense that there is no legal authority to bind a state when it perceives that breaking any agreement with other states is in its interests“ (Keaney, 2006, S. 10). Morgenthau kritisiert das Fehlen einer überlegenen Regulierungsmacht, die über verbindliches Recht entscheiden kann. Staaten begegnen sich permanent auf der Bühne der internationalen Politik als „bewaffnete und souveräne Aktionseinheiten“ (Kindermann, 2010, S. 43).

Morgenthau befasst sich zudem mit der *Führungsperson* des Staates, die er in den meisten Fällen für einen ethisch unvollkommenen Herrscher hält. Diese Machtausübung des Herrschers beinhalte stets die „Dimension des ethischen Bedenklichen“, da die Machtausübung den konstanten Versuch politischen Handels impliziert, den Menschen als Gegenstand des Machtstrebens zu instrumentalisieren (ebd., S. 43). Diese Machtausübung sei somit das

Leitmotiv der Politik und Morgenthau definiert dementsprechend *Politik* als „a struggle for power over men, and whatever its ultimate aim may be, power is its immediate goal“ (Masala, 2017, S. 146). Zudem leitet Morgenthau drei Idealtypen von Politik ab: 1) die Machterhaltung, 2) die Machtsteigerung und 3) die Machtdemonstration (ebd., S. 147). Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation des russischen Angriffskrieges erscheint auch ein vierter Idealtyp mit der Bezeichnung „Machfestigung“ im Morgenthauseischen Sinn geeignet zu sein. Bei Morgenthau wird abschließend auch die Frage behandelt, wie Krieg zwischen Staaten verhindert werden kann. Zur Klärung dieser Frage wird an dieser Stelle ein Ausbau der Erkenntnisse des Realismus durch Kenneth Waltz herangezogen. Dieser führte auch zur Theorie des Neorealismus bzw. des strukturellen Realismus.

Zunächst ist es wichtig zu betonen, dass Kenneth Waltz' Verständnis des Realismus nicht darauf abzielte, eine (Gesamt-)Theorie der Außenpolitik zu erschaffen (Waltz, 1986, S. 340). Laut Baumann (1999) existiere keine ausformulierte neorealistische Außenpolitik, da die abhängigen Variablen der Theorie durch Eigenschaften verschiedener internationaler Systeme wie deren Stabilität oder Kriegsanfälligkeit gekennzeichnet sei und nicht durch das Verhalten einzelner Staaten (Baumann et al., 1999, S. 247). Waltz' zentrales Anliegen war es, eine Theorie der internationalen Politik durch Deduktion zu entwickeln, während Morgenthaus Realismus seine Erkenntnisse per Induktion gewinnt (Masala, 2017, S. 152). Waltz setzt seinen Fokus auf das internationale System, in dem die Staaten handeln und baut seine Theorie aus systematischen Aussagen über die strukturellen Bedingungen auf. Nach Waltz' Logik sind Staaten somit die wesentlichsten Akteure in der internationalen Politik.

Der Neorealismus unterscheidet sich vom Realismus vor allem durch sein „szientistische[s] Wissenschaftsideal“ (Scherrer, 1994, S. 304). Die Vertreter*innen des Neorealismus verwenden die Standards und die Methoden der „analytisch-experimentell verfahrenen Naturwissenschaften“ im Fach der internationalen Beziehungen (ebd.). Zudem sind die klassischen Realist*innen für die Neorealist*innen zu sehr auf den gesunden Menschenverstand fokussiert und gründen ihre Theorie zu sehr auf der Naivität des verbesserungsfähigen Menschen. Zudem arbeiten die klassischen Realist*innen ohne Hypothesen, sodass sich folgende Forschungen nicht an Poppers Kriterien orientieren können. Auch Waltz gehört zu denjenigen, die Morgenthaus Realismus des Reduktionismus bezichtigen, da Hans Morgenthau das Ergebnis von Hegemonie und *Balance of Power* als Ergebnis einer bewusst betriebenen Politik der Staaten – ohne die Verknüpfung an das internationale System – sah (Masala, 2017, S. 151).

Bevor genauer darauf geblickt wird, was Kenneth Waltz mit seinem strukturellen Realismus erklärt und aufzeigt, ist es notwendig, die Gegenstände seiner Theorie zu definieren. Waltz bezeichnet die „internationale Politik“ als „distinct from economic, social and other international domains“ (Waltz, 1979, S. 79). Somit sind hier weitere Disziplinen, wie die Wirtschaft und die Soziologie, in den Vordergrund gestellt, die Einfluss auf das internationale System haben. Laut dieser Theorie versuchen die Staaten ihre höchsten Ziele mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen zu erreichen, womit sie zu rationalen Akteuren werden. Dies sichert den Staaten ihre Existenz, und dies ist nach dem allgemeinen Verständnis des Realismus das Minimalziel eines Staates.

Des Weiteren produziert das internationale System wiederkehrende Muster von Hegemonien und *Balance of power*, in denen die Staaten Grenzen ihres Handelns erfahren. Nach Waltz (1979) ist das internationale System ein System „composed of a structure and of interacting units“ (Waltz, 1979, S. 79). Das internationale System ist dennoch als soziale Struktur zu verstehend, denn Waltz definiert die „units“ als klar trennbare Einheiten, die durch Agieren und Interagieren miteinander in Kontakt stehen. Nach Waltz' Logik sind diese „units“ die Staaten (Waltz 1979, S. 79). Die Struktur des internationalen Systems und die „units“ bedingen sich gegenseitig durch das stets wiederkehrende Muster. Hier liegt auch das eigentliche Erkenntnisinteresse von Waltz, der „die Wirkung, die von der Struktur des internationalen Systems auf die Interaktion der Einheiten und auf die Einheiten selbst ausgeht, [...] erklären [will]“ (Masala, 2017, S. 156). Für seine Untersuchung bildet Waltz erstens eine Analyseebene, auf der das internationale System erforscht wird. Auf dieser Ebene zeigt Waltz die Korrelation zwischen der Struktur der internationalen Politik und dem Außenverhalten der „units“ auf. Zweitens nutzt Waltz die Systemebene, um die gegenseitigen Wechselwirkungen der Staaten zu erforschen. Es soll herausgefunden werden, inwiefern Staaten dazu neigen oder davon abgehalten werden, Maßnahmen zu ergreifen.

Die Analyse von Waltz' strukturellem Realismus gewinnt auf der Systemebene an Bedeutung. Denn hier entsteht eine Gesamtbeziehung zwischen den Staaten, die innerhalb der Systemebene eine eigene Struktur aufbauen. Diese Struktur wird als „Arrangement“ bezeichnet, das die Positionierung der Staaten innerhalb des internationalen Systems aussagt. In dieser Struktur entstehen strukturelle und akteursabhängige Variablen, die unterschieden werden müssen, da mehrere Eigenschaften der Staaten ihr Verhalten bestimmen. Dazu gehören unter anderem die Stabilität und Kriegsverwundbarkeit einzelner Staaten (Baumann et al., 1999, S. 248).

Insgesamt wird hier die Struktur nach drei Aspekten kategorisiert: erstens dem Ordnungsprinzip (anarchisch vs. hierarchisch), zweitens der fehlenden funktionalen Differenzierung zwischen den Einheiten und drittens der Machtverteilung (Masala, 2017, S. 157). Ausgehend von einem anarchischen internationalen System, das heißt von vollständiger Ungewissheit, sind die Aspekte Sicherheit, Macht, Autonomie und Einfluss für die Neorealist*innen von grundlegender Bedeutung. Nach Waltz ist davon auszugehen, dass die „units“ maximale Macht ausüben und dadurch ihr eigenes Überleben sichern wollen. Innerhalb des internationalen Systems und der Struktur der Gesamtbeziehung der Staaten herrsche die Gefahr, die eigene Existenz an andere Staaten zu verlieren. Das internationale System wird daher von Neorealist*innen auch als „Selbsthilfesystem“ gekennzeichnet (Czempiel, 2002, S. 21). Laut der Theorie des Neorealismus resultiert aus dem Problem für seine eigene Sicherheit Sorge zu tragen, das Macht- und Sicherheitsdilemma. Da sich die Staaten gegenseitig anschauen und die Tätigkeiten des Gegenübers interpretieren, kann beispielsweise eine Verstärkung des Militärs, die eigene Sicherheit diminuieren. Gemäß des Neorealismus gleicht das Gewähren der eigenen Sicherheit ein Nullsummenspiel. Dabei steht ständig die Frage der wahren Intention des anderen im Raum und dieses Nullsummenspiel wandelt sich in ein Teufelskreis der Unsicherheit, woraus Konflikte entstehen können.

In der neorealistischen Logik kann es in einem anarchischen System niemals absolute Sicherheit geben, da die grundlegenden äußeren Staatsinteressen einerseits ihre maximale Sicherheit und andererseits die höchstmögliche Macht sind (Baumann et al., 1999, S. 250). Sicherheit ist also der Schutz der eigenständigen Identität und der Funktionalität von Staat und Gesellschaft (Buzan, 1991, S. 18), während Macht „control over resources“ bzw. „control over actors“ und „control over outcomes“ bedeutet (Baumann et al., 1999, S. 251).

Durch Macht erwirbt ein Staat die Fähigkeit, seine Interessen im internationalen System durchzusetzen. Diese Fähigkeit entsteht, wenn Staaten Besitz von Ressourcen erlangen. Des Weiteren kämpfen Staaten in einem anarchischen System auf einer „Basis von Kosten-Nutzen-Kalkülen“ (ebd., S. 248) um die knappen Güter, die ihre Positionierung in der Gesamtstruktur der verschiedenen Staaten festigen, zu verändern oder zu verbessern (Masala, 2017, S. 157). Laut Masala (2017) führt die Machtakкумуляtion der „units“ durch die Abwesenheit einer zentralen Autorität zu einer Ansammlung von Konflikten. Anschließend generieren Staaten an Macht und üben ihren Einfluss auf andere und über ihre Umwelt, was laut Baumann et al. (1999) das Maß der Kontrolle ist.

Im Neoliberalismus sind die Begriffe „Sicherheit“ und „Autonomie“ wichtige Bestandteile. Unter „Autonomie“ verstehen die Neorealist*innen eine faktische und formale Unabhängigkeit von anderen Akteuren. So ist ein Staat autonomer, wenn er minimale Tätigkeiten mit anderen Staaten oder internationalen Institutionen ausübt (Baumann et al., 1999, S. 251). Des Weiteren spielt die Kontrolle (gleichzusetzen mit dem Einfluss) anderer Akteure eine wichtige Rolle für die eigene Autonomie und damit auch für die eigene Sicherheit. Je begrenzter die Kontrolle ist, desto stärker ist die Autonomie, und desto sicherer ist der Staat. Macht dagegen ist im Sinne des Neoliberalismus das Mittel, um Sicherheit und Autonomie für einen Staat zu gewährleisten. Im internationalen System ist Macht die zentrale Währung, welches sich nicht nur mittels militärischen, sondern auch mittels wirtschaftlichen Faktoren ausdrückt. Nichtsdestotrotz setzt Autonomie Macht voraus, sodass Autonomie sowohl Voraussetzung als auch Ergebnis von Macht ist (ebd., S. 252). Das Bedürfnis nach höchster Sicherheit und Autonomie führt hier, wie im Sinne des Morgenthausean Realismus, zur Machtgier. Staaten versuchen mit allen Mitteln, Macht zu akkumulieren, und durch diese Akkumulation fühlen sich andere Staaten bedroht. Aufgrund des Fehlens einer höheren Autorität laufen Staaten in einem anarchischen System Gefahr, mehrere Konflikte miteinander zu haben, die in Kriege übergehen können (Masala, 2017, S. 157).

Zu kritisieren ist an der Theorie des Neorealismus laut Schweller (1994), dass Staaten ihre Position im internationalen System nicht nur befestigen, sondern gleichzeitig auch ausbauen wollen. Dies deutet zwangsläufig auf eine „Dominanz über andere Staaten“ hin (Masala, 2017, S. 159). John Mearsheimer und Joseph Grieco haben die Idee der „Dominanz über andere Staaten“, die bei Waltz fehlt, zugefügt und weiter ausgebaut. Auf sie geht der Ansatz des „defensiven vs. offensiven Realismus“ zurück, der eng mit der Kooperationsproblematik im neorealistischen Verständnis verbunden ist. Der Ansatz entwickelte sich in einer Zeit, in der Staaten durch das Phänomen der „*global governance*“ der 1990er Jahre enger zusammenarbeiteten. Infolgedessen wurden mehrere internationale Institutionen gegründet, in denen sowohl Großmächte als auch kleinere Staaten gemeinsamen Außenhandel betrieben. Dadurch entstand ein gemeinsamer Gewinn, der nun verteilt werden musste.

Nach dem Ansatz des „defensiven Realismus“ sind die Staaten daran interessiert, die „Schere der Verteilung“ der Gewinne nicht zu weit zu ihren Ungunsten öffnen zu wollen (ebd.). Wenn jeder Staat etwa gleich viel zugesprochen bekommt, gibt es keinen Grund für Unruhen. Konträr dazu argumentieren Vertreter*innen des „offensiven Realismus“, dass Staaten, allen voran die

Großmächte, diese ungerechte Vergabe der Gewinne zu ihren Vorteilen ausnutzen. Die daraus resultierende Kluft ermöglicht es Staaten, ihre Dominanz über andere Staaten zu bewahren und so ihre Macht, Autonomie und Sicherheit auszubauen. Dem „offensiven Realismus“ wird vorgeworfen, Krieg als akzeptables Mittel zu betrachten (Toft, 2005, S. 385). Nach dieser Theorie würden Staaten trotz der hohen Kosten eines Krieges diesen vorziehen, wenn die möglichen Gewinne – wie die Eroberung von Gebieten, der Zugang zu Ressourcen oder die Zerschlagung eines Gegners – die Kosten übersteigen (Baumann et al., S. 248). Eine international-zwischenstaatliche Kooperation kann bei Handlung gemäß dem „offensiven Realismus“ nicht auf Dauer bestehen (Czempiel, 2002, S. 21).

Gemäß dem „defensive Realismus“ hingegen wird argumentiert, dass eine Kooperation zwischen den Staaten schwierig, aber nicht unmöglich ist. Durch die Bildung von Allianzen und internationalen Institutionen bewahren Staaten ihre Sicherheit, ohne notwendigerweise ihre Machtdominanz ausüben zu müssen. Gemeinsam werden Bedrohungen minimiert und letztlich die Sicherheit aller Beteiligten erhöht. Dies ist allerdings nur gegeben, wenn innerhalb der Zusammenarbeit kein Betrug oder Misstrauen zwischen den Parteien herrscht. Die Kluft zwischen der ungleichen Verteilung der Gewinne und der egoistische Charakter der Staaten verhindern eine gemeinsame Kooperation auf internationaler Ebene.

Von den Vertreter*innen des defensiven Realismus, wie zum Beispiel Waltz, wurde ein weiterer wichtiger Ansatz etabliert: die *balance of power*. Für die Realist*innen ist *balance of power* ein das zentrale Phänomen, um zwischenstaatliche Beziehungen darzustellen (Gu, 2010, S. 67). Die Kräfte der Staaten sind laut dem Ansatz des *balance of power* so ausgeglichen, dass kein einziger Staat oder Staatengruppe Hegemonie ausüben kann. Im Sinne des „Selbsthilfesystems“ und um sich selbst zu schützen, gehen Staaten Allianzen und Bündnisse ein, sodass ein internationales Gleichgewicht entsteht, das sowohl regionale oder globale Konstellation hat (ebd., S. 67). Nach Waltz etwa gilt, dass bei gegebener Existenz von zwei oder mehreren Staaten, die in einem anarchischen System überleben wollen, unmittelbar ein Machtgleichgewicht entsteht (Wu, 2018, S. 807). Demnach kommt es also nicht darauf an, ob die Staaten eine bewusste Politik der *balance of power* anwenden. Wichtig dagegen sind hier zwei Punkte: erstens, dass das internationale System als ein Naturzustand verstanden wird (das heißt, dass ein autoritärer Akteur fehlt) und zweitens, dass ein Staat jederzeit „untergehen“ kann, wenn er seine eigene Sicherheit nicht selbst garantieren kann (Gu, 2010, S. 67).

Ein Kritikpunkt am Ansatz des *balance of power* ist eine mangelnde Auseinandersetzung mit dem *Sicherheitsdilemma* sowie die Annahme der gegebenen Anarchie des internationalen Systems, ohne diese wissenschaftlich oder empirisch darzulegen (Czempiel, 2002, S. 15f). Des Weiteren hat der Neorealismus eine eher statische Natur, da die Theorie Staaten als immer einheitlich und rational agierende Akteure annimmt. Innerstaatliche und gesellschaftliche Veränderungen sowie transnationale Netzwerke und nichtstaatliche Akteure, die mittlerweile Einfluss auf das internationale System ausüben können, werden dagegen nicht berücksichtigt (ebd., S. 22f). Diese Annahme des Neorealismus verhindert das Abbilden vom Einfluss möglicher Veränderungen innerhalb der Staaten und zwischen diesen. Abschließend ist festzuhalten, dass sich der Neorealismus zu stark auf seine militärischen Faktoren ruht, um seine Grundannahmen der Theorie zu erklären. Nichtmilitärische Faktoren werden nicht berücksichtigt, obwohl diese eine erhebliche Rolle beim Anstreben staatlicher Ziele spielen können. Denn nicht nur Umweltfragen, sondern auch völkerrechtliche und ökonomische Faktoren bestimmen stand 2024 das Außenverhalten der Staaten (ebd., S. 23).

Obwohl der Neorealismus einige kritische Aspekte aufweist, eignen sich die neorealistische Ansätze für das tiefere Verständnis des Themas dieser Arbeit. Nach dem neorealistischen Verständnis des internationalen Systems gibt es in der Arktis ebenfalls eine Abwesenheit eines zentralen Akteurs bzw. eines zentralen Herrscher. Zudem agieren Staatliche und nichtstaatliche Akteure in der Arktis in ihrem eigenen wirtschaftlichen oder territorialen Interesse und befinden sich in einem ständigen Konkurrenzkampf, der zu möglichen Streitereien oder Konflikten in der Region führen kann. In der Arktis kann es zu einem Wettlauf um Ressourcen kommen, in dem neorealistische Ansätze den *Modus Operandi* der Durchsetzung staatlicher Interessen analysieren könnten. Machtstrebungen der einzelnen Staaten sind demnach wichtige Faktoren, da die Arktis zugänglicher wird und Stand 2024 völkerrechtlich keinem Land oder Akteur gehört. Staaten können sich im internationalen System aufgrund des Erlangen von neuen Ressourcen besser und stärker positionieren und somit an Einfluss gewinnen. Da die zu extrahierende Ressourcen primär Erdgas, Seltene Erde und Öl sind, die aktuell an Bedeutung gewinnen, wird die Arktis eine wirtschaftlich interessante Region werden.

Des Weiteren nehmen die Bedeutung des Sicherheitsaspekts und der militärischen Präsenz in der Arktis stetig zu, weswegen Allianzen und internationale Institutionen gegründet werden. Mit neorealistischen Ansätzen kann diese Arbeit das Verhalten von Staaten und ihre Positionierung innerhalb des internationalen Systems analysieren.

Zudem kann mit neorealistischen Theorien erklärt werden, warum Staaten ihre militärische Präsenz in der Arktis erhöhen (etwa um ihre Einflussosphäre abzusichern oder Bedrohungen von außen zu reduzieren). Der russische Angriff auf die Ukraine hat dies bereits deutlich gemacht. Die Aufrüstung des russischen Militärs und die unvorhersehbaren Aktionen Russlands haben die Sicherheit der Nachbarländer wie Finnland, Estland und Lettland erheblich beeinträchtigt. Um seine eigene Sicherheit zu stärken, ist Finnland der NATO beigetreten. Dies unterstreicht den Ansatz der *balance of power*, da durch den NATO-Beitritt Finnlands die Machtverhältnisse in der Region wieder ausbalanciert wurden.

Wichtig zu beachten ist hier jedoch auch, dass neorealistische Ansätze nicht die einzige Erklärung für die arktischen Herausforderungen bieten. Aufgrund der Komplexität des Themas erscheint es interessant, den theoretischen Horizont zu erweitern und dem (Neo-)Realismus eine weitere Theorie zuzufügen, sodass die Arbeit einen vollständigen theoretischen Rahmen hat, mit dem alle Aspekte des Themas behandelt werden können. Da die Kritik am Neorealismus unter anderem eine Vernachlässigung nicht-militärischer Faktoren beinhaltet, bieten die Theorien der (Klassischen) Geopolitik und der Kritischen Geopolitik einen perfekten Überblick über die fehlenden Faktoren.

Als Zweig der Geografie ist die Geopolitik ein zusammengesetztes Konstrukt aus vielen Teildisziplinen. Mit diesen wird angestrebt, das Verhältnis von Raum und Politik zu erklären. Eine einheitliche Erklärung des Begriffs „Geopolitik“ ist möglich, weil der Begriff laut Reuber (2012) „semantisch ausgesprochen mehrdeutig ist und je nach konzeptioneller Positionierung unterschiedliche, teilweise auch stark widersprechende Bedeutungen umfasst“ (Reuber, 2012, S. 158). Zu dieser thematischen Vielseitigkeit der Geopolitik zählen neben der Politik auch wissenschaftliche Felder wie die Politische Geografie und Politikwissenschaften bis hin zu Medienbereiche. Die Charakteristika der Geopolitik basieren auf der Politikwissenschaft und auch auf der politischen Soziologie, da *Lage*, *Raum*, Umwelt, Ressourcen und strategische Position zentrale Begriffe der Geopolitik sind. Diese Disziplin befasst sich mit drei akademischen Großdisziplinen: der Geografie, der Geschichte und mit strategische Studien (Wu, 2018, S. 787). Die Begriffe *Lage* und *Raum* sind dabei als unterschiedlich zu verstehen, da ersterer die Nachbarstaaten, die Topografie und das Klima einbezieht, während der zweite Begriff die Idee der territorialen Ausdehnung weiterentwickelt und die Bevölkerungsdichte in den Blick nimmt (Hagan, 1942, S. 478). Die Geopolitik eines Staates ist somit geprägt vom Standort des Staates und vom Zugang zu (natürlichen) Ressourcen (Kelly, 2019, S. 44).

Je besser der Standort und der Zugang sind, desto größer ist der Einflussbereich außerhalb des eigenen Territoriums. Eine gute räumliche Positionierung bedeutet eine stärkere Einflussosphäre gegenüber anderen Staaten. Ein weiterer Aspekt, der aus Sicht der Geopolitik von Bedeutung ist, ist die Integrierung von Technologie (materialistischer oder organisatorischer Natur), die als Variable bei einer geopolitischen Analyse zu verstehen ist (Wu, 2018, S. 792). Die Technologie beeinflusst somit auch die Entwicklung eines Staates, die wiederum die Positionierung und die Machterlangung beeinflussen und fördern kann. Geopolitik beschäftigt sich also insgesamt mit den Wechselwirkungen zwischen Geographie und Technologie sowie den politischen oder strategischen Implikationen (Wu, 2018, S. 792).

Historisch gesehen entstand der Fachbereich der Geopolitik Ende des 19. Jahrhunderts, als es zur Aufteilung der neu eroberten Territorien in der Kolonialzeit kam. Der Begriff hat unter anderem aus dem Grunde einen negativen Zusammenhang, da seine Konstruktion durch Dichotomisieren der Kolonialgebiete geschaffen wurde (Albert et al., 2003, S. 556). Diese Auf- und Unterteilung in Gebiete und Kategorien stand im alten Verständnis der (Klassischen) Geopolitik stark im Vordergrund. Die Dichotomie bildete Räume, die es der (Klassischen) Geopolitik erlaubten, „Territorium und Gesellschaft“ und „Volk und Raum“ so miteinander zu verbinden, dass machtvolle geopolitische Repräsentationen entstanden. Die (Klassische) Geopolitik kam nicht daran vorbei, den Begriff der „Macht“ in sein Verständnis einzubeziehen. In Verbindung mit dem (Neo-)Realismus haben die Machtstrukturen von Staaten einen Einfluss auf das internationale System und, basierend auf dem klassischen geopolitischen Verständnis, auch Einfluss auf den Raum, weil der Raum nach Reuber (2012) „nicht nur die Bühne oder den Grund für die Auseinandersetzungen bildet, sondern dass ‚Machtfragen‘ in einer viel differenzierteren Weise mit ‚dem Raum‘ verbunden sind“ (Reuber, 2012, S. 36).

Allerdings ist auch das Forschungsfeld der Geopolitik nicht frei von Widersprüchen und es gibt einige Kritikpunkte. Kritiker*innen bemängeln, dass der Ansatz aus zu vielen Elementen verschiedenster Großdisziplinen besteht (Albert et al., 2003, S. 571). Zu kritisieren sei hier, dass die Grundannahmen aus den Großtheorien ins geopolitische Verständnis übertragen und dabei oft abgeschwächt werden. Des Weiteren blieben hier nichtstaatliche Akteure außen vor. Internationale Institutionen und Organisationen üben jedoch inzwischen einen starken Einfluss auf politische Entscheidungen aus.

Zudem haben zivilgesellschaftliche Gruppen und transnationale Unternehmen auf internationaler Ebene einen hohen Stellenwert erlangt und werden stärker in das weltpolitische Geschehen integriert. Schließlich können staatliche außenpolitische Interessen geopolitisch gefördert und gerechtfertigt werden. Geopolitische Leitbilder, auf die später noch eingegangen wird, können politisch instrumentalisiert werden. Dabei geht es dem Staat vor allem darum, sein außenpolitisches Verhalten innerhalb der Gesellschaft zu begründen.

In dieser Arbeit wurde die Fachschaft der Geopolitik als Ergänzung zum (Neo)Realismus ausgewählt, da diese beiden Ansätzen die gemeinsamen Schwerpunkte der *Macht*, der *Sicherheit* und der *strategischen Positionierung* haben. Die Geopolitik impliziert die grundlegenden Elemente, die für diese Schwerpunkte wichtig sind (wie Territorium, Ressourcen und Umwelt), während der Neorealismus aufzeigt, warum ein Staat Machtbestrebungen hat und Sicherheit erreichen will sowie wie sich Staaten im internationalen System verhalten. Die strategische Positionierung, die bei beiden Ansätzen thematisiert wird, wird in der Geopolitik mit Blick auf den Einfluss geografischer Faktoren analysiert. Ergänzend dazu erläutert der Neorealismus die Gründe, warum sich ein Staat dementsprechend im internationalen System, für Einfluss und eigene Sicherheit, positionieren will. Die Idee der „balance of power“ ist in beiden Theorien relevant, denn gemäß beiden Ansätzen streben die Staaten ein Gleichgewicht der Macht an, um Bedrohungen zu beseitigen. Die Staaten sorgen durch geschickte Geopolitik für ihre eigene Sicherheit.

Für die theoretische Analyse der Thematik dieser Arbeit, ist es sinnvoll die Unterkategorien des Fachbereiches der Geopolitik in Erwägung zu ziehen. Im kritischeren Verständnis untersucht die Theorie der Geopolitik zugleich auch die „sprachlichen, kartographischen und bildlichen Konstruktion[en] großregionaler bis globaler räumlicher Ordnungsvorstellungen“ (Reuber, 2012, S. 158). Das Feld der Geopolitik beruht also nicht nur auf der Vermessung und der Vernetzung von Raum und Politik, sondern auch auf dem Versuch, das Eigene und das Fremde mittels Welt- bzw. Leitbildern zu konstruieren (ebd., S. 162).

Daher entstand der Ansatz der Kritischen Geopolitik. Die Anhänger*innen der Kritischen Geopolitik untersuchen, wie Sprache, Karten und Bilder „geopolitischen Ordnungsvorstellungen“ in der Wissenschaft und in der Medienlandschaft entwickelt werden. Sie befassen sich also mit den davon abgeleiteten geopolitischen Welt- bzw. Leitbildern, die die politischen Akteure in ihren Diskursen verwenden. In der Forschung ist vor allem die Suche nach den politischen Akteuren, die diese Leitbilder produzieren und verwenden, wichtig. Die

Akteure können Regierungschefs oder politiknahe „intellectuals of statecraft“ wie Think Tanks sein (ebd., S. 166).

Die Verwendung von geopolitischen Leitbildern (*geopolitical imaginations*) ist allerdings kein neues Phänomen. Die Geschichte zeigt, dass solche Repräsentationen in der Gesellschaft immer wieder benutzt wurden. Der Ansatz der *geopolitical imaginations* analysiert dabei das „Freund-Feind-Bilder-Konzept“, die innerhalb einer Gesellschaft oder zwischen Staaten entstehen können. Diese Leitbilder werden von Forschenden dekonstruiert und dadurch entstehen Abgrenzungen von/zwischen Staaten und von/zwischen Gesellschaften (Albert et al., 2003, S. 564). Forschende analysieren vor diesem Hintergrund primär die Rhetorik einzelner Wörter oder Phrasen, die von den Akteuren benutzt werden. Ziel dieser Analyse ist es, die neuen politischen Räume, die aus Regionalisierung und Abgrenzung entstanden sind, auszuweisen und in einem weiteren Schritt deren Wirkung in der Weltpolitik darzustellen (ebd., S. 561). Das Territorium der neuentstandenen politischen Räume spielt bei der Konzeption der Leitbilder eine wichtige Rolle. Denn die Akteure nutzen die Leitbilder, um den Territorien unter anderem eine strategische Bedeutung zu verleihen.

Aktuell erlebt das Konzept der geopolitischen Leitbilder in der Medienlandschaft eine Renaissance. Vor allem in Bezug auf den Kalten Krieg und die aktuelle geopolitische Lage in der Arktis nutzen die Medien oftmals das „Gegensatzpaar von Ost und West“ (Reuber, 2014, S. 223). Die Diskurse haben sich aufgrund des Zerfalls der Sowjetunion, der Globalisierung der Welt und des Aufstiegs der EU-Staaten leicht verändert. Nichtsdestotrotz nutzen westliche Medien den Begriff des „Ostens“ weiterhin als geopolitisches Pendant zum Westen, zu welchem ein russischer „Revanchist“, eine Großmacht und einem Hegemon sowie einem ressourcenreichen und wirtschaftlich starken Staat gehören. Solche geopolitischen Leitbilder sind stark mit Krisen und Konflikten verknüpft und verleihen Regionen und Territorien ein negatives Gewicht. Mit Blick auf diese Arbeit ist festzuhalten, dass auch die arktische Region von geopolitischen Leitbildern geprägt wurde. Schon während des Kalten Krieges bezeichnete der damalige UDSSR-Generalsekretär Michail Gorbatschow die Arktis als „Zone des Friedens“. Des Weiteren wird die Arktis als „Storehouse of resources“ oder „theater for military“ (Heininen, 2018, S. 172) bezeichnet, womit bereits auf die geopolitische Belastung der Arktis durch geopolitische Leitbilder hingedeutet ist. Es erscheint interessant, genau solche Phrasen und Formulierungen, die die Belastung hervorheben, als geopolitische Leitbilder inhaltlich zu analysieren.

Unter dem Paradigma der Leitbilder entstehen auch getrennte Unterfachgebiete, wie geoökologische oder geoökonomische Leitbilder, die für die Arbeit wichtig zu analysieren sind. Insbesondere geoökologische Leitbilder sind aufgrund des Klimawandels aktuell wieder in den Fokus gerückt. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren setzten sich Wissenschaftler*innen mit diesem Thema auseinander und zeigten, dass der Klimawandel nicht nur zu Umweltschäden, sondern auch zu ökonomischen und sozialen Gefahren führt (Reuber, 2012, S. 179). Folglich werden solche Leitbilder zu Elementen der Politik und damit der politischen Beratung und des politischen Handelns. Interessanterweise beschäftigen sich die Wissenschaftler*innen nur mit den Folgen und Katastrophen des Klimawandels, die im *Globalen Süden* auftreten. Denn das Untersuchungsfeld richtet sich stets auf die „Länder des Südens“, in denen Flüchtlingsströme auftreten und Völker um Ressourcen wie Trinkwasser und Rohstoffe kämpfen. Der anthropogene Klimawandel wird aber auch die nördliche Hemisphäre stärker treffen und auch hier Gefahren mit sich bringen. Die Wissenschaft muss daher die Analyse geografisch ausweiten und auch die kommenden Katastrophen im *Globalen Norden* erforschen.

Der angesprochene Kampf um Ressourcen und Rohstoffe lädt die geoökonomischen Leitbilder in der Analyse der Kritischen Geopolitik negativ auf. Vor allem nach dem Kalten Krieg und durch die Globalisierung drohten Ressourcenknappheit und wirtschaftliche Krisen die neuentstandene Stabilität in der Weltpolitik zu zerstören. Nach Reuber (2012) wird das geoökonomische Feld der Geopolitik in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung gewinnen (ebd., S. 180). Das Auftauen der Polkappen und der neue Zugang zu den dort vermuteten natürlichen Rohstoffen verleihen der Geopolitik eine neue Dynamik. Linguistische und visuelle geopolitische Leitbilder der Anrainerstaaten der Polkappen könnten einen Wettlauf um territoriale und ressourcenreiche Gewinne auslösen.

Die geopolitischen Leitbilder haben zwangsläufig eine deutliche Verbindung zu Konflikten und Kriegen. Durch Kombination der beiden hier diskutierten Theorien des (Neo-)Realismus und der (Kritischen) Geopolitik kann eine Analyse über einen potenziellen Konflikt in der Region der Arktis durchgeführt werden. So hat auch Tobias Ide mit seinem 2017 erschienenen Sammelband „*Friedens- und Konfliktforschung*“ den Zusammenhang zwischen Konflikten und anderen Faktoren aufgezeigt. Die internationalen Kooperationen und der Klimawandel haben eine große Bedeutung in der Analyse der geografischen Konfliktforschung. Das Konzept der Konfliktforschung ist deutlich multi- sowie transdisziplinär und inhaltlich wie auch theoretisch umfangreich aufgebaut. Nach diesem Verständnis können Konflikte als Prozess

oder als Zustand gesehen werden, können symmetrisch oder asymmetrisch sowie formell und informell sein und können durch verschiedene Faktoren wie Ressourcen, Prestige oder symbolische Wahrnehmung und finanzielle Ressourcen geprägt sein (Ide, 2017, S. 9). Die geografische Konfliktforschung hilft dabei, eine Struktur friedenserhaltender Geopolitik zu analysieren. Durch die gewonnenen Erkenntnisse im Bereich der Entstehung und Entwicklung von Konflikten werden nach dem Konzept die Konflikte aus der Sicht der beteiligten Akteure analysiert (Rothfuß, 2011, S. 38). Obwohl der Aspekt der Kooperation lange nicht zur Terminologie der Konfliktforschung gehörte, gewann dieser in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung. Unter dem Konzept der Kooperation wird „das koordinierte Handeln von mindestens zwei sozialen Akteuren“ (Ide, 2017, S. 11) verstanden. Dabei sind gemeinsame Interessen und ein positiver Impact wichtig.

Der Klimawandel hat in den letzten Jahren auch innerhalb der geografischen Konfliktforschung an Relevanz gewonnen. Sowohl die Natur- als auch die Sozialwissenschaften sind ein wichtiger Teil der Konfliktanalyse. Des Weiteren wird der Aspekt des Klimawandels nicht nur auf politischer und wissenschaftlicher Ebene diskutiert, sondern rückt nun auch zunehmend in den Fokus der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit. Von Interesse ist an dieser Stelle, dass Ressourcen und soziale Spannungen häufig Auslöser für Konflikte sind. Studien zeigen, dass erstens der Klimawandel die Grundlage von Konflikten sein kann und zweitens der Klimawandel Druck auf soziale Systeme ausübt (Ide, 2017, S. 194). Küstenstädte etwa drohen in den kommenden Jahren durch das Auftauen des arktischen Eisschildes überflutet zu werden. Und die gefährdeten Orte befinden sich nicht nur im Globalen Süden, denn dazu gehören zum Beispiel auch die US-amerikanische Stadt Miami und die Niederlande. Der Meeresspiegel wird infolge des Auftauens der Schilde ansteigen, die Monsunzeiten werden sich verändern und sich intensivieren.

Insgesamt gibt es in der Literatur der geografischen Konfliktforschung noch zu wenige Studien zum Zusammenhang von Klimawandel, Kooperation und (potenziellen) Konflikten (ebd., S. 215). Eine Forschungslücke ist hier deutlich erkennbar, da es laut Ide (2017) theoretische Defizite bei der Konzeptualisierung des Verhältnisses von Klima und Konflikten gibt (ebd.). Darüber hinaus bleibt es umstritten, inwiefern internationale Kooperationen Einfluss auf die Bekämpfung des Klimawandels und auf die Prävention von Konflikten nehmen kann.

3.2 Methodik und Forschungsansatz

Die Bedeutung von inhaltsanalytischen Verfahren hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen, dies gilt insbesondere für die Analyse von Texten, Zeitschriften-/Zeitungsartikeln oder Interviews. In den Analysen wird zwischen Inhalt und Sprache unterschieden, wobei die Ausrichtung auf den Inhalt empirisch und hermeneutisch geprägt ist, die Sprachanalyse sich dagegen stärker auf die Linguistik und die Nutzung von Datenbanken konzentriert (Atteslander, 2010, S. 195). Für diese Arbeit ist vor allem die hermeneutische Inhaltsanalyse (also eine qualitative Inhaltsanalyse) von Texten, Bildern und Videos wichtig.

Um hier eine klare Definition der Inhaltsanalyse zugrunde zu legen, wird (aus Mangel an einer angestrebten einheitlichen Definition) die folgende definierende Beschreibung von Klaus Mertens vorgestellt:

„[Die] Inhaltsanalyse ist eine Methode der Datenerhebung zur Aufdeckung sozialer Sachverhalte, bei der durch die Analyse eines vorgegebenen Inhalts (z. B. Text, Bild, Film) Aussagen über den Zusammenhang seiner Entstehung, über die Absicht seines Senders, über die Wirkung auf den Empfänger und/oder auf die soziale Situation gemacht werden.“ (ebd., S. 203)

Die qualitative Inhaltsanalyse ist daher ein geeignetes Verfahren, um Textquellen wie Dokumente und Artikeln inhaltlich zu untersuchen (Mayring und Fenzl, 2014, S. 543). Das Verfahren ist stark regelgeleitet und intersubjektiv überprüfbar. Dies unterscheidet die qualitative Inhaltsanalyse von anderen inhaltsanalysierenden Verfahren. Der erste Schritt dieser Analyse ist dabei das zu untersuchende Material (auch als Kommunikationsmaterial bezeichnet) im Vorfeld festzulegen. Insbesondere ist zu klären, ob es sich um Texte, Bilder oder anderes Material handelt. Dabei sind nicht nur der Inhalt, sondern auch andere Bestandteile der Überlieferung wichtig. In dieser Arbeit werden primär die arktischen Strategiepapiere der Anrainerstaaten inhaltlich untersucht. Dafür soll mithilfe von Kategorien Textpassagen gruppiert werden und so eine Häufigkeitsanalyse erstellt werden. Durch die Häufigkeitsanalyse soll schließlich die Interessen und die Prioritäten der einzelnen Anrainerstaaten dargelegt werden. Folgende Tabelle soll einerseits die einzelnen Kategorien zeigen und andererseits die passenden Kriterien:

Kategorien	Kriterien
Menschliche Dimension	<ul style="list-style-type: none"> - Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen (Gesundheitsversorgung, Bildung, Nahrungsmittelsicherheit); - Förderung kultureller und sozialer Stabilität, insbesondere für indigene Gemeinschaften.
Internationale Kooperation	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung und Aufrechterhaltung von bilateraler und/oder multilateraler Kooperation; - Förderung von Dialogplattformen zwischen arktischen und nicht-arktischen Staaten zur Konfliktprävention; - Zusammenarbeit bei der Regulierung von wirtschaftlichen Aktivitäten wie Fischerei, Bergbau und Schifffahrt; - Entwicklung gemeinsamer Mechanismen für Umweltüberwachung und Katastrophenmanagement.
Umwelt	<ul style="list-style-type: none"> - Integration von langfristigen Klimaschutzmaßnahmen und Nutzung erneuerbarer Energien in der Region; - Entwicklung nachhaltiger Fischerei- und Jagdmethoden zum Schutz gefährdeter Arten; - Förderung von Umweltbildung und Bewusstsein bei lokalen Gemeinschaften.
Sicherheit	<ul style="list-style-type: none"> - Aufbau eines umfassenden Krisenmanagementsystems, das zivile und militärische Ressourcen integriert; - Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei Such- und Rettungsmissionen (SAR); - Entwicklung von Frühwarnsystemen für Naturkatastrophen und Sicherheitsbedrohungen; - Fokus auf „soft security“: Schutz vor Cyberangriffen und Sicherung kritischer Infrastrukturen.
Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau der Infrastrukturen der Nordseepassagen; - Entwicklung von Strategien für nachhaltige Ressourcennutzung in der Arktis; - Regulierung der Schifffahrt zur Minimierung von Umweltbelastungen; - Förderung lokaler Wirtschaftsmöglichkeiten, die indigene Gemeinschaften einbeziehen.
Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> - Investition in Bildungseinrichtungen und Krankenhäuser; - Aufbau nachhaltiger und klimafreundlicher Infrastrukturen; - Entwicklung von Technologien, die den arktischen Bedingungen standhalten; - Sicherstellung eines flächendeckenden Zugangs zu digitaler Infrastruktur (Internet, Mobilfunk).
Forschung	<ul style="list-style-type: none"> - Langfristige Forschungsprogramme zur Entwicklung klimaresistenter Technologien; - Förderung von partizipativer Forschung, bei der indigene Gemeinschaften einbezogen werden; - Aufbau internationaler Forschungsnetzwerke, um Daten zu teilen und Lösungen global anzuwenden.

Abbildung 5: Kategorien und Kriterien der Häufigkeitsanalyse (erstellt vom Autor)

Das Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse ist stark kategoriengeleitet. Einzelne Textpassagen sind bei der Auswertung so zuzuordnen, dass Kurzformulierungen entstehen. Die Orientierung an Kategorien ist ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zu anderen Konzepten der Textanalyse (Mayring und Fenzl, 2014, S. 544). Auf diese Weise können Texte systematisch analysiert und zusammengefasst werden. Dadurch wird ein Kategoriensystem gebildet, das das Herzstück der Analyse darstellt und dem Text eine latente Bedeutung verleiht, aus der sich letztlich die Interpretation des Textes ableitet (Schnell et al., 2013, S. 23). Die Interpretation ist streng regelorientiert und präzise. Nach Mayring (2008) werden die Kommunikationsmaterialien in analytische Einheiten gegliedert und sukzessiv nach einem Ablaufmodell bearbeitet (Mayring, 2008, S. 10). Nach der Kategorisierung der Textpassagen folgt eine Kodierung, die zum einen das minimale Textmaterial bestimmt, das einer Kategorie zugeordnet werden kann, und das zum anderen im Nachhinein ausgewertet werden kann (Mayring & Fenzl, 2014, S. 546). Die Verwendung quantitativer Gütekriterien für die qualitative Inhaltsanalyse ist allerdings umstritten. Die Idee der *Intrakoder-* und *Interkoderübereinstimmung* soll die Überprüfbarkeit der Methode nachträglich gewährleisten. Die *Intrakoderübereinstimmung* garantiert, dass nach der Analyse direkt an eine weitere Auswertung der Daten durchgeführt wird. Dabei soll nicht auf die davor zugeordneten Kategorien gesehen werden (ebd.). Die *Interkoderübereinstimmung* ist komplexer, da die Objektivität mittels eines zweiten Kodierens ermittelt werden soll. Mehrere Personen sollen durch die gleiche Analyse zum gleichen Ergebnis kommen und dadurch die Validität der Analyse zeigen (Schnell et al., 2013, S. 18). Der Interpretationsprozess ist allerdings mit Hindernissen verbunden, da neben dem methodischen Prozess auch impliziertes Hintergrundwissen herangezogen werden muss (ebd.). Aus diesem Grund hinterfragen die Vertreter*innen der qualitativen Forschung die Übertragbarkeit der Gütekriterien der quantitativen Forschung auf ihren Forschungszweig.

Für die Interpretation von Analysen gibt es bei der qualitativen Inhaltsanalyse drei Techniken: 1) Zusammenfassung, 2) Explikation, 3) Strukturierung. Die Zusammenfassung reduziert das Kommunikationsmaterial so, dass nur noch der wesentliche Inhalt übrig bleibt (Mayring, 1994, S. 164). Ziel der Zusammenfassung ist es, eine Abstraktion zu schaffen, die die Aussagen des Kommunikationsmaterials durch erneute Betrachtung dennoch valide wiedergibt und damit das Ausgangsmaterial abbildet (ebd., S. 166). Bei der Explikation geht es darum, das gewonnene Verständnis zu erweitern. Weiteres Material ist einzubringen, wenn Textpassagen unklar sind. Das zusätzliche Material durchläuft dieses Prozedere erneut und es muss ebenfalls vorab geklärt

werden, was als Zusatzmaterial herangezogen werden darf (ebd., S. 167). Die Strukturierung ermöglicht es, einen „Querschnitt“ entlang der ausgewählten Daten durchzuführen. Festgelegte Aspekte werden dem Kommunikationsmaterial entnommen und in eine Struktur gebracht. Diese Struktur wird dann wiederum in Kategorien eingeteilt und an das Material herangetragen. Nach Mayring (2008) handelt es sich dabei um eine deduktive Analyserichtung (Mayring, 2008, S. 11).

Ein Experteninterview soll die wissenschaftliche Methode dieser Arbeit abrunden. Diese Form von Interviews richtet sich an speziell ausgewählte Gruppen, da der Status der Befragten, die als Expert*innen eingestuft werden, von Bedeutung ist. Ein solcher Status erlangt eine Person, wenn sie die über spezifisches Wissen und ein gewisses Maß an Kompetenz im jeweiligen Fachbereich verfügen (Helfferich, 2014, S. 571). Wissen kann auf unterschiedliche Weise geprägt sein und reicht von Insiderwissen bis hin zu Hintergrundwissen aus unzugänglichen Erfahrungsbereichen (ebd.). So fungieren Expert*innen als Ratgeber*innen oder als Wissensvermittler*innen, indem sie Fakten weitergeben oder Brücken zu schwer zugänglichem Wissen bauen. Bei der Methode der Experteninterviews ist zwischen drei Formen zu unterscheiden: Erstens gibt es die Form der *Exploration*, zweitens die *systematisierende* und drittens die *theoriegenerierende* Form. Unter *Exploration* verstehen die Wissenschaftler*innen die Konstruktion einer vorläufigen Orientierung zu einem neuen Thema (Bogner & Menz, 2002, S. 37). Die *Exploration* gibt dem/der Forscher*in die Möglichkeit, das Thema zu strukturieren und eventuelle Hypothesen zu entwickeln. In der zweiten Form (*systematisierend*) wird der/die Expert*in als Ratgeber*in eingesetzt. Das exklusive Wissen des/der Expert*in steht hier an oberster Stelle. Ziel ist es, eine vollständige Informationssammlung zu generieren und sich dem Thema aus der „objektiven“ Sicht der Expert*innen zu nähern (ebd.). Das theoriegenerierende Experteninterview geht über die klassische Funktion der Expert*innen als Katalysator des Forschungsprozesses und als Informationsgeber*in hinaus. Nach Bogner et al. (2002) ist das Ziel dieser Form „die kommunikative Erschließung und analytische Rekonstruktion der `subjektiven Dimension` des Expertenwissens“ (ebd., S. 38).

Wird die Form des Experteninterviews als Methode gewählt, so ist ein Leitfaden für den Ablauf des Interviews zu erstellen. Experteninterviews können je nach Erkenntnisinteresse strukturiert oder offen geführt werden, wobei für diese Arbeit eine Strukturierung empfohlen sei. Ein idealer Leitfaden ist daher „so offen wie möglich, so strukturierend wie nötig“ (Helfferich, 2014, S. 560). Für diese Arbeit eignet sich ein Experteninterview in systematisierender Form.

Als Ratgeber*innen können sie mit ihrem Wissen die aus der Inhaltsanalyse gewonnenen Erkenntnisse bestätigen. Des Weiteren können die Expert*innen zu bestimmten Problemen, die im Interview als Stimuli eingesetzt werden, Stellung beziehen und diese auf Basis des jeweiligen Hintergrundwissens offen kommentieren.

4 Der historische Kontext der Arktischen Kooperation

4.1 Die Arktis im 20. Jahrhundert und der Aufstieg geo-strategischer Interessen

Die Arktis, eine der abgelegensten und extremsten Regionen der Welt, hat im Laufe der Geschichte große strategische Bedeutung erlangt. Durch die militärische Nutzung während des Zweiten Weltkrieges, die Spannungen des Kalten Krieges und auch die internationalen Kooperationen in den letzten Jahrzehnten hat sich die Region ständig gewandelt. Aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit erfolgt hier im historischen Teil zur Arktis eine Konzentration auf die Zeit des Zweiten Weltkrieges und danach. Denn in dieser Zeit entwickelten sich die geopolitischen Interessen der Anrainerstaaten. Dennoch soll hier kurz die Geschichte der Arktis kurz dargestellt werden.

In zahlreichen antiken Schriften von Pytheas von Massilia, der 330 v. Chr. nach seiner Reise auf die Britischen Inseln an den südlichen Polarkreis reisen wollte, gibt es Berichte über eine eisige Region mit mythischen Erscheinungsbildern von riesigen Bären und einer strahlenden Sonne um Mitternacht (Lohmann & Podbregar, 2012, S. 166). Durch alte Zeugnisse ist bekannt, dass sich vor etwa zwölftausend Jahren indigene Völker in der Arktis zu entwickeln begannen (Bartsch, 2015, S. 2). Eine weitere Zäsur in der Geschichte der Arktis ist durch die Reisen der Wikinger nach Westen gegeben. Auf ihrer Reise gründeten die Wikinger Siedlungen auf Island, Grönland und in Teilen Alaskas und Kanadas. Das Ziel der Wikinger war es, neue Seerouten und Handelspartner zu finden, aber auch sich als Wikingervolk in den besiedelten Gebieten zu auszubreiten (Spohr et al., 2013, S. 12).

Die Geschichte der Arktis erhielt während der Blütezeit des Seehandels im 16. und 17. Jahrhundert eine neue Dynamik. Das englische und das niederländische Königreich mussten sich nach neuen Seewegen für neue Handelspartner*innen umsehen, da die Königreiche der Spanier und der Portugiesen, die zur neuen Welt führenden südlichen Seewege bestimmten. Die

nördlichen Seewege wurden im Laufe der Zeit immer interessanter und gewissermaßen mythisch, weil die zuvor nur wenige Seeleute diese Passage erfolgreich durchfahren hatten. Viele waren nur bis Moskau oder Spitzbergen gekommen. Nichtsdestotrotz belebte die industrielle Revolution die Expeditionsreisen auf ein Neues. Dank weiterentwickelter Schiffe und Technologien konnten die Seefahrer nun länger auf den Meeren unterwegs sein und nördlichere Passagen ausprobieren. Zu dieser Zeit entwickelten sich die ersten internationalen Kooperationen zwischen Staaten, die sich zusammenfanden, um die Expeditionen zu finanzieren. Bei solchen Expeditionen sind zudem die ersten Kartierungen von Küsten und Buchten erstellt worden (Bartsch, 2015, S. 2). Auch wenn sich die Seefahrer nach Ruhm, Ehre und Reichtum sehnten, waren die Expeditionen ein voller Erfolg für die Wissenschaft.

In den darauffolgenden Jahren bis zum Zweiten Weltkrieg, versuchten immer mehr Menschen, sich auf das arktische Abenteuer einzulassen, doch erst 1906 gelang es dem Norweger Roald Amundsen, die Nordwestpassage in voller Länge mit einem Motorschiff zu durchqueren (Marshall, 2022, S. 305). Auch den Russen ist es später gelungen, eine Schiffscrew durch die Nordostpassage zu schicken und bis in die Beringstraße vorzudringen. Bis dahin war die Arktis eine Region der Entdecker. Dann wurde die Arktis mit dem Zweiten Weltkrieg zu einem Kriegsschauplatz. Während des Zweiten Weltkrieges bildete die Arktis eine wichtige Front (McCannon, 2012, S. 224) und spielte eine entscheidende Rolle im Kampf der Alliierten gegen die Achsenmächte. Der arktische Konvoi, insbesondere der Nordmeergeleitzug, war eine Lebensader, die wesentliche militärische und humanitäre Güter von den westlichen Alliierten an die Sowjetunion lieferte. So wurde die Sowjetunion mit Kriegsmaterialien und anderen wichtigen Gütern versorgt, die für den Widerstand gegen die deutsche Invasion notwendig waren. Als damaliger Alliierte versorgten die USA die UdSSR mit ihrem „Lend-Lease“-Programm über die Nordostpassage mit allen möglichen Vorräten (Spohr et al., 2013, S. 14). Zudem haben die USA der UdSSR über die „Alaska-Siberian air route“ (ALSIB) fast 15.000 US-amerikanische Flugzeuge geliehen (McCannon, 2012, S. 229). In norwegischen und dänischen Häfen gab es immer wieder Angriffe von Nazi-Deutschland, da die Alliierten auf diese Seewege ihr Nachschub nach Europa bringen wollten. Vor allem wurde eine neue Kriegsmethode, in der mit U-Booten die Seewege der Alliierten verfolgt und attackiert wurden, entwickelt. Deutsche U-Boote und Flugzeuge versuchten wiederholt, diese lebenswichtigen Konvois zu unterbrechen, womit es zu zahlreichen Schlachten in den arktischen Gewässern kam. Auch der russische Einmarsch in Finnland (Winterkrieg 1939 – 1940) ist hier von Bedeutung, da die Folgen des Krieges auch heute noch relevant sind. Denn Finnland verlor

1940 den direkten Zugang zum arktischen Ozean und musste große arktische Gebiete sowie die Stadt Petschenga an die UdSSR abtreten (Spohr et al., 2013, S. 15). Das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges in der Arktis war ein zerstörtes Skandinavien und eine beschädigte russische Infrastruktur entlang der Nordostpassage (McCannon, 2012, S. 234).

Die Arktis transformierte sich zu einer geopolitischen Zone, die während des Kalten Krieges noch wichtiger wurde, weil zum einen die Arktis nicht mehr als abgelegene Region angesehen wurde, zweitens die Anrainerstaaten die wirtschaftliche Macht hinter der Arktis erkannten und drittens durch neu-entwickelte Wetterstationen, die während des Zweiten Weltkrieges auf mehreren Militärbasen eingerichtet wurden, das geostrategische Potenzial der Arktis für die Anrainerstaaten sichtbar wurde (ebd., S. 235). Der Kalte Krieg brachte eine neue Dimension der arktischen Nutzung mit sich. Die Region wurde zu einem strategischen Gebiet im globalen Konflikt zwischen den USA und der UdSSR, die im Zweiten Weltkrieg noch als Alliierte zusammengearbeitet hatten. (Spohr et al., 2013, S. 15). Die Arktis war nicht nur ein potenzielles Schlachtfeld für den Einsatz von Atomwaffen, sondern auch ein wichtiges Gebiet für Überwachungs- und Aufklärungssysteme. Die USA und die Sowjetunion errichteten zahlreiche Militärbasen und Radaranlagen in der Region, um ihre jeweiligen Aktivitäten zu überwachen und mögliche Angriffe frühzeitig zu erkennen. So richteten die USA mithilfe der kanadischen Regierung das System des „Distant Early Warning Line“ (DEW) ein, eine Kette von Radarstationen, die entlang der arktischen Grenze installiert wurden, um vor sowjetischen Luftangriffen zu warnen (Rowe, 2018, S. 27). Auf der anderen Seite entwickelte die Sowjetunion ähnliche Systeme, um ihre nördlichen Grenzen zu schützen. Diese Militarisierung der Arktis führte zu einem ständigen Spannungszustand und zur Notwendigkeit einer präzisen und schnellen Reaktion auf potenzielle Bedrohungen. Durch die Machtspiele und auch durch die Tests von Atombomben wird diese Zeit in der arktischen Geschichte als „Age of contamination“ definiert. Die arktische Umwelt wurde jedoch nicht nur durch Atommüll verschmutzt, sondern auch durch Plastik, alte Batterien und Flaschen, die von den damaligen Soldaten deponiert wurden (McCannon, 2012, S. 237).

Trotz der extremen Spannungen gab es auch während des Kalten Krieges Ansätze zur Kooperation. Vor allem kamen in dieser Zeit militärische Übungen zwischen Nato-Partnerländern auf, die bis heute andauern. Es gab auch Initiativen zwischen den verfeindeten Supermächten – wie zum Beispiel das 1973 unterzeichnete Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Vermeidung von Zwischenfällen auf offener See und im Luftraum.

Diese hätten auch zu einem nuklearen Krieg führen können (*Agreement on the Prevention of Nuclear War*, 1973). Dieses Abkommen, das auch für die Arktis galt, zeigte, dass selbst in Zeiten tiefster Feindschaft ein gewisses Maß an Zusammenarbeit möglich war, um das Risiko unbeabsichtigter Eskalationen zu minimieren.

Zum Ende des Kalten Krieges, als der Einfluss der UdSSR nachließ, erlebte die Arktis eine neue geopolitische Einordnung. Diese basiert auf dem Streben der beiden Supermächte nach einer Kooperation in der Arktis. Auch der letzte Generalsekretär der UdSSR, Michail Gorbatschow, förderte mit seiner „Murmansk Initiative“ die Zusammenarbeit zwischen den Anrainerstaaten und legte großen Wert auf die zukünftige Kooperation im Bereich der wissenschaftlichen und umweltfreundlicheren Entwicklung (Exner-Pirot, 2012).

Während des Kalten Krieges stand ebenfalls die Frage nach der nationalen Souveränität über arktische Seegebiete der Anrainerstaaten im Raum. Hier stießen die jeweiligen Regierungen auf Forderungen von indigenen Völkern, die das „gestohlene“ Land für sich proklamieren. Der Aufstand der Indigenen zur Rückeroberung ihres Landes erfolgte parallel mit dem Aufstieg der Nichtregierungsorganisationen, die sich in der Arktis engagierten und auf Umwelt- und Jagdprobleme aufmerksam machten. Die unkontrollierte arktische Ausbeutung in den 1950er und 1960er Jahren wie auch die Unruhen in den nördlichen Territorien in den Anrainerstaaten führten dazu, dass die indigene Bevölkerung national anerkannt und mit mehr Rechten ausgestattet wurde. In den westlichen Ländern konnten sich indigene Völker bis zu einem gewissen Grad an politischen Themen beteiligen. In Finnland etwa wurde 1973 das „Sami Parlament“ gegründet und in Norwegen wurde 1987 der „Sami Act“ unterschrieben, der die Samen als unabhängiges Volk innerhalb des Staates definierte (McCannon, 2012, S. 265f). Die „First Nations“ in Kanada forderten ihre Unabhängigkeit und Selbstbestimmung auf kanadischem Territorium (ebd., S. 261) und in den USA wurde Alaska 1959 als 49. Bundesstaat aufgenommen (ebd., S. 252). Die Situation der Indigenen hat sich im Laufe der Zeit und vor allem in den 1990er Jahren verbessert. Dennoch stellen soziale, wirtschaftliche und gesundheitliche Herausforderungen nach wie vor einen großen Teil der nationalen Arktisprobleme dar, die nun mithilfe des Arktischen Rates stärker angegangen werden müssen.

In den 1990er Jahren entstand eine Vielzahl multilateraler Initiativen zur Förderung der Zusammenarbeit in der Arktis. Ein Beispiel ist die Gründung des Arktischen Umweltschutzprogramms (AEPS) im Jahr 1991, das später in den Arktischen Rat integriert wurde. Seit der Gründung des Arktischen Rates hat sich die Region jedoch weiterentwickelt

und ist zunehmend in den Fokus der globalen Politik gerückt. Der Klimawandel hat die Bedeutung der Arktis erhöht, da das Schmelzen des Eises neue Schifffahrtsrouten und Möglichkeiten zur Ressourcengewinnung eröffnet. Im Jahr 2008 hat eine US-amerikanische Studie einen möglichen Wettlauf um natürliche Ressourcen entfacht, als diese andeutete, dass noch „13 % der Ölfunde und 30 % der Erdgasfunde in der Arktis lagern könnten“ (Dolata, 2015, S. 3).

Die internationale Kooperation in der Arktis wurde durch verschiedene Abkommen und Initiativen gestärkt. Ein Beispiel ist das 2011 unterzeichnete Such- und Rettungsabkommen, das die Zusammenarbeit der arktischen Staaten bei Rettungseinsätzen in der Region verbessert hat. Auch das 2018 in Kraft getretene Abkommen zur Verhinderung unregulierter Fischerei im zentralen Arktischen Ozean zeigt den Willen der Staaten zur Kooperation. Allerdings ist diese Kooperation seit der Krim-Krise 2014 instabiler geworden. Politische Spannungen und Sanktionen zwischen Russland und dem Westen haben jedoch auch Auswirkungen auf die Arktis und erschweren die arktische Zusammenarbeit.

Die Zukunft der arktischen Zusammenarbeit wird davon abhängen, wie die beteiligten Staaten ihre Differenzen überwinden und gemeinsame Lösungen für die Region finden können. Die Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels, der Schutz der Umwelt und die Sicherstellung einer nachhaltigen Ressourcennutzung sind zentrale Aufgaben, die nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden können.

4.2 Die aktuellen Arktisstrategiepapiere der Anrainerstaaten

Im Folgenden werden die aktuellen Arktisstrategiepapiere der fünf arktischen Anrainerstaaten analysiert, zu diesen gehören die folgenden:

- 1) **USA:** *The White House. (2022). National Strategy for the Arctic Region (Washington),*
- 2) **Kanada:** *Government of Canada. (2019). Canada's Arctic and Northern Policy Framework,*
- 3) **Grönland/Dänemark:** *Ministry of Foreign Affairs. (2011). Kingdom of Denmark Strategy for the Arctic 2011–2020,*
- 4) **Norwegen:** *Norwegian Ministries. (2021). The Norwegian Government's Arctic Policy und*

5) **Russland:** *Davis, A., & Vest, R. (2020). Foundations of the Russian Federation State Policy in the Arctic for the Period up to 2035.*

Das Phänomen der formalisierten und dokumentierten Arktisstrategiepapiere gibt es erst seit Ende der 2000er Jahre bzw. Anfang 2010er Jahre. In dieser Zeit verpflichteten sich die Anrainerstaaten (und später die Länder mit arktischen Interessen) die nationale Arktispolitik und Entwicklungsforderungen in einem nationalen Dokument festzuhalten und zu veröffentlichen. Die Arktisstrategiepapiere der arktischen Anrainerstaaten sind junge Dokumente, die ab den späten 2000er-Jahren entwickelt wurden und bis heute kontinuierlich aktualisiert werden. Sie dienen dazu, die nationalen Interessen, Strategien und politischen Ziele in der Arktis zu formulieren und klare Handlungsschwerpunkte zu setzen. Die Anzahl und der Fokus dieser Strategiepapiere variieren je nach Staat, was die unterschiedlichen Prioritäten der Länder widerspiegelt. Die Hintergründe für die Erstellung dieser Papiere sind vielfältig. Die zunehmende geopolitische Bedeutung der Arktis, insbesondere als strategischer Raum im Zuge der Schmelze des arktischen Eises, hat die Staaten dazu veranlasst, ihre Interessen klar zu definieren.

Kanadas „Canada’s Northern Strategy: Our North, Our Heritage, Our Future“ aus dem Jahre 2009 gilt als Vorreiter solcher Strategiepapiere. Erst zehn Jahre später, im Jahr 2019, aktualisierte die kanadische Regierung ihre Strategie. Bereits 2009 legte Kanada großen Wert auf Umwelt- und Naturschutz sowie auf die Förderung indigener Völker. Die USA veröffentlichten 2013 ihre erste Version eines Arktisstrategiepapiers. Das Dokument wurde 2019 und 2022 aktualisiert und fokussierte bereits zu diesem Zeitpunkt auf Sicherheits-, Wirtschafts- und Umweltaspekte. Parallel dazu haben das US-amerikanische Verteidigungsministerium und die U.S. Navy ihre eigenen Arktisstrategiepapiere veröffentlicht, die sich mehr auf die militärische Abschreckung und die nationale Sicherheit konzentriert. Dänemark verfolgt mit dem Besitz der grönländischen Insel eine Arktispolitik und veröffentlichte 2011 das Dokument: „Kingdom of Denmark Strategy for the Arctic 2011 – 2020“. Das Dokument betont die wirtschaftlichen Möglichkeiten für die dänische Wirtschaft aufgrund der verfügbaren Ressourcen und befürwortet eine verstärkte Erschließung der Ressourcen. Zudem betont das Dokument die Souveränität Grönlands und im gleichen Atemzug die Zugehörigkeit zum Königreich Dänemark. In der Zwischenzeit arbeitet die dänische Regierung an einem neuen Strategiepapier für die Jahre 2021-2030. Das Dokument wurde jedoch noch nicht offiziell veröffentlicht.

Die Russische Föderation ist eine der ersten Nationen, die eine Arktisstrategie entwickelt hat. Ende der 2000er Jahre veröffentlichte die russische Regierung eine Strategie für die Entwicklung der arktischen Zone der Russischen Föderation. Das Dokument wurde 2020 aktualisiert, hebt die nationale Sicherheit und das Interesse der Arktis für Russland hervor und betont, dass die Arktis russisches Territorium ist. Zudem sind die wirtschaftlichen Aspekte wie die Nordostpassage, Öl und Gas für Russland von großer Bedeutung. Schließlich maß Russland der Arktis stets eine historische Bedeutung bei und zeigt damit, dass die arktische Region schon immer Teil des russischen Vaterlandes war. Im Vergleich zu den anderen Anrainerstaaten hat Norwegen seine erste offizielle Arktisstrategie erst sehr spät veröffentlicht. 2021 wurde die „Norwegian Arctic Policy“ publiziert, die stark auf Umweltprobleme und die Herausforderung der nationalen Sicherheit abzielt. Des Weiteren legt das Dokument einen großen Schwerpunkt auf erneuerbare Energien und hebt die regionale und internationale Zusammenarbeit hervor.

Im Vorfeld wurden bereits im Methodenkapitel 2.2 die Kategorien und dazugehörigen Kriterien festgelegt (Abb.5), nach welchen die Strategiepapiere dann in einem zweiten Schritt kategorisiert werden sollten. Die Datenerhebung ermöglicht eine Häufigkeitsanalyse und folglich einen Vergleich der Strategiepapiere sowie der Interessen der arktischen Anrainerstaaten. Die Herausforderung bestand dabei darin, dass die ausgewählten Textpassagen mehreren Kategorien zugeordnet werden konnten. Aus diesem Grunde kann es sein, dass eine Textpassage sich in mehreren Kategorien wiederfindet.

Beispielsweise steht in der russischen Arktisstrategie folgendes, das sowohl der Kategorie *Umwelt* als auch *Forschung* zugeordnet werden kann:

„a science-based development of the network of specially protected natural areas and waters to preserve ecological systems and make them resilient to climate change“ (Davis & Vest, 2020, S. 9)

Nach diesem Prinzip ergibt sich eine Häufigkeitstabelle, die wie folgt aussieht:

USA (2022)		
	# der Textpassagen	% der Textpassagen
Menschliche Dimension	8	10%
Kooperation	17	21%
Umwelt	15	18%
Sicherheit	27	33%
Wirtschaft	6	7%
Infrastrukturen	4	5%
Forschung	5	6%
Gesamtanzahl der Textpassagen	82	100%

Kanada (2019)		
	# der Textpassagen	% der Textpassagen
Menschliche Dimension	69	41%
Kooperation	19	11%
Umwelt	22	13%
Sicherheit	18	11%
Wirtschaft	18	11%
Infrastrukturen	16	10%
Forschung	6	4%
Gesamtanzahl der Textpassagen	162	100%

Grönland (Dänemark) (2011)		
	# der Textpassagen	% der Textpassagen
Menschliche Dimension	17	10%
Kooperation	51	29%
Umwelt	22	13%
Sicherheit	23	13%
Wirtschaft	36	21%
Infrastrukturen	11	6%
Forschung	14	8%
Gesamtanzahl der Textpassagen	174	100%

Norwegen (2021)		
	# der Textpassagen	% der Textpassagen
Menschliche Dimension	28	14%
Kooperation	46	23%
Umwelt	43	21%
Sicherheit	40	20%
Wirtschaft	19	9%
Infrastrukturen	14	7%
Forschung	13	6%
Gesamtanzahl der Textpassagen	203	100%

Russland (2020)		
	# der Textpassagen	% der Textpassagen
Menschliche Dimension	26	19%
Kooperation	14	10%
Umwelt	15	11%
Sicherheit	28	20%
Wirtschaft	20	14%
Infrastrukturen	25	18%
Forschung	10	7%
Gesamtanzahl der Textpassagen	138	100%

Abbildung 6: Häufigkeitstabelle der arktischen Strategiepapiere (erstellt vom Autor)

Die folgenden Kapitel fokussieren auf die faktischen Interessen der unterschiedlichen Staaten, ohne diese zu beurteilen. Ziel hiervon ist es aufzuzeigen, wo die staatlichen Interessen und die Herausforderungen liegen und mit welchen Herangehensweisen diese zukünftig gelöst werden sollen.

4.2.1 Vereinigte Staaten von Amerika

Das aktuelle Arktisstrategiepapier der Vereinigten Staaten von Amerika wurde im Oktober 2022 veröffentlicht und ist auf der Website des „*White House*“ öffentlich zugänglich. Das Dokument ist fünfzehn Seiten lang und das Kernelement des Dokuments ist durch „*4 Pillars*“, die die vier Hauptziele und Herausforderungen für die US-amerikanische Regierung in der Arktis darstellen, gegeben. Zudem zeigt das Dokument, mit welcher Herangehensweise die US-Regierung diese Ziele erreichen will und es gibt abschließend einen kurzen Ausblick auf die Zukunft der Arktis. Insgesamt wurden 82 Textpassagen nach den Kriterien aus der US-amerikanischen Arktisstrategiepapier berücksichtigt. Am häufigsten wurden Textpassagen der vierten Kategorie (Sicherheit) zugewiesen. Mit 27 aus 82 Textpassagen trifft dies auf einen Prozentsatz von 33 % zu. Es folgen die Kategorie der Kooperation mit 17 Textpassagen (21 % entsprechend) und die Kategorie der Umwelt mit 15 Textpassagen (18 % entsprechend). Etwas weniger widmet sich die US-Regierung der menschlichen Dimension (8 Textpassagen; 10 % entsprechend) sowie der Wirtschaft (6 Textpassagen; 7 % entsprechend), und letztendlich befasst sich die US-Regierung am wenigsten mit Forschung (5 Textpassagen; 6 % entsprechend) sowie Infrastruktur (4 Textpassagen; 5 % entsprechend).

Die US-amerikanische Regierung zeigt anhand des Dokumentes, dass es ein erhöhtes Sicherheitsrisiko in der Arktis gibt. Die Schuld daran trägt aus US-amerikanischer Sicht die russische Föderation mit ihrem Angriffskrieg auf die Ukraine. Dies wird an mehreren Stellen des Dokuments deutlich gemacht, so etwa mit der folgenden:

„We will undertake calibrated and coordinated activities with NATO Allies and Arctic partners with the aim of both defending NATO's security interests in the region while also reducing risks and preventing unintended escalation, especially during this period of heightened tension with Russia“ – (The White House, 2022, S. 9)

Der russische Angriffskrieg hat die Sicherheitspolitik konterkariert und wirkt sich auch auf die Sicherheit in der Arktis aus. Insbesondere die russische Remilitarisierung auf den sibirischen Inseln bereitet der US-Regierung Sicherheitsbedenken. Die Regierung sieht sich gezwungen, auf das Verhalten Russlands zu reagieren, und setzt für die Garantie der eigenen Sicherheit auf Kooperation mit anderen Ländern und Institutionen. Primär wendet sich die US-Regierung Kanada zu, das geografisch am nächsten liegt. Mit der kanadischen Regierung wollen die USA ihr Territorium und ihre Interessen in der Arktis schützen. Die Begriffe „*Homeland*“ und

„*American People*“ werden im Dokument oft verwendet, wie mit den folgenden Beispielen illustriert ist:

„The United States will maintain and, as driven by requirements, refine and advance military presence in the Arctic in support of our homeland defense, global military and power projection, and deterrence goals“ – (The White House, 2022, S. 9)

„We will deter threats to the U.S. homeland and our allies by enhancing the capabilities required to defend our interests in the Arctic, while coordinating shared approaches with allies and partners and mitigating risks of unintended escalation. We will exercise U.S. government presence in the Arctic region as required to protect the American people and defend our sovereign territory.“ – (The White House, 2022, S. 3)

Des Weiteren stützt sich die US-Regierung auf die Hilfe von regionalen Sicherheitsorganisationen wie der NATO (North Atlantic Treaty Organization), um einerseits die eigene Sicherheit und andererseits die Sicherheit der US-amerikanischen Alliierten zu gewährleisten. In dem Dokument werden die Elemente der Sicherheit stets mit Kooperationsaspekten verbunden. Infolgedessen ist die Kategorie der Kooperation die zweithäufigste in der US-amerikanischen Arktisstrategie. Die US-Regierung will sich bemühen, die Kooperation mit den arktischen Alliierten (Kanada, Grönland, Norwegen, Island, Finnland und Schweden) zu vertiefen und zu stärken. Dazu soll vermehrt mit dem Arktischen Rat zusammengearbeitet werden, um arktische Aktivitäten gemeinsam durchzuführen. Die US-Regierung betont dabei weiterhin die derzeit undenkbbare Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem russischen Staat:

„Russia’s unprovoked war of aggression against Ukraine has rendered government-to-government cooperation with Russia in the Arctic virtually impossible. Over the coming decade, it may be possible to resume cooperation under certain conditions. Russia’s continued aggression makes most cooperation unlikely for the foreseeable future.“ – (The White House, 2022, S. 5)

Ein weiterer Punkt, der ein integraler Bestandteil des Dokuments ist, betrifft die Umweltfaktoren. Dabei wird der Kampf gegen den Klimawandel sowie der Schutz und Erhalt der arktischen Umwelt stärker in den Mittelpunkt gerückt. Der Klimawandel trifft vor allem die indigene Bevölkerung im US-amerikanischen Bundesstaat Alaska, die US-Regierung steht daher vor der Herausforderung, diese Gemeinschaft zu schützen und ihnen zu helfen:

„The U.S. government will partner with Alaskan communities and the State of Alaska to build resilience to the impacts of climate change, while working to reduce emissions from the Arctic as part of broader global mitigation efforts, to improve scientific understanding, and to conserve Arctic ecosystems.“ – (The White House, 2022, S. 3)

Zu diesem Bereich gehören auch die Faktoren der Ernährungssicherheit und der Zugang der indigenen Bevölkerung zu Ressourcen, die aufgrund häufigerer Dürren und Waldbrände durch den Klimawandel immer knapper werden. Die Kategorie der Umwelt ist klar mit der Kategorie der menschlichen Dimension verbunden. So erkennt auch die US-Regierung eine deutliche Korrelation zwischen der sich verschlechternden Umwelt und der beeinträchtigten Lebensgrundlage der indigenen Bevölkerung Alaskas an. Das Strategiepapier für die Arktis verdeutlicht vor allem die Notlage der indigenen Bevölkerung. In Zukunft will sich die US-Regierung stärker für die Verbesserung der Lebensstandards der indigenen Bevölkerung einsetzen, so heißt es:

„In pursuing sustainable development that is equitable and aligned with Alaska Native communities’ needs, we will protect subsistence lifestyles and improve access to reliable and affordable services, including healthcare, education, energy, housing, water and sanitation, and public safety“ – (The White House, 2022, S. 12)

Die US-Regierung verfolgt zudem das Ziel, die indigene Bevölkerung stärker in Verwaltungsabkommen zu integrieren und so eine gemeinsame Zusammenarbeit zu etablieren. Darüber hinaus setzt die US-Regierung verstärkt auf indigenes Wissen, da diese Bevölkerung sich in der arktischen Region gut auskennt und so mögliche Hürden überwinden kann, um US-amerikanische Interessen in der Arktis durchzusetzen. Zugleich soll in der Arktis mehr Forschung betrieben werden, um zukünftige Veränderungen zu antizipieren und dadurch schneller reagieren zu können. Zu diesem Zweck sollen Wissenschaftler*innen aus mehreren Komitees gefördert werden, um Auswirkungen und globale Klimadynamiken zu erfassen. Dies ist im Strategiepapier wie folgt formuliert:

„It is essential to better understand the ways the Arctic environment is rapidly changing, to anticipate future changes, and to understand the Arctic’s impact on climate change globally and extreme events regionally.“ – (The White House, 2022, S. 10)

Erstaunlicherweise legt die US-Regierung recht wenig Wert auf wirtschaftliche Faktoren in der Arktis. Die eisfrei werdende Arktis verschafft den Anrainerstaaten Zugang zu neuen maritimen Seewegen und damit auch zu eventuellen erhöhten ökonomischen Profiten. Die US-amerikanische Priorität im Bereich der Wirtschaft besteht in erster Linie darin, die alaskische Ökonomie zu diversifizieren und auf nachhaltige Energien umzustellen. Mit diesem Schritt erhofft sich die US-Regierung, neue Partner*innen und Investor*innen zu gewinnen und so die alaskische Wirtschaftskapazität und Produktivität zu steigern. Der Schwerpunkt liegt auf inklusivem Wachstum, um sowohl die Bevölkerung Alaskas als auch die indigene Bevölkerung auf gemeinschaftliche Weise zu integrieren. Dafür muss die Regierung zunächst erheblich in die Infrastruktur investieren. Die US-Regierung gibt zu, diesen Punkt in den letzten Jahren vernachlässigt zu haben. Sie muss laut Strategiepapiere nicht nur in technologische und telekommunikative Infrastrukturen, sondern auch in Verkehrs-, Gebäude-, Abwasserinfrastrukturen und soziale Infrastrukturen investieren:

„However, the Arctic environment poses regionspecific challenges that require tailored technology, assets, infrastructure, training, and planning.“ – (The White House, 2022, S. 8)

„In 2021, the United States enacted the largest investment in physical infrastructure in nearly a century, including historic investments in transportation, broadband, clean water, energy infrastructure, and resilience.“ – (The White House, 2022, S. 12)

Interessant ist an dieser Stelle auch, dass die US-amerikanische Regierung eine Arktisstrategie erst relativ spät entwickelt hat. Im Vergleich zu den anderen arktischen Anrainerstaaten haben die USA nur ein kleines arktisches Territorium. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die natürlichen on-shore liegenden Ressourcen wurden bereits stark ausgebeutet. Des Weiteren liegt das globale Interesse der USA nicht in der Nutzung der Arktis, sondern im indopazifischen Raum. Es ist jedoch festzustellen, dass die US-amerikanischen Interessen in der Arktis parallel zu den russischen Aktivitäten gewachsen sind, insbesondere seit 2008. Unter dem ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama wurden die Umwelt- und Kooperationsschwerpunkte stark in den Vordergrund gerückt. Unter der Trump-Administration stiegen dann die wirtschaftlichen Interessen auf Kosten eines Rückgangs des Umweltschutzes. Deutlich wurde dies insbesondere mit der Idee Trumps, den Dänen Grönland abzukaufen. Diese Idee zielte auf mehr eigene Sicherheit und eine schnellere Reaktion im Falle eines Angriffs durch einen möglichen Feind. In der US-amerikanischen Arktisstrategie sind etwa 33 % der ausgewählten Textpassagen der Sicherheit gewidmet. Bei den Russen macht der gleiche Themenbereich lediglich 20 % aus.

Der Sicherheitsaspekt ist für die USA in der Arktis am wichtigsten und überwiegt alle anderen Themenbereiche.

4.2.2 Kanada

Die kanadische Arktisstrategie wurde 2019 sowohl auf Englisch als auch auf Französisch veröffentlicht und trägt den Titel „*Canada's Arctic and Northern Policy Framework*“. Der Titel spielt auf die Komplexität an, mit der sich die kanadische Regierung in diesem Dokument auseinandergesetzt hat, denn für sie geht es bei dieser Strategie nicht nur um die arktische Region und die zugehörigen Gewässer, sondern auch um die vielen kleineren nordkanadischen Inseln, die weit entfernt vom kanadischen Festland liegen. Das Dokument umfasst 88 Seiten und widmet sich im ersten Teil einer Betrachtung der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft der Arktis. Anschließend folgt der Hauptteil, in dem die Interessen, die Ziele und die Vorgehensweise erläutert werden. Abschließend fasst das Dokument alle wesentlichen Punkte zusammen und setzt sich intensiver mit internationalen und sicherheitsrelevanten Herausforderungen auseinander.

Insgesamt wurden 168 Textpassagen berücksichtigt, von denen sich der Großteil eindeutig der Kategorie der „*Menschlichen Dimension*“ zuordnen lässt. 69 Textpassagen (41 % entsprechend) bezogen sich auf die entsprechenden Kriterien dieser Kategorie. Die kanadische Arktisstrategie beschäftigt sich im Vergleich zu den anderen Anrainerstaaten am meisten mit der indigenen Bevölkerung auf kanadischem Territorium. Mehrere indigene Stämme (wie die First Nations, die Inuit oder die Métis) sind im Norden Kanadas beheimatet. Diese Orientierung an der indigenen Bevölkerung hat mutmaßlich mit der Aufarbeitung der Vergangenheit der Vergangenheit der Kanadier*innen mit Blick auf die indigene Bevölkerung zu tun. Die im Strategiepapier verdeutlichte Haltung unterscheidet sich klar von denen der anderen Anrainerstaaten. Im Strategiepapier Kanadas wird konkret auch der große Unterschied der Lebenserwartung zwischen indigener und nicht-indigener Bevölkerung angesprochen:

„*For instance, life expectancy for Inuit in Canada is 72.4 years versus 82.9 years for Canada's non-Indigenous population.*“ – (Government of Canada, 2019, S. 22)

In sozioökonomischen und gesundheitlichen Aspekten liegt der Lebensstandard der indigenen Bevölkerung weit hinter dem der übrigen kanadischen Bevölkerung zurück. Die Regierung hat sich zur Aufgabe gemacht, diese Lücke in den kommenden Jahren zu schließen. Auch kritische Aspekte werden hier angesprochen, etwa eine Statistik, nach der etwa 22 % der Haushalte in den Northwest-Territorien Schwierigkeiten hatten Lebensmittel zu kaufen. Drastischer ist die Situation bei den Inuit, bei denen etwa 70 % der Haushalte von Ernährungsunsicherheit betroffen sind. Darüber hinaus leben 52 % der Inuit in überfüllten Häusern, in denen sich Krankheiten wie Tuberkulose stark ausbreiten. Die kanadische Regierung investiert bereits in Krankenhäuser und spezialisierte Gesundheitsdienste vor Ort, da ein Großteil der indigenen Bevölkerung weiterhin seine Heimat verlassen muss, um sich medizinisch behandeln zu lassen. So heißt es in der Arktisstrategie der Kanadier:

„In 2014, about 22% of Northwest Territories households indicated that they often or sometimes worried that food would run out before they had money to buy more“ –

(Government of Canada, 2019, S. 22)

„Just under 70% of Inuit households in Nunavut are food insecure“ – (Government of Canada, 2019, S. 22)

„52% of Inuit in Inuit Nunangat live in crowded homes, which are associated with high rates of communicable disease such as tuberculosis, as well as other challenges, compared to 9% of Canadians overall“ – (Government of Canada, 2019, S. 23)

Eine weitere Herausforderung für die kanadische Regierung, die deutlich mit der Verbesserung der Lebensstandards der indigenen Bevölkerung verbunden ist, ist der Umstand der wenigen akademischen Abschlüsse. Etwa 34 % der Inuit im Alter von 25 bis 64 Jahren haben einen Grundschulabschluss, verglichen mit 86 % der nicht-indigenen Kanadier. Bildungszentren und der Zugang zu Sekundarschulbildung und Abschlüssen sind in den Territorien der indigenen Bevölkerung nicht ausreichend vorhanden. Die indigene Bevölkerung fordert eine stärkere Beteiligung an Forschungsprojekten und plädiert für die Gleichstellung ihres indigenen Wissens. Beide Parteien, die indigene Bevölkerung und die nicht-indigene Bevölkerung, würden von dieser wissenschaftlichen Symbiose profitieren. Vor allem im Bereich der arktischen Umwelt (22 Textpassagen; 13 % entsprechend) würde sich diese Zusammenarbeit lohnen. Auch die Umwelt ist der kanadischen Regierung wichtig, und dies kommt ebenfalls in der Arktisstrategie zum Ausdruck. Der Erhalt des arktischen Ökosystems hat für die Regierung oberste Priorität. Auftauender Permafrost, Waldbrände, Meereisrückgang, Aussterben von

Tierarten und maritime Schadstoffe sowie Meeresverschmutzung gehören zu den Risiken im hohen Norden Kanadas. Die Bewältigung dieser Risiken erfordert nicht nur einen kooperativen Ansatz mit indigenen Völkern, sondern auch nationale und internationale Bemühungen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen sowie ein besseres Verständnis der Auswirkungen des Klimawandels durch wissenschaftliche Forschung.

Dies erfordert eine gut koordinierte Kooperation (19 Textpassagen; 11 % entsprechend) innerhalb des kanadischen Territoriums und auf internationaler Ebene. Die kanadische Regierung möchte die Stimmen aller Menschen im Norden, sowohl der Indigenen als auch der Nicht-Indigenen, stärker durch nationale Entscheidungsforen integrieren. Nach Ansicht der kanadischen Regierung sollen die indigene Beteiligung und ihr Wissen auch in Zukunft nicht fehlen. Auf internationaler Ebene verfolgt Kanada seit Langem die Absicht, nicht-arktische und arktische Staaten zusammenzubringen. Die kanadische Regierung betrachtet die Herausforderung in der Arktis als eine globale Herausforderung und ist entschlossen, diese Problematik gemeinsam zu bewältigen. Der *Arktische Rat* spielt dabei eine wesentliche Rolle. In dieser internationalen Organisation sollen die Probleme gemeinsam diskutiert und angegangen werden. Darüber hinaus fordert die kanadische Regierung eine intensivere Beteiligung der gesamten indigenen Bevölkerung in solchen internationalen Foren, so heißt es etwa:

„As an Arctic nation, Canada has long been interested in finding ways to cooperate with other Arctic and non-Arctic states on shared goals and challenges.“ – (Government of Canada, 2019, S. 15)

„[...] strengthening the voice of Indigenous peoples in international Arctic forums including increased support for the Indigenous Permanent Participants at the Arctic Council [...]“ – (Government of Canada, 2019, S. 33)

In der kanadischen Arktisstrategie haben Sicherheits- und Wirtschaftsaspekte (18 Textpassagen; 11 % entsprechend) die gleiche Anzahl von Textpassagen und damit auch dieselbe Wertstellung für die kanadische Regierung. Im Rahmen der Sicherheit geht es in erster Linie um die Sicherheit der im hohen Norden lebenden indigenen und nicht-indigenen Bevölkerung. In Bezug auf den Klimawandel geht es darum, die Versorgung dieser Bevölkerung zu schützen – das heißt Menschenleben bei möglichen Naturkatastrophen zu retten. Darüber hinaus geht es der kanadischen Regierung auch darum, diesen Teil der Bevölkerung einerseits von möglichem Umweltschutz durch zunehmende Markteintritte

internationaler Unternehmen der Rohstoffindustrie zu schützen und andererseits von der steigenden Militarisierung der Arktis fernzuhalten:

„Increasing numbers of domestic and international resource developers are being drawn to the region, resulting in a mix of optimism about economic prospects and concerns about potential environmental, social and security impacts. Higher levels of activity also increase the acute security risks associated with irregular movements of people and goods, the pursuit of foreign interests and human-induced disasters.“ – (Government of Canada, 2019, S. 19)

Um der Militarisierung der anderen Anrainerstaaten entgegenzuwirken, versucht die kanadische Regierung, ihren Streitkräften eine höhere Präsenz in der Arktis zu verleihen. Durch regelmäßige Übungen und Überwachungspatrouillen in der Luft, an Land und auf See und mithilfe der kanadischen Rangers will die Regierung die Küsten sicherer gestalten:

„The Canadian Armed Forces play a key role in demonstrating Canada’s sovereignty across all of its territory. In the Arctic and the North, this is undertaken through: regular operations and exercises in the Arctic and the North to enhance their ability to operate and demonstrate presence [by] air, land and sea patrols [...].“ – (Government of Canada, 2019, S. 20)

Als ein weiteres Sicherheitsproblem wird im Dokument die „*Nordwestpassage*“ genannt. Die stark befahrene Seestraße wird seit Jahren von der kanadischen Regierung als nationales Binnengewässer gekennzeichnet. Daher sollten die nationalen Gesetze und regulatorischen Rahmenbedingungen auch den Transport und die Integrität der Grenzen bestimmen. Zudem beruft sich die kanadische Regierung auf das internationale Seerechtsübereinkommen (UNCLOS), dass die „*Nordwestpassage*“ als kanadische Binnengewässer ausweisen soll. Dies wird jedoch nicht von allen Ländern (insbesondere nicht von den USA) anerkannt. Die kanadische Regierung will sich dafür einsetzen, dass dieses internationale Recht stärker respektiert wird und infolgedessen auch ihre Sicherheit gleichermaßen erhöht wird.

Im Bereich der Wirtschaft, die mit 18 Textpassagen (11 % entsprechend) genannt wird, will die kanadische Regierung eine nachhaltigere und verantwortungsvolle Ressourcenentwicklung schaffen. Ziel ist es, Arbeitsplätze zu schaffen und indigene Arbeiter*innen und Eigentümer*innen stärker zu unterstützen. Die Regierung ist sich des Potenzials in der Arktis bewusst, aber neben der Rohstoffindustrie dürfen andere Sektoren nicht vernachlässigt werden, da auch diese für die Entwicklung der Region wichtig sind. Im Dokument wird daher vor allem die Diversifikation der Wirtschaft betont:

„Supporting small business development across the Arctic is key to diversifying the economy, creating sustainable industries that are alternatives to extractive industries, and facilitating young people to stay within their communities rather than having to move for employment.“ –

(Government of Canada, 2019, S. 28)

Damit die kanadische Regierung die Diversifizierung der Wirtschaft im hohen Norden Kanadas vollstrecken kann, bedarf es auch hier erheblicher Investitionen in die Infrastruktur. Die Kommunikationsinfrastrukturen müssen verbessert werden, um die nördlichen Territorien mit dem Rest des kanadischen Festlandes zu vernetzen. Indigenen Student*innen soll es leichter gemacht werden, sich mit anderen Student*innen zu verbinden. Außerdem verfolgt die kanadische Regierung mit der Etablierung der Telemedizin einen innovativen Ansatz in der medizinischen Versorgung. Die einheimische Gesundheitsversorgung soll die Lücken zwischen der indigenen und nicht-indigenen Bevölkerung im Norden Kanadas kurzfristig schließen. Im Bereich der Schifffahrtsorganisation sollen die Infrastrukturen für die „Search and Rescue“-Dienste verbessert werden. Kürzere Reaktionszeiten und gut ausgerüstete Suchtrupps sollen beschädigte und kenternde Schiffe schneller erreichen. Insgesamt zielt die Regierung mit dem Dokument darauf ab, den Wohlstand der Menschen und die Produktivität der Wirtschaft durch Investitionen zu steigern, dies wird etwa wie folgt formuliert:

„Territorial governments, through their participation in the co-development process and in strategic documents such as the Pan-Territorial Vision for Sustainable Development, have pointed to large-scale infrastructure investments as foundational to creating economic opportunity and prosperity for Indigenous communities“ – (Government of Canada, 2019, S.

27)

Abschließend geht die kanadische Regierung kurz auf wissenschaftliche Aspekte ein (6 Textpassagen; 4 % entsprechend), die jedoch stark mit anderen Kategorien wie „*Menschliche Dimension*“, „*Umwelt*“ und „*Kooperation*“ verflochten sind. Betont wird hier vor allem die Bedeutung der Untersuchung von Klimawandel und Auswirkungen auf die Bevölkerung. Die Regierung möchte daher für internationale Probleme mit dem Klimawandel Daten erheben, um daraus nationale Strategien und politische Entscheidungen abzuleiten. Schließlich strebt die kanadische Regierung an, mehrere Forschungsprojekte mit indigener Beteiligung und Führung zu platzieren, um so indigenes Wissen stärker zu fördern, so heißt es etwa:

„However, the current lack of baseline data poses major challenges to evidence-based decision-making. The responsible use of data can help cultivate a better understanding of the

‘big picture’ of environmental issues, contributing to the development of informed, data-driven policy and decisions that can help Arctic and northern communities build resiliency in the face of climate change“ – (Government of Canada, 2019, S. 19)

„Ensure that Arctic and Northern people, including youth and all genders, play a leading role in developing research and other knowledge-creation agendas“ – (Government of Canada, 2019, S. 47)

Hervorstechend in Kanadas Arktisstrategie ist die Bedeutung des Wohlergehens der arktischen Anwohner*innen. Festzustellen ist, dass sich 41 % der Textpassagen auf die *„Menschliche Dimension“* beziehen. Dies lässt sich durch die Tatsache erklären, dass in den letzten Jahren viele negative historische Ereignisse im Umgang mit der indigenen Bevölkerung bekannt wurden. Die Misshandlung indigener Kinder, auch durch kirchliche Vertreter*innen, hat einen Schatten auf die Beziehung zwischen Indigenen und Kanadier*innen geworfen. Die kanadische Regierung bemüht sich nun, das Leben der Indigenen zu verbessern und auf die zugehörigen Probleme aufmerksam zu machen.

Laut Dokument ist die kanadische Regierung, aufgrund der Territorialstreitigkeiten mit den USA und Grönland, gezwungen seine eigene Sicherheit zu erhöhen. Erstens sind die Binnengewässer Kanadas (Barrow-Strait) ein Problem, da die USA diese Passage als internationalen Seeweg betrachten und sich daher für die freie Nutzung des Seeweges einsetzen. Dies ist jedoch nicht im Interesse Kanadas, weil es dann die Kontrolle und Überwachung über diesen Seeweg und zudem eine mögliche Geldquelle verlieren würde. Der zweite Streitpunkt ist die Hans-Insel, die zwischen der Westküste Grönlands und kleineren kanadischen Arktisinseln liegt. Diese Insel ist unbewohnt und vegetationslos, war aber dennoch Grund für einen jahrzehntelangen Territorialkonflikt zwischen den beiden Staaten. Denn die Insel wurde von beiden Seiten als potenzieller Ausgangspunkt für militärische Infrastrukturen im Falle eines Konfliktes gesehen. So wurde die Insel im Jahr 2022 auf die beiden Staaten aufgeteilt. Dieses Ereignis zeigt, dass die Anrainerstaaten in der Arktis auch um kleinste Gebiete kämpfen bzw. diskutieren, und gerade solche nebensächlichen Territorialansprüche können im Ernstfall oder bei Fehlinterpretationen erhebliche Probleme bereiten.

4.2.3 Grönland (Dänemark)

Als größte Insel der Welt und mit außergewöhnlichen klimatischen Bedingungen ist Grönland ein interessanter Teil der arktischen Region. Mit einer weitgehenden Autonomie von Dänemark und einer eigenen grönländischen Regierung ist die Arktisstrategie jedoch stark von dänischen Interessen geleitet und wird vom dänischen Außenministerium erarbeitet. Das aktuelle Dokument zur dänischen Arktisstrategie stammt aus dem Jahr 2011 und basiert auf Entscheidungen, die bis 2020 gültig waren. Derzeit wird an einer neuen Arktisstrategie gearbeitet, diese wurde allerdings noch nicht veröffentlicht. Die Strategie soll die arktischen Interessen und das Verhalten des Königreichs Dänemark (einschließlich Grönland und den Färöer-Inseln) von 2021 bis 2030 bestimmen. Das Dokument wurde 2011 von den drei damals zuständigen Minister*innen und dem Regierungschef (Lene Espersen (dänische Außenministerin), Kuupik Kleist (grönländischer Regierungschef) und Kaj Leo Holm Johannesen (färöischer Ministerpräsident)) unterzeichnet.

Das Dokument hat 59 Seiten und insgesamt wurden 174 Textpassagen aus dem Dokument analysiert. Die dänische Arktisstrategie befasst sich im Wesentlichen mit kooperativen Faktoren (51 Textpassagen, 29 % entsprechend), da dies nach dänischem Verständnis die Grundlage für alle arktischen Angelegenheiten ist. Ohne Kooperation mit Grönland und den anderen arktischen Staaten sieht die dänische Regierung keine Möglichkeit, ihre Interessen in der Arktis durchzusetzen. In erster Linie geht es der dänischen Regierung daher darum, die nationale Kooperation zwischen der dänischen und der grönländischen Regierung zu stärken. Der Schwerpunkt liegt auf einer guten Zusammenarbeit innerhalb des Königreichs, in der die Strategie und die Mechanismen gemeinsam organisiert werden, sodass die Interessen aller Beteiligten vertreten sind. Dieser Ansatz der dänischen Regierung, das autonome Gebiet Grönland stärker in die Entscheidungen und Umsetzungsstrategien einzubinden, stärkt die national-bilaterale Zusammenarbeit, ohne die Autonomie infrage zu stellen. Dies wird etwa mit den folgenden Formulierungen ausgedrückt:

„Based on good collaboration within the Kingdom, policies and mechanisms must be organised in close cooperation with other Arctic nations and other stakeholders with an interest in the Arctic.“ – (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S. 11)

In einem zweiten Schritt betont die dänische Regierung die Bedeutung der internationalen Kooperation. Die skandinavischen Nachbarländer (Norwegen und Schweden) sowie Kanada

sind die wichtigsten internationalen Partner. Die arktischen Partner sind besonders wichtig für den Schutz der indigenen Bevölkerung, die maritime Sicherheit und die Überwachung sowie für wirtschaftliche Handelsabkommen, so heißt es im Strategiepapier wie folgt:

„[...] will reinforce confidencebuilding in cooperation with other Arctic states to maintain the Arctic as a region characterized by cooperation and good neighbourliness.“ – (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S. 22)

Diese internationale Kooperation soll primär durch den *Arktischen Rat* unterstützt werden. Die dänische Regierung fordert eine Verstärkung dieser Organisation. Im Dokument wird daher gefordert, dass sich alle Arktisstaaten und betroffenen indigenen Völker daran beteiligen und ihre Interessen vertreten. Alle arktischen Themen sollen gemeinsam behandelt werden, um eine friedliche Zusammenarbeit zu gewährleisten. Nur gemeinsam und durch die Stärkung des Arktischen Rates als die einzige relevante politische Organisation, können die Ziele der Anrainerstaaten erreicht werden, so heißt es etwa:

„The Arctic Council must be reinforced as the only relevant political organization that has all Arctic states and peoples as members. At the same time the Arctic Council must cooperate with all relevant countries and organizations with interest in the Arctic.“ – (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S. 53)

Der zweitwichtigste Punkt betrifft die wirtschaftlichen Elemente in der Arktis, die wiederum stark mit kooperativen Ansätzen verbunden sind. Grönland ist reich an natürlichen Rohstoffen wie Kupfer, Blei und Gold. Zudem gehen Wissenschaftler*innen davon aus, dass es riesige Öl- und Gasreserven gibt, deren genaue Orte durch Bohrungen jedoch noch zu identifizieren sind. Zudem verfügt Grönland über große Süßwasserquellen und Fischbestände. Des Weiteren verlaufen Seewege (sowohl im Westen als auch im Osten) in der Nähe der grönländischen Küste und könnten eine wichtige Rolle bei einer effizienteren Gestaltung der Schifffahrt und des Handels spielen. Auch die dänische Regierung sieht dieses Potenzial und will dies nach internationalen Standards zugunsten von Verbesserungen bei Sicherheit, Umwelt und Schutz der Gesellschaft ausnutzen, so heißt es im Dokument wie folgt:

„It is estimated that the Arctic may contain up to 30% of the world's undiscovered gas resources and about 10% of undiscovered oil resources, and that ships sailing between East Asia and Western Europe could save more than 40% in transportation time and fuel costs by navigating the northern sea lanes north of Siberia rather than the southern route“ – (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S. 10)

Der wirtschaftlich attraktivste Sektor ist der von Öl und Gas. Laut Strategiepapier liegen die dänischen und grönländischen Interessen im wirtschaftlichen Bereich der Arktis, da die Nachfrage und die Preise dieser Rohstoffe in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sind. Eine eigene Lizenzpolitik soll die Einhaltung internationaler Standards garantieren und die grönländischen Bewohner*innen vor ausländischer Konkurrenz schützen. Durch die Steigerung des wirtschaftlichen Potenzials soll der sogenannte „Brain-Drain“ unterbunden werden. Denn dieser besagt, dass viele Grönländer*innen ihre Heimatorte in Richtung Dänemark verlassen, um bessere Arbeitsplätze zu finden. Mit dieser Lizenzpolitik soll verhindert werden, dass einerseits die Zahl der grönländischen Einwohner*innen sinkt und andererseits Intellektuelle Grönland verlassen:

„In Greenland’s case, it is estimated that 31 billion barrels of oil and gas off the coast of Northeast Greenland and 17 billion barrels of oil and gas in areas west of Greenland and east of Canada could be discovered, though the probability is greater for discoveries in Northeast Greenland“ – (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S. 25)

Der zweitwichtigste Punkt in der dänischen Arktisstrategie ist die Sicherheit (23 Textpassagen, 13 % entsprechend). Im Bereich der Sicherheit werden insbesondere die territorialen Herausforderungen angesprochen. Die dänische Regierung beruft sich dabei stets auf das internationale Seerechtsübereinkommen bei den ungeklärten Fragen des Festlandssockels. Die Grenzgebiete sind nicht eindeutig definiert und so kommt es immer wieder zu politischen Diskussionen mit den Nachbarstaaten. Als Beispiel wird die Hand-Insel erwähnt, wofür sowohl Kanada als auch Grönland (Dänemark) territorialen Anspruch erheben. Die dänische Regierung fordert eine stärkere Achtung und Anwendung der internationalen Grundrechte in der gesamten Arktis. Dies soll auch im Rahmen der Schifffahrtsorganisation geschehen. Für die dänische Regierung bedeutet dies auch, dass die Schiffe, die an den grönländischen Häfen vorbeifahren, genauer überwacht werden dürfen, um die Sicherheit Grönlands zu garantieren. Diese Überwachung soll jedoch auch dazu dienen, eine schnellere Rettungszeit bei möglichen Unfällen aufzubauen, daher heißt es im Dokument:

„The UN Convention on the Law of the Sea 1982 is the global international legal instrument in relation to the sea around the Arctic, in that the Convention defines states’ rights and responsibilities in relation to their use of the oceans“ – (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S.

15)

„The Kingdom will work to strengthen cooperation with neighbouring countries on monitoring, search and rescue, such as supporting the implementation of the joint Arctic cooperation agreement on strengthening coordination and data-sharing in relation to search and rescue, entered into under the auspices of the Arctic Council in May 2011“ – (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S. 19)

Dazu will die dänische Regierung ihre Streitkräfte in der Arktis verstärken und präsenter darstellen. Dafür soll aus bestehenden Streitkräften eine Art arktische „Eingreiftruppe“ aufgebaut werden, die im Ernstfall einsatzbereit stünde. Die Souveränität des grönländischen Territoriums steht dabei im Mittelpunkt und die Präsenz soll mithilfe der skandinavischen und dem US-amerikanischen Partner erfolgen:

„Arctic environment will be strengthened through the establishment of an Arctic Response Force. The response force would not be established permanently, but designated from existing armed forces and emergency preparedness units with Arctic capacity or the potential to develop one.“ – (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S. 21)

Die ökologischen Faktoren sind in der dänischen Arktisstrategie nur medioker relevant. Mit 22 Textpassagen und einem Prozentsatz von 13 % widmet die Regierung der Umwelt nicht allzu viel Aufmerksamkeit. Der Grund dafür ist, dass die ökologischen Elemente in dem Dokument stark mit den anderen Kategorien verbunden werden und nur am Rande erwähnt werden. Es wird lediglich auf eine Wirtschaft und einen Rohstoffabbau, die nachhaltig erfolgen, sowie auf die Einhaltung internationaler Standards im Umweltbereich hingewiesen. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Ziele der UN-Klimakonvention, die mithilfe nationaler und internationaler Kooperation erreicht werden sollen. Zudem will die dänische Regierung bis 2050 unabhängig von fossilen Brennstoffen werden und auf erneuerbare Energien setzen:

„The Kingdom’s climate policy stems from the UN’s Climate Change Convention (UNFCCC), whose goal is to stabilize atmospheric greenhouse gases at a level that prevents climate change that is dangerous to humanity.“ – (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S. 50)

„The government’s ambition is that Denmark should become independent of fossil fuels by 2050 and that Denmark’s binding renewable energy target under the EU in 2020 is 30 percent.“ – (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S. 51)

Die dänische Regierung befasst sich nur teilweise mit Aspekten des Völkerrechts (17 Textpassagen, 10 % entsprechend). Obwohl die Zusammenarbeit zwischen Grönland und

Dänemark 1973 bezüglich der indigenen Bevölkerung geschlossen wurde, ist der Lebensstandard der indigenen Bevölkerung in Grönland noch nicht auf dem gleichen Niveau wie auf dem dänischen Festland. Das Dokument sieht eine stärkere Förderung indigener Völker im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich sowie eine Verbesserung der indigenen Rechte vor. Des Weiteren müssen die Sektoren der Gesundheit und Bildung weiter ausgebaut werden. Nach Ansicht der dänischen Regierung müssen diese Aspekte in der gesamten Arktis stärker gefördert werden und sie wird sich in der internationalen Zusammenarbeit intensiver dafür einsetzen:

„Denmark and Greenland will continue constructive cooperation to strengthen indigenous peoples’ rights to control their own development and their own political, economic, social and cultural situation.“ – (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S. 11)

„The Kingdom will emphasize that the human dimension, i.e. people’s living conditions and wellbeing, is given increasingly more space in cooperation“ – (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S. 53)

In den Bereichen Forschung (14 Textpassagen, 8 % entsprechend) und Infrastrukturen (11 Textpassagen, 6 % entsprechend) fasst sich das Dokument eher kurz. Die dänische Regierung sieht es als ihre Aufgabe an, weiterhin Forschungsprojekte zu unterstützen und gleichzeitig die indigene Bevölkerung besser zu integrieren. Des Weiteren will die Regierung an einer besseren Bewirtschaftung der Fischbestände forschen und den Klimawandel in Grönland genauer studieren. Zudem wurden Wissenschaftler*innen beauftragt, bis 2014 eine Risikoanalyse durchzuführen, um die möglichen Auswirkungen einer Kontamination der Meere durch mögliche Schiffsunfälle zu untersuchen. Ziel ist die Meeresumwelt besser zu schützen, so lautet es im Dokument wie folgt:

„[...] to strengthen international cooperation on scientifically based management of shared fish stocks and fishery in international waters with a view to promoting consensus on sustainable management plans and allocation formulas for the benefit of all relevant parties“
– (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S. 33)

„Moreover, towards 2014, the Kingdom will carry out a risk-analysis of the maritime environment in and around Greenland, including the risk of oil and chemical contamination caused by the expected expansion in traffic and activity in the area. Based on the risk analysis, the Kingdom will assess to what extent it may be useful to strengthen the protection of the maritime environment in the Arctic.“ – (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S. 47)

Angesichts der infrastrukturellen Aspekte versucht die dänische Regierung, die Schifffahrt zu modernisieren. Rettungsdienste müssen erneuert und mit neuer Technik ausgestattet werden. Den Schiffen sollen neue Navigationstechnologien hinzugefügt werden und die Überwachungsanlage ein neues AIS-System (Automatic Identification System) bekommen.

„In the future, ships will increasingly use electronic nautical charts and make use of satellite-based navigation systems such as GPS which impose stricter requirements on the accuracy of charts. In particular, a thorough knowledge of water depth is necessary to navigate safely at sea.“ – (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S. 18)

„Surveillance is expected to be improved, for example by using new technology with satellite reception of ships’ AIS signals (Automatic Identification System) as almost all larger ships are equipped with AIS.“ – (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S. 18)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die kooperativen Aspekte in allen Bereichen für die dänische Regierung sehr wichtig sind. Dies zeigt auch der letzte Satz der dänischen Arktisstrategie, der nochmals auf die Bedeutung der Kooperation hinweist:

„In order to efficiently pursue the Arctic strategy’s diversified goals and interests, the Kingdom will develop close bilateral partnerships with our Arctic neighbours. As a major actor in the Arctic, the Kingdom will play a part in fostering new bilateral collaborations and dialogues on opportunities and challenges in the region.“ – (Ministry of Foreign Affairs, 2011, S. 56)

Hier stellt sich die Frage, inwiefern die autonome Regierung in Grönland ihre Interessen in diesem Dokument vertreten hat. Aus dänischer Sicht ist es verständlich, dass die Kooperation den größten Fokus bekommt. Die dänische Regierung möchte diese intranationale Kooperation aufrechterhalten, da Grönland mehrere Vorteile bringt, wie zum Beispiel einen Sitz als ständiges Mitglied im Arktischen Rat und auch wirtschaftliche Erträge (etwa durch Transitzölle der Schiffe oder den Verkauf von Bodenschätzen). Interessant wäre hier ein Vergleich, inwiefern sich die neue Arktisstrategie gegenüber der alten verändert und wo nun die Interessen liegen. Es besteht kein Zweifel daran, dass Sicherheitsaspekte eine wichtigere Rolle in der Strategie einnehmen werden, um auf das russische Agieren in der Arktis zu antworten.

4.2.4 Norwegen

Die Arktisstrategie von Norwegen ist die zweitaktuellste unter den arktischen Anrainerstaaten und wurde 2021 veröffentlicht. Die Besonderheit dieses Dokuments besteht darin, dass mehrere norwegische Ministerien daran gearbeitet haben. Zum einen zeigt die gemeinsame Zusammenarbeit mehrerer Ministerien, wie wichtig die Arktisregion für Norwegen ist, und zum anderen wird dadurch kein wesentlicher Punkt vernachlässigt. Interessant ist auch, dass Norwegen der einzige Staat ist, der sich um eine geografische und charakteristische Definition der Arktis bemüht. Vorgeschlagen sind hier die folgenden drei Regionen: 1) die Arktis (*the Arctic*), 2) der Hohe Norden (*the High North*) und 3) der Norden Norwegens (*North Norway*). Nach Angaben der norwegischen Regierung ist die Arktis der Ozean zwischen dem Nordpol und dem Polarkreis, *the High North* ist die geopolitische Bezeichnung einer Region, die sich vom Süden Helgolands bis zum Grönlandsee im Westen und zum Petschorasee im Osten erstreckt.

Aus der norwegischen Arktisstrategie wurden 203 Textpassagen analysiert, wobei der Schwerpunkt primär auf der Kooperation (46 Textpassagen; 23 % entsprechend) und der Umwelt (21 % entsprechend) liegt, im Gegensatz zur Kategorie Infrastruktur (7 % entsprechend) und Forschung (6 % entsprechend). Insgesamt lässt sich an den Formulierungen des Dokuments feststellen, dass Norwegen seine Ziele durch kooperatives Handeln erreichen möchte und die Erfolge – in sozialer, ökonomischer wie ökologischer Ausrichtung – nur durch gemeinschaftliches Agieren erreichen wird. Die norwegische Regierung betont die Bedeutung internationaler Foren wie des *Arktischen Rates* und kritisiert, dass solche Foren zunehmend in Vergessenheit geraten. Da Norwegen von 2023 bis 2025 den Vorsitz in diesem Rat innehat, beabsichtigt es, die Arbeitsgruppen innerhalb des *Arktischen Rates* stärker zu nutzen, mehr wissenschaftliche Daten auszutauschen, gemeinsam Lösungen für den Klimawandel zu entwickeln und indigene Völker besser zu integrieren. Kooperation bedeutet aber auch, gemeinsam mit den skandinavischen Partnern und den Alliierten für die eigene und für die arktische Sicherheit zu sorgen. Ziel ist es, gemeinschaftliche Übungen zu organisieren (dafür bietet Norwegen sein nördliches Territorium für Übungen an) und Nothilfedienste miteinander aufzubauen. So heißt es im Strategiepapier:

„The growing international interest in the Arctic has led to a greater tendency to focus predominantly on the various competing interests, while cooperation forums that have

functioned well for decades are being overlooked or described as outdated“ – (Norwegian Ministries, 2021, S. 8)

„It is therefore essential that Norwegian and Allied forces train and conduct exercises both in and outside Norway“ – (Norwegian Ministries, 2021, S. 16)

Die norwegische Regierung ist sich bewusst, dass sich die Arktis schneller erwärmt als der Rest der Welt. Gerade im Norden Norwegens werden die Auswirkungen des Klimawandels sichtbar und spürbar. So haben ökologische Faktoren (43 Textpassagen; 21 % entsprechend) einen hohen Stellenwert in der norwegischen Arktisstrategie. Die Textpassage „what happens in the Arctic doesn't stay in the Arctic“ (Norwegian Ministries, 2021, S. 8) resümiert die prekäre Situation in dieser Region. Mit diesem Bewusstsein setzt sich die norwegische Regierung verstärkt dafür ein, dass Umweltprobleme in internationalen Foren stärker thematisiert werden und schnell eine Lösung entwickelt wird. Die Arbeitsgruppen sollen unter norwegischer Leitung erweitert und unterstützt werden. Des Weiteren sollen nach Auffassung der norwegischen Regierung alle Arktisstaaten die Ziele des Pariser Abkommens konsequenter verfolgen und unbedingt erfüllen. Weitere Aspekte sind die Reduzierung von Meeresmüll und die Einführung möglicher Naturschutzgebiete und Parks. In Zukunft möchte die norwegische Regierung mehr auf grüne Innovationen setzen und neue Start-Up-Unternehmen in diesem Bereich fördern. Im Dokument etwa wird das folgende Ziel formuliert:

„[...] within the framework of the Arctic Council, strengthen Arctic cooperation on ocean issues and climate change, and promote sustainable business development in the Arctic that combines conservation and sustainable use to the benefit of both individuals and local communities“ – (Norwegian Ministries, 2021, S. 23)

„Norway's target for 2030 under the Paris Agreement is to reduce greenhouse gas emissions by at least 50 % and towards 55 % by 2030 compared with the 1990 level.“ – (Norwegian Ministries, 2021, S. 25)

Auch die Sicherheit spielt für Norwegen eine wichtige Rolle, dies zeigt durch 40 Textpassagen (20 % entsprechend), die dieser Kategorie zuzuordnen sind. Problematisch sind vor allem die undefinierten Grenzen zu den anderen Staatsgebieten. Die norwegische Regierung sieht die ungeklärte Frage des Festlandsockels und die Möglichkeit einer Erweiterung des eigenen Territoriums als Konflikt. Der internationale Rechtsrahmen sollte in diesen Angelegenheiten präziser sein und den Spielraum für mögliche sprachliche und rechtliche Lücken minimieren.

Die norwegische Regierung beruft sich auch auf das internationale Rechtssystem im Bereich Forschung und Umweltschutz, und plädiert für eine stärkere Einhaltung von Vereinbarungen. Zudem wird aus norwegischer Sicht die Remilitarisierung der Russischen Föderation in der Arktis besorgt beobachtet. Denn die Modernisierung und die Wiedererrichtung alter sowjetischer Militärbasen in der Arktis gefährden die Sicherheit Norwegens. Die norwegische Regierung ist daher gezwungen, auch in ihr Militär und ihre Armee zu investieren, und ist bereit, Militärübungen mit den USA und seinen europäischen Alliierten durchzuführen. Das arktische Eis stellte früher eine natürliche Grenze zu den anderen Staaten dar, diese ist heute durch den Rückgang des Eises jedoch nicht mehr vorhanden. Infolgedessen wird Norwegen seine Grenze im hohen Norden ebenfalls verstärken müssen. Der letzte wichtige Punkt im Bereich der Sicherheit ist die Schifffahrtsorganisation. Norwegen will die Schifffahrt sicherer gestalten und im Hinblick auf die künftig verstärkte Schifffahrt auf der *Nordostpassage* modernisieren. Dies erfordert eine Verbesserung der Notfalldienste und des Einsatzes von *SAR* sowie der Kontrolle und Überwachung von Schiffen, die norwegische Hoheitsgewässer durchqueren:

„This ministerial declaration played an important role in clarifying the international legal framework in the Arctic, for instance as regards environmental protection, research, the delimitation of the outer limits of the continental shelf, and shipping.“ – (Norwegian Ministries, 2021, S. 11)

„Russia’s military build-up and military modernisation pose a challenge to the security of Norway and other Allied countries“ – (Norwegian Ministries, 2021, S. 16)

Die norwegische Arktisstrategie befasst sich ebenfalls mit der Situation der indigenen Bevölkerung und der Gemeinschaften, die im hohen Norden leben (28 Textpassagen, 14 % entsprechend). Für Norwegen ist die Kunst und Kultur dieser Bevölkerung Teil der norwegischen Identität. Die norwegische Regierung will unter anderem die indigenen Samen stärker unterstützen. Dieser Stamm ist in Schweden, Finnland und Russland beheimatet. Des Weiteren bilden sie eines der sechs indigenen Völker, das einen ständigen Sitz im *Arktischen Rat* hat. Die norwegische Arktisstrategie sieht vor, die Kultur, das Wissen und die Lebensqualität der Samen zu fördern und zu verbessern. Gleichzeitig sollen die lokalen Gemeinschaften im Norden Norwegens stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Nach Auffassung der norwegischen Regierung sollen die lokalen Gemeinschaften eine stärkere Stimme in Fragen des Klimawandels erhalten. Schließlich sollen auch diese Gemeinschaften enger zusammenarbeiten, gemeinsam die Lebensqualität der Bewohner*innen

verbessern und die Dienstleistung qualitativ hochwertiger gestalten. Dazu heißt es in der norwegischen Arktisstrategie:

„In recent years, Sami art and culture have received growing attention and recognition both nationally and internationally. The Government will explore new ways of strengthening Sami culture, cultural industries and tourism, in consultation with the Sámediggi.“ – (Norwegian Ministries, 2021, S. 10)

„[...] support the efforts of the County Governors of Nordland and of Troms and Finnmark to facilitate more systematic cooperation between the municipalities in North Norway, in order to provide high-quality services to the population and promote business development“ – (Norwegian Ministries, 2021, S. 31)

Die wirtschaftlichen Interessen (19 Textpassagen, 9 % entsprechend) der norwegischen Regierung in der Arktis spielen nur eine untergeordnete Rolle. Inhaltlich wird im Dokument dennoch deutlich, dass die *Nordostpassage* entlang der sibirischen Küste bis nach Japan und China kommerziell wichtig sein. In den Sommermonaten wird dieser Seeweg leichter zu befahren sein und aufgrund der kürzeren Distanz würden die Transportschiffe weniger Zeit benötigen, um Waren nach oder aus Asien zu liefern. Dies setzt jedoch voraus, dass Norwegen seine maritime Industrie verbessert, etwa durch den Ausbau von Häfen oder die Sicherung von Transportwegen innerhalb norwegischer Seestraßen. Ein weiterer ökonomischer Aspekt sind die vermuteten Öl- und Gasfelder unter dem Arktischen Ozean. Norwegen will seine Aktivitäten in diesem Bereich erhöhen und eine europäische Macht auf diesem Wirtschaftszweig werden. Die norwegische Arktisstrategie betont jedoch die Notwendigkeit einer optimalen Ressourcenkontrolle, da sich die Regierung bewusst ist, dass diese Ressourcen beim derzeitigen Verbrauchsniveau der Gesellschaft für die nächsten Generationen knapp sein werden. Infolgedessen will Norwegen stärker auf neue wirtschaftliche und grüne Innovationen setzen, wie zum Beispiel den Bau von Offshore-Windkraftanlagen. Schließlich will die norwegische Regierung ihre eigenen Produkte in der Region verkaufen und behalten, anstatt sie für mehr Geld im Ausland anzubieten:

„Oil and Gas activities and development projects on the continental shelf will open up major opportunities for companies and the industry on the mainland.“ – (Norwegian Ministries, 2021, S. 32)

„The Government will continue to facilitate innovation, entrepreneurship and start-ups in the north and will promote a well-functioning capital market.“ – (Norwegian Ministries, 2021, S. 33)

Die Infrastruktur, die im Papier in 14 Textpassagen (7 % entsprechend) genannt ist, muss nach Angaben der norwegischen Regierung im Norden Norwegens erweitert werden. Auch wenn dies nicht die höchste Priorität sei, würden die Bewohner*innen davon profitieren. Die Regierung strebt an, an der Spitze der technologischen Entwicklung stehen. Der Gesundheitssektor, die Energieversorgung, die Erdölraffinerie und die maritime Industrie stehen auf der Agenda, um modernisiert zu werden. Zudem werden laut Strategiepapier neue technologische Verfahren zur Verhinderung und Bekämpfung von Öl- und Meeresverschmutzung entwickelt. Ein neuer Sektor, auf den die norwegische Regierung setzen will, ist die Weltraumindustrie. Hier sollen hohe Investitionen in Technologien und Forschung getätigt werden, um unter anderem Daten über die Arktis zu erhalten. Schlussendlich geht es der norwegischen Regierung auch darum, die Infrastrukturen für die indigene Bevölkerung auszubauen und zu modernisieren. Insbesondere im Bereich der Kommunikation, sowie der Elektro- und Gesundheitsversorgung müssen die Infrastrukturen erheblich verbessert werden. Die folgenden Passagen verdeutlichen beispielhaft die Ziele des Landes:

„Being at the forefront of technological development: Technological development continues to be a key goal of Norway’s Arctic policy, and is vital for reaching all our goals in the north. Norway is well placed to make use of new“ – (Norwegian Ministries, 2021, S. 9)

„improve emergency communications in northern waters by expanding high-frequency (HF) radio communications coverage and monitoring call and distress channels from coastal radio stations, also using HF“ – (Norwegian Ministries, 2021, S. 38)

Der letzte Aspekt, mit dem sich die norwegische Arktisstrategie auseinandersetzt, ist die Forschung (13 Textpassagen, 6 % entsprechend). Die Formulierung zu der Strategie in diesem Bereich ist kurzgehalten und zielt im Wesentlichen darauf ab, den Klimawandel zu analysieren und die Forschungszentren moderner zu gestalten. Die Wissenschaftler*innen sollen in den Zentren Daten zum Klimawandel durch mehrere Studien generieren. So sollen Lösungen und Mechanismen zur Bekämpfung des Klimawandels entwickelt werden. Des Weiteren strebt die Regierung laut diesem Dokument danach, diese Daten mit den Nachbarstaaten auszutauschen und gemeinsam weiterzuentwickeln. Da der Klimawandel alle Anrainerstaaten der Arktis betrifft, sollten sie sich nach Auffassung Norwegens auch gemeinsam an Forschungsprojekten

beteiligen. Die norwegische Regierung will zudem neue Weltraumprogramme und -studien für junge Wissenschaftler*innen etablieren und diesem Sektor einen wissenschaftlichen Aufschwung geben. Die Bestrebungen im Bereich Forschung werden etwa durch die folgenden Formulierungen deutlich:

„Norway has provided funding to establish cooperation between research and knowledge institutions, the business sector (including the fishing industry) and the authorities.“ –

(Norwegian Ministries, 2021, S. 26)

„further develop the Norwegian Centre for Oil Spill Preparedness and Marine Environment with facilities both in Lofoten and Vesterålen, including the test centre for oil spill response technology at Fiskebøl (Lofoten), and consider measures to concentrate the centre's activities on marine litter“ – (Norwegian Ministries, 2021, S. 36)

Dass die norwegische Arktisstrategie stark auf Kooperation aufbaut, lässt sich durch die Geschichte und die Nähe zu Russland erklären. Denn seit 1920 verbindet vor allem Russland und Norwegen eine Kooperationspartnerschaft auf der Grundlage des Spitzbergenvertrages. Um die gute Zusammenarbeit nicht zu gefährden ist Norwegen bemüht, sich aus allen möglichen Konflikten herauszuhalten. Dabei will die norwegische Regierung dennoch auf Umweltschutz achten und ihr Staatsgebiet weitestgehend verteidigen. Der russische Angriff auf die Ukraine hat Norwegen gezwungen, die eigene Sicherheit, trotz der erfolgreichen Kooperation mit Russland, zu überdenken. Die Kooperation hat stets die höchste Priorität, aber sie scheuen sich nicht, in ihre eigene Verteidigung zu investieren und nach außen zu zeigen, dass sie im Ernstfall bereit wären, ihr Land und auch ihr maritimes Gebiet zu verteidigen.

4.2.5 Russische Föderation

Die russische Arktisstrategie wurde 2020 vom *Russia Maritime Studies Institute* des U.S. Naval War College in Newport, Rhode Island, veröffentlicht. Das Dokument soll die russischen Interessen in der Arktis bis 2035 aufzeigen und ist sowohl in englischer als auch in russischer Sprache verfasst. Das Dokument hat insgesamt 30 Seiten und ist eher stichwortartig niedergeschrieben. Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnete das Dokument am 5. März 2020 und am 3. Mai 2020 wurde es auf Englisch veröffentlicht (übersetzt von Anna Davis und Ryan Vest). Das originale Papier ist jedoch nicht auf öffentlichen russischen Websites

(etwa der Website der russischen Regierung) zu finden. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurden 138 Textpassagen der russischen Arktisstrategie analysiert. Diese Untersuchung zeigt, dass sich die Mehrheit der Passagen mit Sicherheitsfragen und Sicherheitsinteressen auseinandersetzt, während Forschungselemente am wenigsten behandelt werden.

Insgesamt beziehen sich 28 Textpassagen (20 % entsprechend) auf Sicherheitsaspekte. Die Souveränität der Russischen Föderation entlang der sibirischen Küste und des russischen arktischen Meeresgebiets sind die Schwerpunkte der russischen Regierung. Im Sicherheitsbereich muss die Staatsgrenze bewacht und gegen feindliche Angriffe verteidigt werden. Für die Überwachung werden Eisbrecher benötigt und für die Verteidigung sollen Rettungs- und Hilfsflotten sowie Luft-, See- und Landsysteme ausgebaut werden. Zudem soll eine Streitkraft als Allzweckgruppe aufgestellt werden, die im Ernstfall schnell eingesetzt werden könnte. Die Gewalt gegen die Russische Föderation müsse mit allen Mitteln verhindert werden, damit das Überleben des russischen Volkes garantiert ist. Diese Steigerung der russischen Sicherheit soll den Frieden in der Arktis bewahren und die Menschen innerhalb der Staatsgrenzen der Russischen Föderation schützen:

„the establishment of a group of general purpose forces (troops) of the Armed Forces of the Russian Federation in the Arctic zone of the Russian Federation that is capable of providing military security under various military and political circumstances“ – (Davis & Vest, 2020, S. 4)

„improving the system of integrated control over air, surface, and underwater activities in the Arctic zone of the Russian Federation“ – (Davis & Vest, 2020, S. 11)

Die russische Arktisstrategie beschäftigt sich folglich mit den Menschen, die geschützt werden müssen, konkret ist dies die indigene Bevölkerung, die in Sibirien beheimatet ist. Die menschliche Dimension ist mit 26 Textpassagen (19 % entsprechend) ein zentrales Element in diesem Dokument. Die russische Regierung will die Lebensqualität und die soziale Entwicklung der Indigenen fördern. Gesundheitsdienste und -zentren müssen verbessert und für die Indigenen zugänglicher gemacht werden. Krankenhäuser und Pflegeheime befinden sich derzeit vorwiegend in größeren Städten, fernab der indigenen Gemeinschaften, die in entlegenen Regionen der Arktis leben. Der beschwerliche und zeitaufwendige Weg dorthin macht den Zugang zur medizinischen Versorgung für sie zu einer Herausforderung. Zudem will die Regierung bezahlbaren und sozialen Wohnraum in der Heimatregion der Indigenen bereitstellen und eine stabile Lieferung mit Lebensmitteln und Ressourcen sicherstellen.

Schließlich betont das Dokument, dass die indigene Bevölkerung stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden sollte, insbesondere in Bezug auf den Klimawandel und mögliche Naturkatastrophen, damit die Regierung im Ernstfall gemeinsam mit den Indigenen Rettungsmaßnahmen entwickeln kann. Ziele sind im Wortlaut des Dokuments die folgenden:

„ensuring the availability of primary health care, quality pre-school, elementary and basic general education, secondary vocational and higher education, cultural opportunities, physical fitness and sports amenities in settlements located in remote areas, including traditional lands and economic activities of indigenous minorities“ – (Davis & Vest, 2020, S.

6)

„providing air support for the measures aimed at protecting populations and territories from natural and human-made emergencies in the Arctic“ – (Davis & Vest, 2020, S. 10)

Um die Ziele der Sicherheitsfaktoren und der Lebensqualität der indigenen Bevölkerung zu erreichen, muss die Regierung der Russischen Föderation in umfangreiche Infrastrukturen investieren. Dies ist daher der dritt wichtigste Punkt in der russischen Arktisstrategie (25 Textpassagen, 18 % entsprechend). Die Netzwerke der Kommunikation, der Navigation und des Transportes (insbesondere Eisenbahnstrecken und Seehäfen) müssen modernisiert oder sogar neu gebaut werden. Geplant sind Seekabel, sowie ein hydrometeorologisches und hydrografisches Navigationssystem. Die Energie- und Elektrizitätsversorgung ist aufgrund der klimatischen Verhältnisse in diesem Gebiet besonders wichtig für die Entwicklung der Menschen vor Ort. Abschließend ist genannt, dass die russische Regierung das Potenzial der *Nordostpassage* voll ausschöpfen möchte und dass diese versucht, die Produktion von Eisbrechern zu erhöhen. Mit den Investitionen soll die Arktis sozial und wirtschaftlich weiterentwickelt werden, um zukünftige Unternehmen in die Arktis zu bringen und russische Bewohner*innen davon zu überzeugen, in die Arktis überzusiedeln. Die Formulierung der Ziele in diesem Bereich lautet etwa wie folgt:

„construction of a sufficient number of icebreaker, rescue, and auxiliary fleets with the capabilities necessary to ensure year-round, safe, uninterrupted, and cost-effective navigation in the waters of the Northern Sea Route and other maritime transportation passages“ –

(Davis & Vest, 2020, S. 8)

„development of energy supply network; modernization of local power facilities; expanding the use of renewable energy sources, liquefied natural gas, and local fuel resources“ – (Davis & Vest, 2020, S. 8)

Die Wirtschaft, die in 20 Textpassagen (14 % entsprechend) thematisiert wird, wird mutmaßlich von Investitionen in die Infrastruktur profitieren. Gas und Öl sind die Haupteinnahmequellen des russischen Staates. Laut Strategie bemüht sich die russische Regierung die Region für Unternehmen aus den Bereichen Tourismus, Wasserstoffindustrie und Raffinerie attraktiver zu gestalten. Laut Strategiepapier strebt die Föderation an, der größte Investor des Gebietes zu werden, wobei auch eine Abhängigkeit von privaten Investoren zugestanden wird. Schließlich versucht die russische Regierung ihre Wirtschaft mit neuen Technologien zu vereinbaren, um weniger Emissionen auszustoßen. Nachhaltigkeit sieht auch der russische Staat als wichtig an, insbesondere das Verhindern von die Wirtschaft schadenden Waldbränden und Umweltverschmutzung, erscheint hier bedeutungsvoll, so formuliert die russische Regierung im Dokument wie folgt:

„developing the Northern Sea Route as the Russian Federation’s competitive national transportation passage in the world market“ – (Davis & Vest, 2020, S. 4)

„implementation of the best available technologies, ensuring minimization of atmospheric emissions, pollution of waters, and reduction of other types of negative impacts on the environment while conducting economic and other activities“ – (Davis & Vest, 2020, S. 9)

Auch in der russischen Arktis sind die Auswirkungen des Klimawandels nicht zu übersehen. Daher beschäftigt sich die russische Regierung in ihrer Arktisstrategie, wenn auch nicht sehr detailliert, mit ökologischen Aspekten (15 Textpassagen, 11 % entsprechend). Insbesondere betont die Regierung die Notwendigkeit, die internationalen Umweltvorschriften auszuweiten, um die Fauna und Flora sowie die traditionelle Lebensweise der Indigenen in der Arktis zu schützen. Des Weiteren unternimmt die Regierung Anstrengungen, um das Recycling und die Entsorgung von industriellem Abfall zu verbessern. Dies zielt auf das Verhalten während der Sowjetzeit ab, als Atommüll auf den arktischen Inseln gelagert wurde. Moderne Technologien sollen dazu beitragen, Umwelt und Menschen zu schützen, so heißt es in der russischen Strategie:

„improvement of the monitoring system of the environment, and implementation of modern information and communication technologies and communication networks to process

readings and measurements received from satellites, sea and ice platforms, research vessels, ground stations, and observatories“ – (Davis & Vest, 2020, S. 9)

„development of an integrated waste management system for all types of hazardous material, and construction of modern environmentally friendly waste recycling complexes“ – (Davis & Vest, 2020, S. 9)

Die Kategorie der Kooperation spielt in der russischen Arktisstrategie mit 14 Textpassagen (10 % entsprechend) kaum eine Rolle. Die russische Regierung strebt durch Kooperation an, ihre territorialen Grenzen auf internationaler Ebene zu präsentieren, um Anerkennung von anderen Staaten zu erhalten. Das „feindliche“ Eindringen von außen soll durch gemeinsame Zusammenarbeit verhindert werden. Dabei ist das Ziel, das Territorium in den arktischen Gewässern mit einer Studie des russischen Festlandsockels zu erweitern. Des Weiteren beabsichtigt die Regierung, ihre Präsenz auf und um Spitzbergen aufrechtzuerhalten – so wie es ihr nach dem Spitzbergen-Vertrag von 1920 zusteht. Dennoch will die russische Regierung die Arbeit im *Arktischen Rat* nicht vernachlässigen und betont dessen Bedeutung auf internationaler Ebene mit dem folgenden Wortlaut:

„actions by foreign states and (or) international organizations to obstruct the Russian Federation’s legitimate economic or other activities in the Arctic“ – (Davis & Vest, 2020, S. 5)

„guaranteeing Russian presence on the Svalbard archipelago on terms of equal and mutually beneficial cooperation with Norway and other states - parties to the Treaty of Svalbard of 9 February 1920“ – (Davis & Vest, 2020, S. 10)

Schlussendlich geht das Dokument nur kurz auf wissenschaftliche Faktoren (10 Textpassagen, 7 % entsprechend) in der Arktis ein. Ziel sei es, wissenschaftliche Technologien zu entwickeln, um die Arktis besser erforschen zu können. Die Auswirkungen auf die Region sollen per Studien aufgezeigt werden, um dann mögliche Mittel zur Bekämpfung zu erschließen. Auf wissenschaftliche Expeditionen soll weiter gesetzt werden, da die russische Regierung über einen atomar angetriebenen Eisbrecher verfügt. So können Wissenschaftler*innen laut Dokument deutlich weiter und länger am Nordpol forschen. Darüber hinaus soll verstärkt in die medizinische Forschung investiert werden. Die klimatischen Verhältnisse und das auftauende Eis mit jahrhundertealten Mikroorganismen bieten neue Anhaltspunkte. Letztlich will die Regierung auch in die militärische Forschung

investieren, um neue Abwehrmechanismen zu testen und die Umwelt durch die Weiterentwicklung der Grenzkontrollen sicherer zu machen, so heißt es im Strategiepapier:

„improvement of the monitoring system of the environment, and implementation of modern information and communication technologies and communication networks to process readings and measurements received from satellites, sea and ice platforms, research vessels, ground stations, and observatories“ – (Davis & Vest, 2020, S. 9)

Die Arktisstrategie der Russischen Föderation wirft im Vergleich zu den anderen einige Fragen auf. Eine klare Linie hinsichtlich der Vorhaben und der öffentlichen Darlegung dieser durch die russische Föderation ist hier nicht unmittelbar erkennbar. Vor allem die dargestellte Wertschätzung des Wohlergehens der indigenen Völker und anderer arktischer Bewohner*innen geht nicht mit dem tatsächlichen Umgang der russischen Regierung mit den Indigenen einher. Die in der russischen Arktis lebenden Menschen sehen sich infolge des Klimawandels – durch Erdrutsche, Waldbrände und andere Umweltveränderungen – gezwungen, ihre angestammten Gebiete zu verlassen und umgesiedelt zu werden. Es ist daher schwer zu glauben, dass die russische Regierung tatsächlich die Lebensbedingungen für die Indigenen verbessern will. Des Weiteren haben indigene Völker in Russland ein weit geringeres Recht auf Selbstbestimmung und sie sind in politische Angelegenheiten im Gegensatz zu anderen indigenen Gemeinschaften in den skandinavischen Ländern nicht involviert.

Für Russland hat die arktische Zusammenarbeit im Vergleich zu den anderen Staaten weniger Priorität. Da die Arktis aus russischer Sicht ohnehin russisches Territorium ist, können sie ohne Zustimmung der anderen Anrainerstaaten allein über das Geschehen entscheiden. Diese Selbstbestimmung ist innenpolitisch wichtig, da die Unabhängigkeit vom Westen weiter gestärkt wird. Nach außen wirkt das Dokument insgesamt also wie ein freundlicher und gemeinschaftlicher Verhaltenscodex für die Arktis, in dem die menschliche Dimension eine große Bedeutung hat. Allerdings ist festzuhalten, dass die Arktis innenpolitisch als Propaganda genutzt wird, um Russlands Stärke zu demonstrieren. Der Westen muss das Dokument daher sehr kritisch hinterfragen und die realen Vorgänge der russischen Regierung in der Arktis berücksichtigen.

5 Die Entstehung des Arktischen Rates

In den 1980er Jahren gab es die „Arctic Environmental Protection Strategy“ (AEPS). Diese wurde auf Initiative Finnlands aufgrund der hohen Mengen an Atommüll, der während des Kalten Krieges in der Arktis gelagert wurde oder durch zahlreiche Atomtests in die Arktis gelangte, ins Leben gerufen. Als 1989/91 die Sowjetunion zerfiel und die Globalisierung von West und Ost begann, näherten sich auch die Anrainerstaaten der Arktis an und verspürten das Bedürfnis, einen Zusammenschluss zu kreieren, damit die Arktis eine geschützte Zone auf der Erde bleiben kann. Mit dem Arktischen Rat bekam die AEPS einen Nachfolger, als die zugehörige Deklaration 1996 in der kanadischen Hauptstadt Ottawa, Ontario, unterschrieben wurde. Der Rat machte sich zur Aufgabe, durch gemeinsame Kooperation zwischen den arktischen Staaten erstens eine Gemeinschaft zu fördern und zweitens eine Lösung für die ökologischen Veränderungen zu finden (Stuvøy & Dale, 2011, S. 302). Bereits damals war die nachhaltige Entwicklung der Arktis eine wichtige Säule für den Rat.

Die Gründungsurkunde des Arktischen Rates sieht vor, dass der Rat lediglich ein „high-level forum“ sein soll und weiter heißt es:

„[The Arctic Council] provide[s] a means for promoting cooperation, coordination and interaction among the Arctic States, with the involvement of the Arctic indigenous communities and other Arctic inhabitants on common Arctic issues, in particular issues of sustainable development and environmental protection in the Arctic.“ – (Declaration on the Establishment of the Arctic Council., 1996, S. 2)

An dieser Stelle wird in der Deklaration unter „common Arctic issues“ mit einer Fußnote darauf hingewiesen, dass der Arktische Rat keine militärischen Angelegenheiten diskutieren wird.

Die Besonderheit des Arktischen Rates ist seine Aufteilung in Staaten unterschiedlicher Kategorien: (Keil, 2018, S. 3f):

- 1) Die acht arktischen Staaten, die den Status eines ständigen Mitgliedes haben: die USA, Kanada, das Königreich Dänemark, Island, Norwegen, Schweden, Finnland und die Föderation Russland.
- 2) Die sechs Organisationen indigener Völker, die in der Arktis leben und einen ständigen Teilnehmerstatus haben: Die Aleut International Association, der Arctic Athabaskan

Council, der Gwich'in Council International, der Inuit Circumpolar Council, die Russian Association of Indigenous Peoples of the North und der Saami Council.

- 3) Staaten, internationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und zwischenstaatliche sowie interparlamentarische Organisationen und Institutionen können auf Anfrage einen Beobachterstatus erlangen. Mit diesem Beobachterstatus kann an allen Sitzungen teilgenommen werden, und es können Projekte und Stellungnahmen eingereicht werden. Die wichtigsten Vertreter der Staaten sind hier: Frankreich, Deutschland, Japan, China, Indien, Südkorea und Großbritannien. IMO, ICES, NAMMCO, UNDP und UNEP sind namhafte Vertreter zwischenstaatlicher und interparlamentarischer Organisationen. ACOPS, IASC, WWF, UArctic und IASSA sind eine Auswahl der wichtigen Vertreter von NGOs im Arktischen Rat.

Im Arktischen Rat wird nach dem Konsensprinzip entschieden, Stimmrecht im Rat haben aber nur die acht ständigen Mitglieder (ebd., S. 1). Die indigenen Vertreter*innen sind in alle Beratungen und Entscheidungen eingebunden und werden auch aktiv konsultiert, haben allerdings kein Stimmrecht. Dabei war der Arktische Rat das erste zwischenstaatliche Forum, das beschloss, indigene Teilnehmer*innen in Entscheidungsprozessen einzubeziehen (Sidorova, 2019, S. 71). Die Kategorie der Beobachter wurde mehrmals erweitert, zuletzt 2017, und es bestehen weitere Anfragen von Staaten, Organisationen und Institutionen, die in den Arktischen Rat aufgenommen werden wollen. Hierzu gehört auch die Europäische Union.

In einem festen Turnus von zwei Jahren wechselt der Vorsitz des Rates (die sogenannte Ratspräsidentschaft) unter den acht arktischen Anrainerstaaten. Derzeit hat Norwegen bis 2025 den Vorsitz, davor hatte Russland das Amt des Ratspräsident inne (Arctic Council Secretariat, 2023, S. 13). Am Ende eines jeden Vorsitzes setzen sich die Vertreter*innen der Arktisstaaten zusammen, um über die Arbeit des Rates auf ministerieller Ebene zu diskutieren und gleichzeitig über das Mandat der neuen Präsidentschaft zu entscheiden. Diese Versammlungen werden von hochrangigen arktischen Beamten (Senior Arctic Official) geleitet und folgen einer streng reglementierten „Ordre du jour“ (ebd, S. 14).

Institutionell hat sich der Rat seit 1996 weiterentwickelt, insbesondere als 2013 entschieden wurde, ein ständiges Sekretariat in Tromsø (Norwegen) zu eröffnen (Keil, 2018, S. 3). In den vergangenen Jahren hatte jedes Land, das gerade den Vorsitz übernommen hatte, sein eigenes Sekretariat. Dies erschwerte Aufgaben wie Archivierung und einheitliches Auftreten, und durch das ständige Sekretariat wurde die Bürokratisierung des Rates vereinfacht. Inhaltlich hat sich

der Rat ebenfalls durch die Erweiterung der Arbeitsgruppen (Working Groups) optimiert. Ursprünglich gab es vier Arbeitsgruppen, diese Anzahl wurde 1998 und 2006 auf fünf bzw. sechs erweitert. Aktuell gehören zum Arktischen Rat die folgenden Arbeitsgruppen:

- Arctic Monitoring and Assessment Programme (AMAP)
- Protection of the Arctic Marine Environment (PAME)
- Emergency Prevention, Preparedness and Response (EPPR)
- Conservation of Arctic Flora and Fauna (CAFF)
- Sustainable Development Working Group (SDWG)
- Arctic Contaminants Action Programme (ACAP)

Diese Arbeitsgruppen gelten als „Maschinenraum“ (Knecht, 2017, S. 206) des Rates, an denen auch die Beobachterstaaten und -organisationen sowie die indigenen Völker teilnehmen und Projekte, Vorschläge und Forderungen stellen können. In prozessualer Hinsicht ist der Rat aktuell bemüht, ein Bottom-Up-Prinzip aufzubauen: So sollen alle Projekte und Aktionen in den Arbeitsgruppen initiiert werden. Die Realität aber entspricht eher einer deutlichen „Top-Down-Kontrolle“, da die letzte Instanz durch die acht Anrainerstaaten gegeben ist und die Entscheidungsrechte ausschließlich bei diesen liegen. Des Weiteren wollen die arktischen Staaten angesichts des hohen Andrangs interessierter Akteure, die auf Aufnahme warten, nicht die „Kontrolle“ verlieren und behalten sich stets das Recht vor, die institutionellen Abläufe zu bestimmen (ebd.).

In den letzten Jahrzehnten ist der Rat aufgrund der rasanten Entwicklung der Arktis, vor allem im Bereich des Klimas und der Ressourcen- sowie der Sicherheitspolitik immer weiter in den Mittelpunkt der internationalen Politik gerückt. Dieses Interesse veranlasste den Rat der zwischenstaatlichen und kooperativen Interaktion mehr Aufmerksamkeit zu widmen (Conley & Melino, 2016, S. 2). Die Mittel des Dialogs waren ein Baustein für die positive Entwicklung des Rates.

Die Themengebiete Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung in der Arktis sind seit der Gründung des Rates die beiden fundamentalen Säulen. (Keil, 2018, S. 2). In den letzten Jahren hat sich der Aufgabenbereich des Rates jedoch deutlich erweitert. Primär verlagerte sich der Fokus auf die indigene Bevölkerung, indem umfangreicher auf das Wohlbefinden, die Bildung der Jugend und die Gleichstellung der Geschlechter unter den Indigenen gezielt wurde (Arctic Council Secretariat, 2023, S. 17). Innerhalb der Arbeitsgruppen wurden diese neuen Themenbereiche vertieft und dabei haben die indigenen Völker die Führung in den

Arbeitsgruppen übernommen, um stärker ihre Sorgen und Wünsche in den Mittelpunkt zu stellen.

Im Bereich Umweltschutz arbeiten die Arbeitsgruppen eng mit Forscher*innen zusammen und verfassen Maßnahmen zur Verbesserung. Biodiversität und Bewirtschaftung sind hier von großer Bedeutung. Schlussendlich beschäftigen sich die Arbeitsgruppen auch mit maritimen Transportwegen und den Auswirkungen der zugehörigen Schadstoffe. Die verstärkte Nutzung der arktischen Nordost- und Nordwestpassagen während der eisfreien Monate erhöht das Risiko möglicher Unfälle und der daraus resultierenden Kontamination des arktischen Ökosystems. Zudem gefährden die Explorationsaktivitäten die arktische Umwelt, Menschen sowie Tiere, und die Aufgabe des Rates und der Arbeitsgruppen liegt darin, das Bewusstsein für die gravierenden Auswirkungen zu veröffentlichen und verständlich zu machen (ebd., S. 27).

Trotz der bewussten Entscheidung, auf militärische Fragen nicht zu antworten, zeigt die Historie der Arktis, dass diese Region stets geopolitische und militärische Diskussionen ausgelöst hat. Der Arktische Rat hat gezeigt, dass die Kooperation in der Arktis trotz angespannter Zeiten und schwieriger geopolitischer Bedingungen funktioniert. Eine Sicherheitskompetenz oder eine Arbeitsgruppe, die sicherheitspolitische Themen diskutiert, wird von vielen Expert*innen befürwortet (Keil, 2018, S. 5).

Im Jahr 2021 verabschiedete der Rat einen Strategieplan für den Zeitraum 2021 bis 2030, der sich auf die Arktis als Region des Friedens und der Stabilität sowie auf die Zusammenarbeit und ein sicheres und nachhaltiges Zuhause für alle Bewohner*innen konzentriert. In diesem Strategieplan hat der Rat insgesamt sieben Ziele festgelegt, die in drei Kategorien unterteilt sind (Arctic Council Secretariat, 2023, S. 29). Zur ersten Kategorie „Umweltschutz“ gehören drei Ziele: 1) Arktisches Klimaziel; 2) Gesundes und widerstandsfähiges arktisches Ökosystem und 3) Gesunde Meeresumwelt in der Arktis. Mit der zweiten Kategorie „Nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung“ verfolgt der Rat die folgenden Ziele: 4) Nachhaltige soziale Entwicklung und 5) Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Mit der letzten Kategorie „Stärkung des Arktischen Rates“ will der Rat die folgenden Ziele bis 2030 verstärken: 6) Wissen und Kommunikation sowie 7) Stärkung des Arktischen Rates.

Kategorie	Ziele
Umwelt	Arktisches Klimaziel; Gesundes und widerstandsfähiges arktisches Ökosystem; Gesunde Meeresumwelt in der Arktis.
Nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung	Nachhaltige soziale Entwicklung; Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.
Stärkung des Arktischen Rates	Wissen und Kommunikation; Stärkung des Arktischen Rates.

Abbildung 7: Kategorien und Ziele des Arktischen Rates laut Strategieplan 2021 – 2030 (erstellt vom Autor)

Der Arktische Rat hat jedoch, wie alle anderen internationalen Institutionen, neben seinen positiv-wirkenden Fähigkeiten auch Probleme und Misserfolge. So zeigen die drei Kategorien der Mitgliedschaft bereits eine gewisse Hierarchie innerhalb des Arktischen Rates, welche auf der internationalen Ebene oft kritisiert wird. Zu den bemängelten Aspekten zählt vor allem, dass nur die acht arktischen Anrainerstaaten das Stimmrecht haben und damit die letzte exekutive Entscheidungsgewalt haben, während die indigenen Völker „nur“ als Berater fungieren. Ein weiteres immer wieder diskutiertes Thema betrifft den rechtlichen Status. Aufgrund der „Ottawa-Declaration“ ist der Arktische Rat keine (internationale) Organisation, sondern nur ein Forum und besitzt daher keine eigene Rechtspersönlichkeit (Keil, 2018, S. 4). Politikformulierungen und Umsetzungsaufgaben sind nicht an der Tagesordnung und es handelt sich bei diesen eher um „Soft Law“, sodass keine Befugnis für das Erlassen von verbindlichem Recht besteht (Stuvøy & Dale, 2011, S. 303). Das „Soft Law“ ist für die Anrainerstaaten jedoch interessant, weil es im Gegensatz zum „Hard Law“ Entscheidungen über Abkommen ohne starke Einschränkungen oder verpflichtende Umsetzungen zulässt. Da Entscheidungen im Konsens im Rat getroffen werden, werden Verträge nur geschlossen, wenn die Anrainerstaaten ihnen hundertprozentig zustimmen. Nach der „Ottawa-Declaration“ dürfen sie dies jedoch nicht, da der Arktische Rat keine Kompetenz zur Rechtssetzung hat (ebd.). Nichtsdestotrotz wurden 2011, 2013 und 2017 drei „Agreements“ in den Bereichen des „Aeronautical and Maritime Search and Rescue“, des „Marine Oil Pollution Preparedness and Response“ und des „Enhancing International Arctic Scientific“ mit der Zustimmung der fünf Anrainerstaaten entwickelt und verabschiedet (Arctic Council Secretariat, 2023, S. 14).

Eine weitere Herausforderung des Rates ist ihre zunehmende Bedeutung in der internationalen Politik. Die Aufgaben werden mit dem wachsenden politischen Interesse vieler Länder größer,

und diese kann der Rat – auch aufgrund der Beschränkung auf das „Soft Law“ und ihre Strukturen als Forum und nicht als eine offizielle anerkannte Institution – nicht allein realisieren. Belastend ist vor allem die ständige Infragestellung der Nichtberücksichtigung von militärischen Fragen und Sicherheitsfragen. Auch wenn der Rat auf dieser Grundlage nur ein Vermittler der regionalen Kooperation ist, wird der Rat von Außenstehenden als „a playground for power politics and the struggle over regional hegemony“ (Knecht, 2017, S. 216) wahrgenommen. Aufgrund des Klimawandels ist der Arktische Rat längst kein „Forum“ mehr, sondern eine internationale politische Bühne, auf der mächtige Akteure ihre Interessen für die letzte Region der Erde, die völkerrechtlich noch nicht aufgeteilt ist und vermutlich über zahlreiche Ressourcen verfügt, mitteilen (ebd.). Der Arktische Rat hat den Zeitpunkt verpasst, sich in eine internationale Organisation zu transformieren, auf der geopolitische Themen gemeinsam angesprochen werden können.

Wenig überraschend sind daher die lauter werdenden Aufforderungen zu Reformen, die den Arktischen Rat zeitgemäß verändern sollen. Conley und Melino (2016) etwa haben vier Reformmöglichkeiten für den Arktischen Rat vorgeschlagen. Der erste Vorschlag würde nichts ändern, mit der Begründung, dass der Rat in seiner jetzigen Form gut genug funktionieren würde und keine Erneuerung bräuchte. Der zweite Vorschlag ist die Umwandlung des Arktischen Rates in ein politisches Gremium, in dem Fragen gemeinsam mit Beobachterstaaten diskutiert werden (Conley & Melino, 2016, S. 3f). Der Beobachterstatus würde aufgelockert und die Arbeitsgruppen würden je nach Interesse neu ausgerichtet werden.

Mit dieser Reform würden die Aktivitäten der Mitgliedsstaaten genauer überwacht, da sie die Hauptakteure in der Arktis sind. Dennoch haben sie nicht das alleinige Recht, über die Zukunft der Region zu entscheiden. Zudem würde sich der Rat das Recht vorbehalten, Mitgliedsstaaten öffentlich zu kritisieren und Verstöße transparent darzulegen, sollten diese sich seinen Empfehlungen verweigern. Eine solche Offenlegung könnte nicht nur die Position des Rates als legitimes Entscheidungsorgan in der Arktis stärken, sondern auch internationale Kritik seitens der Beobachterstaaten hervorrufen. Dies würde den Druck auf die betreffenden Mitgliedsstaaten erhöhen, im Einklang mit den Beschlüssen des Rates zu handeln und die Zusammenarbeit zu fördern.

Die dritte Reformoption besteht darin, dem Rat ein Governance-System anzuheften, bei dem der Interventionsbereich des Umweltschutzes bleibt und der Rat zudem die Rolle der Koordinierung anderer relevanter arktischer Organisation übernimmt (ebd., S. 4). Damit bliebe

der Arktische Rat der wichtigste Knotenpunkt für Arktisthemen, würde lediglich seine Aufgaben verteilen und damit seine Expertise delegieren. Für größere Interessensgruppen, wie die Länder mit Beobachterstatus, wäre es schwieriger, Diskussionen und Vorschläge anzugehen, weil sie nun den Weg über arktische Organisationen (wie den Arktischen Wirtschaftsrat) gehen müssten. Für die acht ständigen Mitglieder wäre diese Reform nicht unvorteilhaft, da sie den Einfluss anderer Länder mit arktischen Interessen limitieren würden. Der letzte Vorschlag ist eine radikalere Option, bei der ein neues institutionelles Design des Arktischen Rates für die bevorstehende Ära entwickelt würde. Der Rat sollte hier so umgestellt werden, dass er Ähnlichkeiten mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) aufweist (ebd.). Wie der Name bereits zeigt, würde sich der Rat mit Sicherheitsfragen auseinandersetzen – welche aktuell bewusst außen vorgelassen werden. Mit dieser Reform würden dem Rat Aufgaben dreier unterschiedlicher Kategorien zufallen: 1) die menschliche Dimension; 2) die wirtschaftliche Dimension und 3) die Sicherheitsdimension. Mit OSZE-ähnlichen Strukturen könnte der Arktische Rat weiterwachsen und als die eine Bestimmungsinstitution in der Arktis fungieren.

Es mangelt allerdings an Interesse und Enthusiasmus, um ein neues System für den Rat zu entwickeln. Keiner der acht arktischen Staaten will die Zeit seiner Präsidentschaft für eine – möglicherweise scheiternde – Reform aufbringen. Zudem sind diese Staaten nicht daran interessiert auf ihr Privileg des Stimmrechts zu verzichten und andere aktive Akteure stärker einzubinden. Die Zurückhaltung der arktischen Anrainerstaaten wirft jedoch viele offene Fragen auf. Expert*innen bezweifeln die Langlebigkeit des Rates, falls sich die Probleme in der Arktis verstärken sollten. Des Weiteren stellt sich die Frage, inwiefern das Mandat im internationalen Epizentrum arktisbezogener Aktivitäten Gültigkeit hat und ob die Organisationsstruktur angemessen ist (ebd., S. 2).

6 Herausforderung in der Arktis und deren Auswirkungen auf die Kooperation

6.1 Klimawandel und Umweltauswirkungen

Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts war die Arktis ein uninteressantes Gebiet nördlich des Polarkreises, das als sehr weit entfernt beschrieben wurde und von menschlicher Aktivität fast unberührt war. Bis dahin galt das dortige Klima als so unattraktiv, dass der Fokus von Staaten und Großmächten nicht auf diese Region gerichtet wurde. Mit der fortschreitenden Globalisierung nach dem Zweiten Weltkrieg, der exzessiven Lebensweise und dem nicht nachhaltigen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen haben sich die klimatischen Verhältnisse weltweit verändert. Treibhauseffekte durch erhöhte CO²-Emissionen sorgen für steigende Temperaturen, die vor allem in der Arktis sehr deutlich zu erkennen sind. Die Region ist in besonderem Maße vom Klimawandel betroffen, da die Temperaturen hier mit einer Geschwindigkeit ansteigen, die um das Zweifache höher ist als in anderen Teilen der Welt (Gschnaller et al., 2016, S. 65). Wale, Fische, Robben, Vögel, Eisbären und Seelöwen leben in der kältesten Region der Welt und sind am stärksten von den sich verändernden klimatischen Verhältnissen betroffen. Insbesondere die vom Meereis abhängige marine Fauna und Flora wird in Zukunft vom Ausstreben bedroht sein (ebd.).

Der Klimawandel rückt die Arktis in den internationalen Fokus, da die Auswirkungen des Klimawandels auf die Arktis auf der gesamten Welt zu spüren sind. Durch den Verlust der Eisoberfläche können weniger Sonnenstrahlen von der Erde zurück in die Atmosphäre reflektiert werden und es wird der sogenannte „Eis-Albedo-Effekt Rückkopplungsprozess“ (ebd., S.67) ausgelöst. Nach diesem gilt: Je geringer dieser Albedo-Effekt (der Anteil der Strahlung, der von einer Oberfläche in die Atmosphäre zurückgestrahlt wird) ist, desto mehr behält die Erde die Sonnenstrahlung innerhalb seiner Atmosphäre zurück und desto schneller erwärmt sich die Erde.

Eine Folge des Eisschmelzens ist der Anstieg des Meeresspiegels. Dies wird nicht nur Länder des Globalen Südens betreffen, die mit Veränderungen der Regenzeiten und von Monsunen geplagt sein werden. Denn auch Länder des Globalen Nordens sehen kommenden Gefahren. Küstenstädte wie Miami oder Den Haag sind Risikogebiete, die bei einem gestiegenen Meeresspiegel durch Wellenschlag und stärkere Stürme mit Küstenerosionen betroffen sein

werden (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, 2008, S. 161). Eine weitere Konsequenz des Klimawandels ist das Auftauen des Permafrosts und die daraus resultierende Freisetzung von gefrorenem Methan, das ein um ein Vielfaches stärkeres Treibhausgasereffekt ist (Dröge, 2019, S. 406). Zudem verursacht das Auftauen Bodenerosionen, Erdbeben, Schlammlawinen und verheerende Waldbrände, die vor allem in Sibirien auftreten werden. In der Folge werden wesentliche Infrastrukturen der indigenen Völker wie Wohnsiedlungen und Transportwege beschädigt werden, was sich negativ auf die Versorgung (etwa mit Lebens- und Nahrungsmitteln) und die Entsorgung (Müllabfuhr etc.) bei der indigenen Bevölkerung auswirken wird (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, 2008, S. 161). Des Weiteren werden die natürlichen Wasserquellen der Indigenen und auch die der Tiere durch das Auftauen des Permafrosts und das Schmelzen des Eises versauert, sodass es zur Unbrauchbarkeit der Wasserquellen kommt (Klimenko, 2023, S. 5). Schließlich werden Lebensräume der Indigenen und der Pflanzen- und Tierwelt verschwinden, womit die Gefährdung der Existenz dieser Völker droht (Gschnaller et al., 2016, S. 67).

Gerade vor diesem Hintergrund aber bietet die Arktis im Bereich des Klimawandels einen idealen Untersuchungs- und Forschungsraum, um die daraus resultierenden Folgen zu analysieren. Um die Auswirkungen und Folgen des Klimawandels gründlich zu untersuchen, bemüht sich der Arktische Rat, den Klimawandel in den verschiedenen Arbeitsgruppen zu untersuchen und wissenschaftliche Belege und Studien vorzuweisen. Es wurden bereits mehrere Projekte ins Leben gerufen, zum Beispiel zur Reduzierung der Schadstoffe in der Arktis (Arctic Contaminants Action Program), zur Überwachen der Umweltbedingungen (Arctic Monitoring and Assessment Program) oder zur Erhaltung der Artenvielfalt und der natürlichen Lebensräume (Conservation of Arctic Flora and Fauna). Diese Arbeitsgruppen diskutieren ihre Ergebnisse mit verschiedenen Organisationen, die sich am Arktischen Rat beteiligen und als nichtständige Mitglieder des Rates aktiv an solchen Projekten mitarbeiten dürfen. All diese Studien der Arbeitsgruppen zeigen stets, vor welchen Problemen die Arktis steht, was die Projekte realisiert haben und welche zukünftigen Aktionspläne existieren oder im Rahmen des Projekts entschieden wurden.

Dennoch stehen die Arbeitsgruppen in der Kritik. Auf den ersten Blick arbeiten die sechs Gruppen unabhängig voneinander in ihrem jeweils zugewiesenen Fachgebiet. Bei einer genaueren Untersuchung der Arbeitsgruppen zeigt sich jedoch, dass sich die Themen mehrfach überschneiden und alle Gruppen über die Auswirkungen des Klimawandels im allgemeinen

Sinne diskutieren. Des Weiteren müssen solch große Arbeitsgruppen innerhalb eine klare Kommunikationsstruktur haben, damit die Ergebnisse und Aktionspläne bestmöglich umgesetzt werden können. Unstimmigkeiten, Duplizierung, langsame Bürokratie und mangelndes Durchsetzungsvermögen sind jedoch Kritikpunkte, die den Arbeitsgruppen immer wieder vorgeworfen werden.

Der Klimawandel hat dabei nicht nur Auswirkungen auf Lebewesen, Meeresfauna sowie -flora und den Anstieg des Meeresspiegels, sondern auch auf sicherheitspolitische Aspekte. Der Klimawandel wurde bisher nie als direkte Bedrohung für den Weltfrieden oder als negativer Indikator für Sicherheitsfragen angesehen (Dröge, 2019, S. 409). In der aktuellen Situation aber muss der Klimawandel in sicherheitspolitischen Aspekten herangezogen werden, insbesondere um die Situation zu verstehen. Zu klären ist vorab, wo die Herausforderungen liegen und warum die Arktis ein Sicherheitsdilemma ist und wie die Zukunft dieser Region aussehen wird.

Denn trotz aller negativen Aspekte, die der Klimawandel mit sich bringt, finden einige Staaten positive Aspekte, die die Arktis in Zukunft interessant und zu einem Schwerpunkt ihrer Bestrebungen machen können. Insbesondere der Zugang zu natürlichen Ressourcen, welcher ein Rennen unter den Anrainerstaaten auslösen kann, sowie die wirtschaftliche Attraktivität verkürzter Transportrouten für Frachtschiffe durch das Abschmelzen des Eises, sind Argumente warum der Klimawandel zum Teil positiv gesehen werden kann. Studien besagen, dass die Arktis ab 2030 in den Sommermonaten vollständig eisfrei sein könnte. Unter dem arktischen Meereis liegen mutmaßlich riesige Lagerstätten, die reich an Öl, Gas, Seltenen Erden und Metallen sind. (Gschnaller et al., 2016, S. 66f) Diese Lagerstätten werden indes zugänglicher und für die Küstenstädte aufgrund des hohen Konsums von natürlichen Ressourcen sehr interessant. Offen ist dann noch die Frage nach der Rentabilität der Erschließung. Da die geografische Lage der Reserven weit im Zentrum des arktischen Ozeans liegt, würde die Erschließung der Ressourcen viel Geld kosten. Die Sicherheit der Transportschiffe und der Bau von Bohrinnseln wären die ersten Investitionen, die Staaten bezahlen müssten. Letztlich stellt sich die Frage, ob und ab wann die Erschließung wirtschaftlich sinnvoll wäre (ebd., S. 66). Im nachfolgenden Kapitel werden diese Probleme detaillierter beleuchtet.

Durch den Klimawandel können sich die Transportrouten von Hamburg bis nach Japan um 40 % verkürzen (Humrich & Wolf, 2011, S. 12). Diese Route wäre eine Alternative zur Route durch den Suezkanal, welche sich aktuell durch viele Piraterie- und Drohnenangriffe aus den

Golfstaaten zu einem unsicheren Transportweg entwickelt. Außerdem würden die Schifffrachter weniger CO² ausstoßen.

Schließlich eröffnet der Klimawandel den Indigenen eine neue Möglichkeit, ihre Landwirtschaft in den Sommermonaten auszubauen und zu verbessern. Dieser Sektor erfordert aber auch erhebliche Investitionen in neu verbesserte und modernisierte Infrastrukturen. Des Weiteren ist der lokale Markt sehr begrenzt und die Qualität des Bodens sowie die große Entfernung von größeren Absatzmärkten sind eine Herausforderung für die wirtschaftliche Zukunft der arktischen Landwirtschaft (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, 2008, S. 161).

Die positiven Aspekte des Klimawandels in der Arktis sind allerdings mit großer Skepsis zu betrachten. Die Auswirkungen auf Lebewesen und die Ungewissheit über die Folgen des Klimawandels auf globaler Ebene sind übermäßig große Risiken, die die positiven Aspekte überwiegen sollten. Die naheliegenden Küstenstaaten aber sind zu sehr vom wirtschaftlichen Potenzial der Arktis geblendet und würden die negativen Auswirkungen in Kauf nehmen. Gerade die Gier nach eigenem Wohlstand könnte der Arktis zum Verhängnis werden, wenn die Staaten bei der Erschließung von Ressourcen in Konflikt geraten. Humrich und Wolf (2011) sehen „einen Klima-, Rohstoff- sowie einen neuen Sicherheitskonflikt oder eine explosive Mischung aus allen dreien in der Arktis aufziehen“ (Humrich & Wolf, 2011b, S. 10). Der Klimawandel in der Arktis kann somit als Ausgangspunkt für einen potenziellen Konflikt gesehen werden und kann nur durch gemeinsame Kooperation und Diskussion gebremst werden.

6.2 Ressourcenmanagement, geopolitische Spannungen und (Un-)Sicherheit

Wie schon deutlich wurde, spielt der Klimawandel in der Arktis eine bedeutende Rolle in geopolitischen und wirtschaftlichen Aspekten. Der Rückgang des arktischen Eismeeres eröffnet den Anrainerstaaten einen neuen Zugang zu Ressourcen und neue, verkürzte Transportwege. Dieser Rückgang entfaltet aber auch einen Wettlauf um neues, unberührtes Territorium und verschärft die schon angespannte (geo-)politische Lage in der Welt, insbesondere zwischen Russland und westlichen Nationen. Es ist nicht überraschend, dass die ehemalige „Zone des Friedens“ weiter militarisiert wird: nicht nur von Russland, sondern auch von Kanada, den USA

und Norwegen. Die Arktis erlebt einen neuen geopolitischen Aufschwung und rückt seit dem Ende des Kalten Krieges verstärkt in den Fokus der Anrainerstaaten, anderer Großmächte (wie China, Indien, usw.) und auch politischer Institutionen wie der Europäischen Union. Die Region ist mittlerweile in soziale, politische und wirtschaftliche Räume gespalten, die einem rasanten Wandel unterworfen sind und unter großem politischen Handlungsdruck stehen. In der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte wird eine denkbare Verschärfung des Konflikts durch die Nutzung von Seewegen und die Gewinnung von Rohstoffen vermutet (Albrecht et al., 2014, S. 207).

Ausgangspunkt dieser Situation ist der Klimawandel, dem stimmen auch Wissenschaftler*innen zu. Klimenko (2023) etwa interpretiert die Situation wie folgt: „Climate change often amplifies already complex security challenges and intertwines with social, political and economic processes in the region“ (Klimenko, 2023, S. 3). Albrecht et al. (2014) weisen darauf hin, dass sich „die klimatische Erwärmung und die damit verbundenen geologischen Veränderungen [...] auch auf das internationale politische Gefüge aus[wirken], [dies gilt] besonders für Regionen, in denen zukünftig wirtschaftliche sowie machtpolitische Interessen eine dominierende Rolle spielen werden“ (Albrecht et al., 2014, S. 211).

Insbesondere der ressourcenlastige Lebensstil der westlichen Welt fördert den Wettlauf um neue, große und besser zugängliche Lagerstätten in der Arktis. Allerdings ist die Arktis völkerrechtlich nicht vollständig aufgeteilt. Laut dem UN-Seerechtsübereinkommen (UNCLOS) existiert die ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ), in der ausschließlich das betreffende Küstenland die Hoheitsrechte über das Gebiet innehat. Länder können die AWZ jedoch erweitern, wenn sie wissenschaftlich nachweisen können, dass ein unterseeisches Gebirge die natürliche Verlängerung des eigenen Festlandsockels bildet. Russland, aber auch Norwegen und Dänemark bemühen sich seit Jahren, der zuständigen Kommission wissenschaftliche Beweise vorzulegen, aber es wurden bisher keine Genehmigungen für eine territoriale Expansion erteilt. Der Kern des arktischen Ozeans bleibt somit als internationales Gewässer definiert, was darauf hinweist, dass es sich um ein Meeresgebiet handelt, das nicht unter der souveränen Kontrolle eines einzelnen Staates steht, sondern für alle Staaten zugänglich ist. Gleichzeitig unterliegt es dem Völkerrecht des „common heritage of mankind“, was darauf abzielt, dass dieser Ozean und seine Ressourcen als gemeinsames Erbe der Menschheit betrachtet werden, das im Interesse aller Völker und für künftige Generationen bewahrt und genutzt werden soll (Rey, 1987, S. 346).

Dennoch beuten die fünf Anrainerstaaten derzeit die Arktis aus, ohne dass von internationaler Seite Konsequenzen zu befürchten sind. Darüber hinaus haben weder die USA noch Russland das UN-Seerechtsübereinkommen ratifiziert und sie wenden das Recht nur dann an, wenn sie es für ihre Interessen nutzen können.

In einem rasanten „Land Rush“ und „Land Grabbing“ liefern sich die Anrainerstaaten einen Kampf um die Rechte von Territorien – und damit auf der einen Seite um Machtdemonstration in der Arktis und um Zukunftssicherung mit Ressourcen auf der anderen Seite. Die Anrainerstaaten haben bereits mehrere Minen entlang der arktischen Küste eröffnet und fördern seit Jahren Metalle, Seltene Erden und Kohle aus den Minen. Auch in den anderen „Arktisstaaten“, wie Finnland, Schweden oder Island, die keinen direkten Zugang zum arktischen Meer haben und somit on-shore ihre Ressourcen abbauen, nahm die Förderung zu. In Finnland beispielsweise stieg die Menge an metallischen Erzen und Abraumgestein im Bergbau von 5 Millionen Tonnen auf 46 Millionen Tonnen (Kröger, 2019, S. 30).

In Russland hat die Nutzung der arktischen Ressourcen oberste Priorität. Im Gegensatz zu der zugehörigen Arktisstrategie, die offiziell eher auf Sicherheit und das Wohlbefinden der Indigenen setzt, sind die eindeutigen Ziele wirtschaftlicher Natur (ebd., S. 2). Laut Hunter (2017) machten die arktischen Ressourcen 2016 15 % des Bruttoinlandsprodukts aus und von diesen wurden etwa 20 % exportiert (Hunter, 2017, S. 173). In der Zwischenzeit werden bis zu 90 % des Gases und 60 % des Öls aus der russischen Arktis (entlang der Küste) gefördert und exportiert (Paul & Swistek, 2021, S. 8). Die größten unberührten Reserven befinden sich jedoch offshore im arktischen Meer, insbesondere auf dem Lomonossow-Rücken, der jedoch bisher keinem Land völkerrechtlich zugeordnet wurde.

Neben Russland streben auch die USA deutlich nach einer Nutzung der arktischen Ressourcen. Anders als unter der Obama-Administration, die sich noch stärker auf den Ausbau der Infrastrukturen und die internationale Zusammenarbeit in der Arktis konzentrierte (Paul, 2019), erwägt die Trump-Administration die Möglichkeit, Wildnisgebiete in Alaska für den Abbau von Rohstoffen zu öffnen (Kröger, 2019, S. 28). Des Weiteren werden neben der Suche nach Gold und Seltenen Erden auch riesige Mengen an Holz auf Kosten der Wälder Alaskas abgebaut. Zudem wurden 2019 unter dem damaligen Präsidenten Donald Trump eine 52 Millionen Hektar große Fläche für Bohrungen freigegeben und der Tongass-Nationalforst im Südosten Alaskas vom Altholzungsverbot ausgenommen (Paul, 2019). In Grönland wurden entlang der Küste ebenfalls Uran- und Seltene-Erden-Minen eröffnet. Die autonome Regierung erhofft sich damit

ausländische Unternehmen anzuziehen, Arbeitsplätze zu schaffen und sich wirtschaftlich abhängiger von Dänemark zu machen.

Neben dem Rohstoffabbau bilden auch die Schifffahrtsrouten (Northern Sea Route, NSR) einen Wirtschaftszweig, der durch den Klimawandel interessanter wird. Die beiden Optionen der NSR sind die Nordwestpassage durch die „Barrow-Straße“ in Kanada und die wichtigere und politisch aufgeladene Nordostpassage entlang der russisch-sibirischen Küste. Wie bereits erwähnt, werden diese Seewege in den jährlichen Sommermonaten eisfrei sein und die Transportzeit und -kosten werden geringer ausfallen. Für Russland hat die Nordostpassage zudem eine historische Bedeutung, insbesondere aufgrund der Ereignisse zur Zeit der Expeditionen und der Sowjetzeit. Während der UdSSR-Zeit wurde eine Verwaltung (Glavsevmorput) eingerichtet, die sich um den Ausbau der Nordostpassage und die Entwicklung der sowjetischen Arktis kümmerte (Hunter, 2017, S. 185). Damals war die Nordostpassage eine wichtige Route, um Menschen, Güter und Rohstoffe von West nach Ost zu transportieren und die entlegenen Gebiete im Osten Russlands zu versorgen. Die Stadt Murmansk erlebte ihre Blütezeit und ist auch heute noch eine (wirtschaftlich und militärisch) wichtige Stadt für Russland. Die Nordostpassage ist als wichtige nationale Wasserstraße gekennzeichnet (Cepinskyte et al., 2020, S. 3) und in Russlands vorletzter Arktisstrategie wurde die passierbare Nordostpassage als Chance für einen wirtschaftlichen Aufstieg beschrieben (Rotter, 2021, S. 4).

Die Nordwestpassage hingegen ist wirtschaftlich weniger interessant und wird eher von den USA als attraktiv gesehen, um eine finanziell günstigere, alternative Seeroute zum Panamakanal zu haben. Die Diskussion um diese Seeroute ist politisch zudem weniger aufgeheizt. Lediglich zwischen Kanada und den USA gibt es hier kleine Streitigkeiten darüber, ob es sich bei der Nordwestpassage um kanadische Binnengewässer oder um internationale Gewässer handelt. Die Beaufortsee und die Barrow-Straße werden von Kanada als nationales Territorium verteidigt, wobei die USA diese als internationales Gewässer betrachten und auf der freien Schifffahrt auf der Seestraße bestehen (Albrecht et al., 2014, S. 209).

Bei all den wirtschaftlichen Interessen bleiben viele Fragen offen. So etwa die Frage nach der Definition von internationalen und nationalen Gewässern. Es ist verständlich, dass sowohl Kanada als auch Russland diese Seewege für sich beanspruchen und die Passagen unter nationalen Schutz stellen. Denn zum einen können dadurch Zölle erhoben werden und zum anderen sind nationaler Schutz und Überwachung der Durchquerung dieser Passage einfacher

möglich. Die NSR eröffnen somit eine Debatte über die nationale Souveränität sowie die Auslegung des internationalen (Seerecht-)Gesetzes (UNCLOS). (Klimenko, 2023, S. 5f).

Zu beachten ist bei den wirtschaftlichen Interessen aber auch, dass die extremen klimatischen Bedingungen, wie Eisschollen und gefrorene Gebiete, eine ausreichende Infrastruktur für die Versorgung und Betankung sowie Sicherheitsmaßnahmen wie „Search and Rescue“-Mannschaften (SAR) entlang der NSR erfordern (Soare, 2020, S. 2). Solange diese Infrastrukturen nicht ausreichend vorhanden sind, werden die NSR nicht wirtschaftlich tragfähig sein. Daher muss vorerst erheblich in die maritime Infrastruktur und Sicherheit investiert werden. Verantwortlich dafür sind innerhalb ihrer AWZ die Nationalstaaten und außerhalb dieser Zonen die Internationale Seeschifffahrtsorganisation (IMO) und die Vereinten Nationen. Einige Staaten haben bereits investiert, wie zum Beispiel Russland, das im August 2022 1,8 Billionen Rubel für die Infrastruktur der Nordostpassage entlang der sibirischen Küste bewilligt hat (Wall & Wegge, 2023, S. 2). Stand 2021 plant Russland, laut Paul & Swistek, den Bau mehrerer Tiefseehäfen, Flughäfen, Verarbeitungskapazitäten und Pipelines sowie von Energieanlagen und Tourismusinfrastruktur (Paul & Swistek, 2021, S. 18).

Die beiden Wirtschaftszweige (Rohstoff und maritime Seewege) begünstigen somit geopolitische Spannungen durch Territorialanspruch und Wirtschaftswettbewerb. Diese führen auch zu einer militärischen Aufrüstung – einerseits um Macht zu demonstrieren und die eigene Sicherheit zu wahren und andererseits, um sich wirtschaftlich besser aufzustellen. Dabei überwiegen die militärischen die wirtschaftlichen Aspekte und stehen in den geopolitischen Diskussionen eindeutig im Vordergrund. Die Rivalität zwischen Großmächten ist in der arktischen Geopolitik sehr offensichtlich, und das Konfliktpotenzial in der Arktis ist geprägt von machtpolitischer Motivation, die mit territorialen Ansprüchen und wirtschaftlichen Interessen aufgeladen ist (Cepinskyte et al., 2020, S. 5).

Mit dem Klimawandel kommt es für Russland auch zu einer „offenen Nordflanke“, die nun militarisiert und verteidigt werden muss – vor allem nach der narrativen Logik Russlands, gemäß der es von ausländischen Feinden (USA) angegriffen wird. Die Eisschicht von der Kola-Halbinsel bis zur Barentssee und zur Tschuktschensee bildete über Jahrhunderte eine natürliche Verteidigungslinie (Rotter, 2021, S. 4), die nun langsam verschwindet, womit die Angst Russlands vor einer Verwundbarkeit im Norden verstärkt wird (Paul & Swistek, 2021, S. 26). Die Aufrüstung und Remilitarisierung alter sowjetischer Bastionen auf den arktischen Inseln (Etzold & Steinicke, 2015, S. 3) (etwa auf der Franz-Josef-Insel) stößt international auf

Empörung und gegenseitige Verunsicherung, vor allem zwischen westlichen Staaten und Nachbarstaaten. Die Art der russischen Aufrüstung ist nicht einheitlich definiert, denn unklar ist, ob sie rein defensiver Natur ist oder ob sie auf offensive Zwecke umgeschaltet werden kann. Während 2011 von einer Sicherheitspolitik ohne militärischen Charakter gesprochen wurde, ist im aktuellen russisch-arktischen Strategiepapier eine militärische Dynamik heraushörbar (Ålander & Paul, 2022, S. 7). Aus militärischer Sicht kann die Aufrüstung und Wiederherstellung von Bastionen als grundlegend im Sinne von Verteidigungsmaßnahmen und nationalem Interesse verstanden werden (Paul & Swistek, 2021, S. 26), da auch westliche Staaten deutlich in ihre Verteidigung und ihr Militär im Norden, sowie in ihre allgemeine Sicherheitsinfrastrukturen investieren.

Finnland, Schweden und Norwegen haben mehrere Millionen Euro in Verteidigungsmaßnahmen investiert. Die norwegische Regierung hat 2015 Ausgaben von 500 Millionen Euro für ihren Militärhaushalt genehmigt, wobei der Schwerpunkt auf arktischen Verteidigungsfähigkeiten lag (Etzold & Steinicke, 2015, S. 3). Finnland und Schweden sind am 4. April 2023 offiziell der NATO beigetreten und verstärken somit den Hohen Norden des transatlantischen Bündnisses, das eine direkte Machtdemonstration nach Russland senden soll. Die schwedische Regierung will ihre Verteidigungsausgaben zwischen 2021 bis 2025 um 40 % erhöhen, im Vergleich zu 2014 sind dies sogar 85 % (Paul & Swistek, 2021, S. 36).

Auch Kanada sieht sich gezwungen zu handeln, um seinen Sicherheitsanforderungen gerecht zu werden. Dies spiegelt sich in ihrer Arktisstrategie wider, die etwa den Bau eines Tiefseehafens beinhaltet und stets die Souveränität des Hohen Nordens als kanadisches Territorium betont. Die USA hielten sich lange Zeit aus arktischen Aktivitäten heraus, da der Fokus mehr auf Südostasien lag („Pivot to Asia“). Die USA müssen mit der zunehmenden Machtstreben Russlands nun aber auch in der Arktis handeln. Es wird allerdings noch lange dauern, bis sie auf das militärische Niveau Russlands in der Arktis kommen. Obwohl die USA über die stärkste Seeflotte der Welt verfügen, besitzen sie nur einen veralteten Eisbrecher. Dieser aber ist für Missionen in der Antarktis bestimmt.

Aus westlicher Sicht werden die militärischen Investitionen als Reaktion auf die russische Remilitarisierung und Provokation legitimiert. Vor allem die Stationierung von Hyperschall- und „Anti-Access/Area Denial“ - Raketen (A2/AD) auf russischen Arktisinseln und die Aufrüstung der russischen Marineflotte auf bis zu 280.000 Soldat*innen (Richter, 2022, S. 2) zwingt die westlichen Staaten zur Reaktion. Dies führt zu einer Intensivierung der militärischen

Fähigkeiten und verwandelt die einstige „Zone des Friedens“ in eine „Arena des Krieges“ (Paul & Swistek, 2021, S. 25).

Ein weiteres Risiko, das sich zu einem Konflikt ausweiten könnte, sind mögliche Unfälle und/oder Zusammenstöße von Transportschiffen aufgrund von schlechter oder nicht vorhandener Kommunikation zwischen den Anrainerstaaten. Solche Ereignisse könnten die Lage schneller und stärker aufheizen. Kritisch ist etwa der Ausgangspunkt, dass Russland aufgrund des Angriffskrieges in der Ukraine aus dem Arktischen Rat exmittiert wurde. Ab den 3. März 2022 wurden die Ministertreffen und jährlichen Tagungen des Arktischen Rates von den anderen Mitgliedsstaaten boykottiert (B. Zellen, 2022, S. 138), womit die Aktivitäten des Rates eingestellt wurden. Diese Aktivitäten wurden aber inzwischen wieder ohne die Beteiligung Russlands aufgenommen. Folglich wird hierunter die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit mit Russland leiden.

In der Wissenschaft wird konstatiert, dass mehr Aktivität und Wettbewerb in der Arktis unweigerlich zu Spannungen und einer instabilen Situation führen können. Dies sollte jedoch mit allen Mitteln verhindert werden. Ein Konflikt wäre nicht förderlich für die bereits angeschlagene Umwelt in der Arktis, und die dort lebenden Menschen würden besonders leiden. Aus diesem Grunde sind internationale Institutionen aufgefordert, politische Spannungen durch Dialoge zu entschärfen und diese Situation mit all ihren Unstimmigkeiten gemeinsam zu lösen. Da es sich bei der Arktis um eine Region handelt, die vom „Spill-Over“-Effekt betroffen werden kann, spielt der russische Angriff auf die Ukraine eine wichtige Rolle bei der Suche nach kooperativen Lösungen. Aktuell sind die Auswirkungen des Krieges auf die Arktis nicht bekannt, da die Zusammenarbeit (vor allem im Arktischen Rat) „offiziell“ ruht. Allerdings würde ein Sieg Russlands über die Ukraine die Situation in der Arktis nicht verbessern. Des Weiteren sind die langfristigen Folgen für die Sicherheitspolitik und die internationalen Beziehungen nicht geklärt und auch die Frage der zukünftigen Zusammenarbeit ist noch offen (Paal, 2022, S. 1).

Wissenschaftliche Diskussionen zeigen, dass eine Zusammenarbeit in der Arktis ohne Russland möglich, aber nur von begrenztem Nutzen wäre (ebd., S. 7). Zum einen müssten die westlichen Staaten dann stärker auf ihre Aktivitäten in der Region achten, um Russland nicht zu provozieren, und zum anderen würde die politische Eiszeit eine „Rückkehr zu den Strukturen des Kalten Krieges unter den Bedingungen eines sich politisch und technologisch verschärfenden Sicherheitsdilemmas“ (Rohde, 2022, S. 212) bedeuten. Die Tür für Russlands

Rückkehr in die arktische Kooperation, vor allem für die Wiederaufnahme in den Arktischen Rat, sollte stets offenbleiben. Bleibt sie dagegen geschlossen, so wird Russland nach Alternativen suchen, um finanzielle und technologische Partner für die Umsetzung der Projekte in der Arktis heranzuziehen. Als ideologischer Partner und als selbsternannte „polare Großmacht“ käme China für Russland in Frage. Laut Cepinskyte (2020) sind die Interessen Chinas in der Arktis vor allem wirtschaftlicher Natur, um ihre eigene Versorgungswege zu sichern (Cepinskyte et al., 2020, S. 3f). Durch die chinesische Ambitionen der *Belt and Road Initiative* (BRI) versucht Peking ihre Transportwege zu diversifizieren, um mögliche Konfliktszenarien im Indischen Ozean und im südchinesischen Meer zu umgehen. Näheres wird im Kapitel 6 zur dieser Thematik beschrieben (ebd., S. 4).

Nach dem Kalten Krieg war die Arktis eine vergessene Region mit „low tension“ und diente als Vorbild für inklusive und friedliche Zusammenarbeit, in der Konflikte mit Dialogen gelöst wurden. Die Region, die von internationaler Zusammenarbeit geprägt ist, steht nun kurz davor, sich in eine instabile Zone zu verwandeln. Die internationale Zusammenarbeit droht mit der Rückkehr rivalisierender Großmächte zu verschwinden (Soare, 2020, S. 1).

6.3 Die (Des-)Integration der indigenen Völker in den arktischen Angelegenheiten

Nicht vergessen werden sollte, dass die Arktis nicht nur ein Gebiet mit vielen Ressourcen ist, sondern auch die Heimat für 4 Millionen Menschen, von denen 500.000 aus indigenen Völkern stammen (Arctic Council Secretariat, 2023, S. 17). Die meisten leben in Sibirien entlang der Küste, in Grönland und auf den kanadischen Arktisinseln. In der Arktis leben etwa 22 ethnische Gruppen, die zur Gruppe der gelisteten indigenen Minderheiten gehören (Sidorova, 2019, S. 74).

Es wird zwischen verschiedenen indigenen Völkern unterschieden, wie den Inuit, die vor allem in Alaska, aber auch in Kanada und Grönland beheimatet sind und als größte Gruppe gelten, den Samis, deren Heimat sich über Norwegen, Schweden, Finnland und die russische Kola-Halbinsel erstreckt, den Athabasken, die in Alaska und den Northwest-Territorien Kanadas leben, den Unangan, die sowohl in Alaska als auch in Russland zuhause sind, und den Gwich'in, die ihre Heimat in Alaska, Yukon und den Northwest-Territorien haben (Arctic Council, o. J.).

Neben diesen größeren Völkern gibt es noch andere kleinere Stämme, wie die Tschuktschen, die Nenzen, die Yupik, die Sach und die Komi. Vor Jahrhunderten ließen sich diese indigenen Völker in der Arktis nieder und passten sich an die extremen Klimaverhältnisse an. Sie haben sich unter den Bedingungen in der Arktis und mit den dort vorkommenden Ressourcen eine Existenz aufgebaut und lebten bis in die Kolonialzeit hinein in einer geschlossenen Gemeinschaft. In der Zeit der Kolonialisierung litten diese Völker unter dem Verlust ihrer Ländereien, ihrer Rechte und wurden schließlich größtenteils umgesiedelt.

In den USA erhielten die Inuit in Alaska erst 1962 das Recht an Bundeswahlen teilzunehmen und in Kanada wurde 1947 das „Canadian Citizenship Act“ unterzeichnet, welches die auf kanadischem Boden beheimateten Indigenen als kanadische Staatsbürger*innen anerkannte (Sidorova, 2019, S. 73). In Russland wird für diese Bevölkerung der Begriff „inorodtsy“ verwendet, der eine negative Bedeutung hat und übersetzt „das Fremdsein / das Anderssein“ – im Gegensatz zum neutralen Begriff „indigenen“ (ebd.). Zudem definiert die russische Regierung eine Bevölkerungsgruppe als indigen, wenn die Gruppe weniger als 50.000 Menschen umfasst (ebd., S. 74). In der Folge verlieren größere indigene Bevölkerungsgruppen ihren Indigenenstatus, der mittlerweile mit besonderem Recht und Schutz einhergeht.

Seit Jahrzehnten kämpfen die Indigenen (nicht nur in der Arktis, sondern weltweit) für ihre Rechte und für internationale Anerkennung. Erst in den 1970er Jahren befassten sich die Vereinten Nationen eingehend mit dem Thema und errichteten 1982 eine Arbeitsgruppe. Die Aufgabe dieser Gruppe bestand darin, eine Deklaration über die Rechte der indigenen Völker auszuarbeiten, die im Einklang mit Artikel 27 des UN-Zivilpakets steht (Toivanen, 2010, S. 3f). Eine solche Deklaration wurde bereits 1993 und 1994 mit mehreren Modifikationen vollendet, aber erst 2006 bzw. 2007 für die Abstimmung erlassen. Bei der Abstimmung wurde die *United Nations Declaration on the Rights of Indigenous People* (UNDRIP) von der Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten akzeptiert. Interessanterweise stimmten unter anderem Kanada und die USA gegen diese Deklaration. Russland hat sich damals von der Abstimmung ferngehalten (ebd., S. 5). Erst 2016 hoben Kanada und die USA ihre Ablehnung auf und unterstützten es. Damals hatten die Länder kein Interesse daran, den Indigenen zu viel Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu geben, da die jeweiligen Regierungen befürchteten, dass der Zugang zu Ressourcen blockiert werden würde.

Das Verlangen nach Selbstbestimmung entfaltete sich ab 1996 mit der Gründung des Arktischen Rates. Als bisher einziges zwischenstaatliches Forum erlaubt der Arktische Rat die Beteiligung

indigener Völker in den Arbeitsgruppen (Sidorova, 2019, S. 71). Insgesamt sind sechs Organisationen als ständige Mitglieder im Arktischen Rat vertreten (siehe Kapitel 2.3). Zellen (2022) beschreibt das arktische System als „a diverse mosaic of states and Indigenous Peoples united in their efforts to protect their fragile ecosystems, environments, and communities“ (Zellen, 2022, S. 137). Als wesentliche Partner arbeiten die indigenen Organisationen mit den Anrainerstaaten zusammen und gestalten wichtige Prozesse für den Erhalt der Umwelt und des Ökosystems. Dieser Teilerfolg ist vor allem den Samen zu verdanken. Als zahlenmäßig größte indigene Bevölkerungsgruppe haben sie die Probleme der Indigenen auf die internationale Tagesordnung gebracht. Aufgrund ihrer guten politischen Positionierung in Norwegen, Schweden und Finnland haben sie eine politikgestaltende Rolle in den internationalen Beziehungen eingenommen (Olsen, 2019, S. 290). Diese Positionierung half den Indigenen, ihre Sicht auf die internationale Politik zu äußern und ihre Stimme in Entscheidungsprozessen zu stärken. Der Arktische Rat kann auch als zukunftsweisendes Modell für die Zusammenarbeit mit indigenen Bevölkerungen gesehen werden (C. Krieger, persönliche Kommunikation, 3. September 2024: 14'13''). Dieses Prinzip, welches auf internationaler Ebene erfolgreich ist, scheint auch auf nationaler Ebene umsetzbar und sinnvoll zu sein.

Trotz der teilweise gegebenen Eingliederung der indigenen Völker in internationale politische Entscheidungsprozesse zählen diese zu den ärmsten Bevölkerungsgruppen in ihren jeweiligen Ländern (Cornell, 2005, S. 201). In allen Bereichen des Lebens mangelt es den Indigenen an Qualität. Neben Diskriminierung und Unterdrückung leiden die Indigenen darunter, nicht denselben Zugang zu ökonomischen Chancen zu haben wie die übrige Bevölkerung (Castellino & Walsh, 2005, S. 2). Ihnen fehlt zudem Unterstützung, um arktische Ressourcen zu nutzen und so ihre wirtschaftlichen Interessen voranzutreiben wie auch gleichzeitig ihre Lebensbedingungen zu verbessern, da sie finanziell von der „Mutterökonomie“ abhängig sind (Toivanen, 2010, S. 11). Die Regierung und internationale Unternehmen verschärfen diese Notlage, da sie Ländereien finanziell kaufen, sich aneignen und dann die Ressourcen extrahieren. Dabei werden die Lebensräume der indigenen Völker geschädigt und verunreinigt, während die Erträge dieser Ressourcenausbeutung die Region verlassen.

Diese wirtschaftliche Ausbeutung verschärft den Missbrauch der Umwelt, da die Gebiete als Mülldeponien benutzt werden. Des Weiteren werden diese Gebiete ebenfalls für die Gewinnung von Holz, Kohle, Wasser und Erzen abgewirtschaftet. Die Umweltzerstörung trifft genau die Bevölkerungsgruppen, die am stärksten von der Nutzung natürlicher Ressourcen abhängig sind. Schließlich sind die meisten indigenen Wirtschaftsweisen von Natur aus nachhaltig, da sie sich

Wissen über bestimmte Naturphänomene angeeignet haben (Feldt, 2011, S. 2f). Der globale und jahrelange Prozess der Ökologisierung der Wirtschaft und des Energieverbrauchs wird nun aufgrund der staatlichen Interessen, die über das Wohlergehen der indigenen Bevölkerungsgruppen stehen, umgekehrt (Toivanen, 2010, S. 11).

Weitere Herausforderungen für die indigenen Bevölkerungen in der Arktis sind die Verluste kulturell-indigener Identität und der progressive negative Entwicklungstrend sozialer Probleme. Die Assimilationspolitik vernachlässigt indigene Sprachen, Traditionen und Bräuche. Dies verstärkt die „inorodtsy“ und grenzt die Indigenen weiter ab. Auch die Strategiepapiere zeigen die Kluft zwischen den Indigenen und der übrigen Bevölkerung, insbesondere im Bildungsbereich und im Gesundheitssektor (siehe Kapitel 2.2). Die sozialen Probleme, die auch stark mit den wirtschaftlichen Herausforderungen verflochten sind, deuten klar auf die ungleiche Machtverteilung und die fehlende Selbstbestimmung der Indigenen über eigene Territorien hin. Die Entscheidungsträger*innen dirigieren aus den Machtzentren heraus und binden die Betroffenen nicht in Entscheidungsprozesse ein. Die Auswirkungen auf die lokale Gesellschaft werden oft erst spät wahrgenommen und die langfristigen Auswirkungen führen die Indigenen an den unteren Rand der Skala des sozialen und auch sozioökonomischen Wohlergehens (Cornell, 2005, S. 202).

Es ist dringend notwendig ein Umdenken anzustreben, um das Wohlergehen der Indigenen zu verbessern. Zwar hat sich ihre Lage im Vergleich zu vor 1970 deutlich verbessert, aber die internationale Politik kann deutlich mehr tun. Erforderlich ist etwa eine Modernisierung der Entscheidungsprozesse und der Machtverteilungen. Cornell (2005) identifiziert drei zentrale Faktoren, die wesentlich zur Verbesserung der Situation indigener Gesellschaften beitragen können. Erstens müssen die wirtschaftlichen Potenziale der Indigenen gestärkt werden, da dies direkt zur Verbesserung ihrer sozialen Lage führt. Souveränität spielt dabei eine entscheidende Rolle, da echte Entscheidungsgewalt über das eigene Territorium eine grundlegende Voraussetzung für die Schaffung von Unabhängigkeit darstellt. Zweitens benötigen indigene Gemeinschaften fähige Regierungsinstitutionen, die über bloße Zusammenschlüsse zur Vertretung ihrer Interessen hinausgehen. Eine qualifizierte Verwaltung, institutionelle Stabilität und ein entpolitisiertes Ressourcenmanagement sind dabei zentrale Elemente, um eine effektive Entscheidungsgewalt zu gewährleisten. Schließlich drittens, ist eine Kongruenz zwischen den staatlichen Institutionen und der indigenen politischen Kultur notwendig. Diese Zusammenarbeit trägt nicht nur zu einer fairen Machtverteilung bei, sondern reduziert auch autoritäre Eingriffe der jeweiligen Mutternation.

Der Arktische Rat sollte sich zudem noch stärker bemühen, das Wohlergehen der Indigenen zu verbessern, zumal der Rat gegründet wurde, um einerseits die Umwelt und andererseits die Indigenen zu schützen. Keine andere Region ist seit dem Ende des Kalten Krieges so sehr durch politische Entscheidungen verändert worden wie die Arktis. In der Darbietung des Arktischen Rates werden die Indigenen stets als gleichberechtigtes und wichtiges Mitglied der Entscheidungsprozesse dargestellt. Die Realität sieht jedoch anders aus, da die endgültige Abstimmung über Gesetze oder Maßnahmen immer in den Händen der Arktischen Acht (A8) liegt. Die indigenen Organisationen sind wohl in die Arbeitsgruppen integriert und arbeiten dort auch aktiv mit, haben aber letztendlich kein entscheidendes Stimmrecht.

Ein weiterer Punkt, der die De-facto-Abgrenzung zeigt, ist die Tatsache, dass die indigenen Organisationen innerhalb des Arktischen Rates bei der Entscheidung, die russischen Sitzungen des Arktischen Rates nach dem russischen Angriff auf die Ukraine zu boykottieren, nicht berücksichtigt wurden. Zellen (2022) beschreibt, dass die Organisationen der indigenen Völker von dieser Entscheidung überrascht waren, da sie im Vorfeld nicht befragt wurden (Zellen, 2022, S. 138). Die indigenen Organisationen stimmten dieser Entscheidung zu, doch die Tatsache, dass sie (als permanente Teilnehmer des Arktischen Rates) nicht konsultiert wurden, um diesen Beschluss gemeinsam zu diskutieren, zeigt deutlich auf, wie die Machtstrukturen innerhalb des Arktischen Rates sind und wer letztendlich die Entscheidungen trifft. Zudem stellt der Boykott einen Bruch mit dem Geist und der langen Tradition des Arktischen Rates dar (Zellen, 2022, S. 138). Aufgrund des „arctic exceptionalism“ glaubten ehemalige Minister*innen und renommierte Wissenschaftler*innen lange Zeit, dass die Arktis von geopolitischen und militärischen Spill-Overs verschont, bleiben würde. Das hat auch mit dem erwähnten Mandat zu tun und damit, dass staatliche Interessen im Arktischen Rat nicht vertreten werden sollen. Aus diesem Grund standen sicherheitspolitische Fragen nicht auf der Tagesordnung des Arktischen Rates. Mit dem Boykott werden nun aber Entscheidungen aufgrund staatlicher Interessen oder zwischenstaatlicher Meinungsverschiedenheiten getroffen. Der Arktische Rat wird sich dadurch selbst schaden, da weniger Kommunikation und Kooperation zwischen den Anrainerstaaten stattfinden wird und letztendlich werden die Indigenen am meisten unter dieser Entscheidung leiden.

7 Analyse und Diskussion

Die bedrohte Zukunft der Arktis ist in den letzten Jahren aufgrund ihrer großen Herausforderungen in den Vordergrund der internationalen Politik gerückt. Der Schutz der Arktis ist von großer Bedeutung und dieser beginnt mit dem Kampf gegen den fortschreitenden Klimawandel, der sich Jahr für Jahr intensiviert (Finger & Heininen, 2019, S. 138). Die Menschen, die in der Arktis leben, werden früher oder später umsiedeln (C. Krieger, persönliche Kommunikation, 3. September 2024: 4'30'') und ihre Heimat verlassen müssen, da ihre Lebensweise in einer sich verändernden Arktiswelt nicht mehr möglich ist. Ihr Leben wird durch das Auftauen des Permafrostes, den Anstieg des Meeresspiegels, Bodenerosion, Erdbeben und Waldbrände schlicht undenkbar sein. Des Weiteren werden die Tiere mit der Versäuerung und Erwärmung des arktischen Ozeans nicht weiterleben können. Da diese Lebewesen auch eine wichtige Nahrungsquelle für die dort lebenden Menschen bilden, hat der Klimawandel ebenfalls Auswirkungen auf ihre Lebensqualität. Leider überwiegen die ökonomischen Interessen der Anrainerstaaten die der indigenen Völker und verschärft dadurch die kritische Lage von Mensch und Tier. Die Erschließung natürlicher Ressourcen erhöht den CO²-Ausstoß und heizt damit den Klimawandel in der Arktis noch weiter an. Die Anrainerstaaten befinden sich mit ihrer Arktisstrategie in einem „arktischen Paradox“, weil sie großen Wert auf die Sicherheit und den Erhalt der arktischen Umwelt legen, aber im gleichen Atemzug die Arktis schnellstmöglich ausbeuten wollen und so zur Krise in der Arktis beitragen (Finger & Heininen, 2019, S. 138).

Des Weiteren gibt es Faktoren, die außerhalb der Arktis auftreten und sich auf die Region auswirken. Rahbek-Clemmensen (2017) beschreibt die Politik der Arktis als „a subsystem of a larger global political system“ (Rahbek-Clemmensen, 2017, S. 2). Das politische System der Arktis ist zwar eigenständig, dennoch aber stark mit globalen und regionalen Politiken verwurzelt, sodass Ereignisse, die andernorts stattfinden, Einfluss auf die Arktis haben können. Die sogenannten „Spillover-Effekte“ können Beziehungen zwischen verfeindeten oder konkurrierenden Akteuren verschlechtern. Dabei können die Akteure auch indirekt in einen Konflikt oder eine Meinungsverschiedenheit verwickelt sein. Die Spillover-Effekten entfalten aufgrund der einzigartigen Gegebenheiten der Arktis, wie ihrer geografischen Lage, des wirtschaftlichen Potenzials und der ambitionierten Bestrebung der Anrainerstaaten, eine starke

Wirkung auf die politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Dynamiken der gesamten Region.

Im Jahr 2008 wurde ein solcher Spillover-Effekt erstmals mit dem Ausbruch des Kaukasuskrieges formuliert (Knecht, 2015, S. 125). Obwohl der Krieg nur von kurzer Dauer war, war von diesem Zeitpunkt an der politische Frieden zwischen Russland einerseits und den anderen europäischen Staaten und den USA andererseits beschädigt. Weitere Spillover-Effekte folgten in den Jahren danach mit der Annexion der Krim (2014) und dem jüngsten russischen Angriff auf die Ukraine (2022). Darüber hinaus sind die aktuelle Situation im südchinesischen Meer um Taiwan, der wirtschaftliche Aufstieg Chinas und seine Bezeichnung als „near-arctic state“ weitere Ereignisse, die die Arktis in Zukunft beeinflussen können.

Der Angriff auf die Ukraine gilt hier als ein Spillover-Effekt, bei dem sich die Expert*innen zwar uneinig über die konkreten Folgen für die Arktis sind, hinsichtlich des Eintreffens von Konsequenzen aber herrscht hier Einigkeit. (Rahbek-Clemmensen, 2017, S. 1). Ein Beispiel hierfür ist etwa das bereits dargestellte Ausschließen Russlands aus dem Arktischen Rat. Der Angriff auf die Ukraine hat aber bereits Reaktionen aus den Nachbarstaaten hervorgerufen, vor allem im Nordosten, als Finnland und Schweden (die sich bis zu diesem Angriff bündnisneutral verhalten hatten) dem Nato-Bündnis beitraten (Rohde, 2022, S. 211). Die Nato-Allianz teilt sich seitdem eine neue 1343 Kilometer lange Grenze mit Russland. Wie Ålander et al. (2022) beschreiben, entwickelt sich die Ostsee nun zu einem geografischen Raum mit mehreren Konfliktlinien (Ålander et al., 2022, S. 367).

Der Angriff auf die Ukraine hat eine Kettenreaktion von Sicherheitsentscheidungen und militärischen Maßnahmen ausgelöst, da die russische Antwort auf die Nato-Erweiterung die Errichtung neuer Stützpunkte entlang der Grenze und in der Arktis war (Rohde, 2022, S. 211). Inzwischen ist Russland finanziell stark sanktioniert worden und wird wie kein anderes Land seit 1930 vom internationalen Handel ausgeschlossen (Klein, 2023, S. 22). Die westlichen Sanktionen, die als Reaktion auf den Angriff in der Ukraine verhängt wurden, versperren Russland den Zugang zu hochtechnologischen Materialien, die zur Realisierung seiner Visionen in der Arktis benötigt werden. Die russische Regierung erhält keine Auslandskredite mehr und die europäischen Städte haben ihre Importe von russischem Gas und Öl bereits reduziert (ebd., S. 22). Wie bereits zuvor erwähnt wurde, schließt Russland mit neuen Partnern Kooperationen, primär mit China, ab. China rüstet Russland mit Technologien für maritime Infrastrukturen und Hightech-Automatisierungen aus (Paul & Swistek, 2021, S. 11).

Im Gegenzug bezieht China billiges russisches Gas und Öl, um die ihre Reserven aufzufüllen und stellt Russland finanzielle Ressourcen zur Verfügung, die es für seine Infrastrukturentwicklung benötigt (Hoppe, 2022, S. 4). Schließlich haben die beiden Länder mehrere Abkommen über den Cyberspace und eine gemeinsame Mondstation unterzeichnet, die für die westliche Welt unangenehm werden können. Vor allem die USA bejubeln diese Zusammenarbeit keineswegs, da sie in China einen größeren und ernsthafteren Gegner als in Russland sehen.

China befindet sich jedoch in einem gewissen politischen Dilemma aufgrund der Frage seiner Positionierung zum russischen Angriff auf die Ukraine, da es sein Verhältnis mit Russland nicht beschädigen will und dennoch das völkerrechtliche Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen aufrechterhalten will (Rohde, 2022, S. 210). China und Russland haben bereits damit begonnen, dem Westen ihren Einfluss aufzuzwingen und ihre Vision einer neuen Weltordnung durchzusetzen, indem sie den Übergang von einer bipolaren zu einer multipolaren Weltordnung vorantreiben. Der Ausgang des Angriffes auf die Ukraine wird das Geschehen in der Welt und auch in der Arktis bestimmen, da sich bereits eine Remilitarisierung der beiden Lager abzeichnet.

Die Anrainerstaaten haben begonnen, ihre Armee im Hohen Norden aufzurüsten, und Luftübungen, die Verlegung von Bataillonen und die Erhöhung der Verteidigungsausgaben waren alltägliche Nachrichten. Dabei sind nicht nur die russische Militäraktivität, sondern auch die der skandinavischen Länder zu nennen. Auch Kanada und die USA haben ihre Verteidigung im Hohen Norden deutlich verstärkt, etwa mit der Anzahl der Soldaten, dem Ausbau von Tiefseehäfen oder Nato-Militärübungen in Alaska (etwa Arctic Defender) (Trams, 2024). Alaska spielt eine wichtige geografische Rolle, da nur eine Entfernung von 85 Kilometern (die Beringstraße) Russland in dieser Region von den USA trennt. Neben Alaska könnte sich die Kola-Halbinsel zu einer potenziellen Konfliktzone entwickeln, da sich einerseits Norwegen und Finnland eine Grenze mit Russland teilen und andererseits dort die historisch wichtigste nördliche Stadt Russlands, Murmansk, liegt. Zudem ist diese Halbinsel von strategischer Bedeutung, da sie Russland einen direkten Zugang zur Arktis und zum Atlantik bietet und immer noch über militärische Infrastrukturen aus der Sowjetzeit für maritime Operationen verfügt, die fast zwei Drittel der russischen Atomstreitkräfte ausmacht (Finger & Heininen, 2019, S. 167).

In der Arktis nehmen die Machtrivalitäten kontinuierlich zu und Russland verfolgt weiterhin das Ziel, eine anerkannte Großmacht auf der Weltbühne zu bleiben. Es erscheint plausibel, dass Russland bestrebt sein könnte, seine Machtposition auch in der Arktis zu stärken. Die daraus resultierende aggressive militärische und politische Haltung Russlands versetzt andere Staaten in eine eigene Verunsicherung, und ihre Reaktionen spiegeln das Verständnis der neorealistischen Theorie unmittelbar wider. Da es nach dem Neorealismus kein internationaler Akteur und eine Abwesenheit einer zentralen Herrschaft gibt, die eigenmächtig harte politische Entscheidungen treffen kann, und stattdessen das Prinzip der Anarchie herrscht (Rohde, 2022, S. 213), muss jedes Land für seine eigene Sicherheit sorgen, wenn es sich von anderen bedroht fühlt. Solche neorealistischen Maßnahmen, wie der Beitritt zu bestehenden Bündnissen oder die Schaffung neuer Allianzen, dienen der Erhöhung ihrer eigenen Sicherheit und wurden bereits im Falle Finnlands und Schwedens durch deren NATO-Beitritt deutlich.

Die Anrainerstaaten der Arktis befinden sich in einem Sicherheitsdilemma, da die Staaten ihre Aufrüstung, ihre Militärmanöver und ihre Machtdemonstration mit der Aufrüstung des Gegners rechtfertigen (Etzold & Steinicke, 2015, S. 2). So hat Norwegen wiederholt die Präsenz der russischen Armee entlang der norwegischen Küste kritisiert, als sie 2014 mehr als 70 russische Kampffjets im norwegischen Luftraum abgefangen haben. Russlands Provokation und die Verletzung nationaler Luft- und Seegebiete verstärken die nationale Unsicherheit anderer Staaten und zwingen sie zu reagieren.

Die Militarisierung in der Arktis und die angespannte Lage der Weltpolitik verschärfen also das globale Sicherheitsdilemma und stellt Kooperationsmöglichkeiten infrage. Zudem fallen die Staaten in Strukturen zurück, die de facto eine Rückkehr zu denen des Kalten Krieges bedeuten (Rohde, 2022, S. 212). Diese Strukturen werden von den Medien mit neu-interpretierten alten geopolitischen Bildern und Verständnissen untermauert und bekräftigt. Mit dem Zerfall der Sowjetunion 1989/1991 wurde der historisch geprägte Begriff des „Kalten Krieges“ in der internationalen Politik und in den Medien weniger verwendet. Man ging davon aus, dass eine neue Phase der Zeitgeschichte begonnen hatte. Der Dualismus zwischen West und Ost nahm ab den 1990er Jahren ab, als sich die beiden „ideologischen Lager“ wirtschaftlich und politisch annäherten. In den 2000er Jahren war ein Abwärtstrend bei der Verwendung des Begriffes in den Medien zu beobachten. Im Jahr 2004 erreichten die deutschen und US-amerikanischen Printmedien einen Tiefstand von 2 % der Verwendung des Begriffes (Creutziger & Reuber, 2021, S. 9), dieser Verzicht aber endete mit dem Kaukasuskrieg. Seit 2008 erkennen Wissenschaftler*innen in den Medien eine erhöhte Erwähnung des neuen Begriffes „Der neue

Kalte Krieg“ (ebd.). Im digitalen Zeitalter und durch die „Online-Verlagerung“ zahlreicher Zeitungen übernehmen Medien eine Schlüsselrolle in der gesellschaftlichen Vermittlung geopolitischer Leitbilder und Diskurse (ebd., S.2), die in kürzester Zeit von Millionen Menschen aufgenommen werden können.

Hier besteht die Gefahr, dass die Medien Konfliktszenarien durch zugespitzte und aufgeladene Titel und Schreibarten repolarisieren und die alte „Denkweise“ wieder aufleben lassen. Auch wenn in den Zeitungsartikeln keine konkreten alten Deutungsmuster wie „Russland gegen den Westen“ oder „Kapitalismus gegen Kommunismus“ verwendet werden, stammen die neuen Begriffe doch aus dem geopolitischen Archiv des Kalten Krieges. Die Frankfurter Rundschau veröffentlichte am 19.05.2021 einen Artikel mit dem Titel *„Kalter Krieg in der Arktis: Russland baut Machtstellung aus – USA wollen Militarisierung verhindern“* (Seipp, 2021), die US-amerikanische Medienorganisation „Politico“ publizierte am 17.12.2022 den Artikel *„A Battle for the Arctic Is Underway. And the U.S. Is Already Behind.“* (Rosen, 2022), das englische Nachrichtenmagazine „The Week“ veröffentlichte am 22.06.2022 einen Artikel unter dem Titel *„The new Cold War in the Arctic, explained. Climate change creates a new battleground for the U.S., Russia and China“* (Mathis & published, 2023) und das französische „Portail de l’IE“ veröffentlichte am 21.05.2021 einen mit *„L’Arctique au cœur d’une nouvelle guerre froide ?“* überschriebenen Artikel (Lepers, 2021).

Durch solche Artikel repräsentieren die Medien eine Welt, die nach dem öffentlichen und gesellschaftspolitischen Diskurs aus den Fugen geraten ist oder sich im Umbruch befindet (Opitz, 2017, S. 105). Diese Wahrnehmung und die bedrohlichen Warnungen sind jedoch oft übertrieben formuliert, da es trotz der prekären weltpolitischen Situation zu keinen ernstzunehmenden Konflikten in der Arktis gekommen ist. Ein tatsächlicher Konflikt um die vor der Küste liegenden Ressourcen der Arktis scheint bisher nicht ausgebrochen zu sein. Es bleibt unklar, ob es unter dem arktischen Eisschild tatsächlich bedeutende Ressourcenvorkommen gibt, da konkrete wissenschaftliche Beweise dafür fehlen und viele Annahmen auf Spekulationen beruhen. Zudem stellt sich die Frage, ob die Anrainerstaaten in der Lage wären, die erheblichen Kosten für die Ressourcengewinnung – etwa durch den Bau von Bohrinnseln und den Transport – zu tragen, insbesondere wenn die Existenz dieser Ressourcen unsicher ist.

Zudem ist die Arktis laut Paal (2022) geopolitisch weit weniger brisant als während des Kalten Krieges (Paal, 2022, S. 3). Zwar gibt es Meinungsverschiedenheiten und Rivalitäten, diese

wurden aber bislang durch Kooperation und Zusammenarbeit gelöst. Seit dem Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine behaupten Wissenschaftler*innen, dass die Kooperation in der Arktis durch die exogenen und endogenen Herausforderungen und das staatlich-militärische Sicherheitsdilemma erschwert wird. Der Arktische Rat wurde aufgrund des Boykotts mehrmals als handlungsunfähig dargestellt und von mehreren Akteuren, vor allem internationale Organisationen, wird eine Reform des Rates gefordert. Auch nach dem Verständnis des Neorealismus, jedoch noch mehr für den neoliberalen Institutionalismus, müssen Institutionen einen größeren Stellenwert bekommen. In der internationalen Politik verfügen Institutionen über eine eigenständige Beziehung und üben eine gewisse „Widerständigkeit“ gegenüber anderen Individuen und Gruppen aus, sodass laut Keohane (1984) auch unter den Bedingungen der Anarchie institutionelle Kooperation bestehen kann (Overhaus & Schieber, 2010, S. 118).

Als wichtigste internationale Institution in der Arktis muss der Arktische Rat mehr Verantwortung übernehmen. Zudem verfügt der Rat über einen hohen Grad an Institutionalisierung (Paul & Swistek, 2021, S. 42). Aufgrund der „Ottawa-Declaration“ ist der Arktische Rat streng genommen jedoch nur ein hochrangiges Forum, welches nur Mandate ausführen, aber keine Gesetze mit Rechtsinstanz erlegen kann. Die Anrainerstaaten sind sich dessen auch bewusst und auf der Ebene der internationalen Politik wird die Bedeutung des Arktischen Rates zu sehr hochgehoben. Um dies zu ändern, muss sich das Forum zu einer internationalen Organisation entwickeln, möglicherweise auch unter der Flagge der Vereinten Nationen, sodass das Mandat des Arktischen Rates einerseits ausgedehnt werden kann und andererseits der Arktische Rat unter der internationalen Verfassung der Vereinten Nationen stünde, welches die Legitimität des Rates rechtfertigen würde (Morton, 2016, S. 302ff).

Die Vereinte Nationen könnten die Interessen der Anrainerstaaten bis zu einem gewissen Grade einschränken und das Allgemeinwohl der indigenen Völker stärker in den Vordergrund stellen. Zudem könnten andere Länder, die sich für die Arktis interessieren, der neuen UN-Organisation mit ständigem Beobachterstatus beitreten. Nebenbei müsste die UN einen Sonderstatus für die indigenen Organisationen schaffen, der ihnen wie den acht ständigen Mitgliedstaaten das Recht gibt, bei Entscheidungen mitzubestimmen. Darüber hinaus müsste der Arktische Rat die Aufteilung seiner sechs Arbeitsgruppen überdenken und gegebenenfalls neu strukturieren. Klar abgegrenzte Arbeits- und Themenbereiche könnten dazu beitragen, die Effektivität zu steigern, indem sie eine unnötige Doppelung von Aufgaben innerhalb der Arbeitsgruppen vermeiden.

Gleichzeitig würde dies die oft langwierige Bürokratie bei der Umsetzung von Entscheidungen reduzieren und so zu schnelleren und zielgerichteteren Ergebnissen führen.

Die acht ständigen Mitgliedsstaaten des Arktischen Rates (A8) haben jedoch kein Interesse an einer Reform des Forums und einer Überarbeitung der „Ottawa-Declaration“ (Conley & Melino, 2016, S. 2). Auch die im Kapitel 4 vorgeschlagenen Reformmöglichkeiten sind keine Optionen für die ständigen Mitgliedsstaaten. Der Vorschlag der Europäischen Union, einen Vertrag für die Arktis ähnlich dem der Antarktis zu schließen, wurde sowohl von den Anrainerstaaten als auch von der indigenen Gemeinschaft abgelehnt. Erstere wollen nicht die Kontrolle über ein Gebiet abgeben, das weitgehend unter ihrer ausschließlichen Zuständigkeit steht und letztere sind über das Bild der Arktis empört, das von externen Akteuren gerettet werden muss (Exner-Pirot, 2012, S. 10)

Schlussendlich muss der Arktische Rat Sicherheitsfragen in sein Mandat aufnehmen. Es ist nicht mehr zeitgemäß und verursacht nur weitere Unruhen, wenn Sicherheitsfragen nicht mit den Anrainerstaaten angesprochen werden. Ein solcher Dialog würde den Anrainerstaaten die Möglichkeit geben, zu erörtern, welche Sicherheitspraktiken in der Arktis als akzeptabel angesehen werden können (ebd., S. 42). Gemeinsam könnte ein Verhaltenscodex für die Arktis erarbeitet werden, der gleichzeitig die Transparenz zwischen den Anrainerstaaten fördern könnte. Dieser Verhaltenscodex definiert nicht nur den Rahmen für die arktische Aufrüstung des Militärs, es könnten auch „Search-and-Rescue“-Maßnahmen definiert werden, sodass die Anrainerstaaten in Notfällen besser aufeinander abgestimmt wären. Diese Transparenz würde Vertrauen aufbauen, das Sicherheitsdilemma entschärfen und eine gesunde „Balance of Power“ in der Arktis wiederherstellen (ebd., S. 43).

Die Anrainerstaaten haben jedoch das Bedenken, dass die harten Sicherheitsfragen weiche untermauern könnten und dass sich das Forum zu einem Militärrat entwickeln könnte. Vor allem Russland und die USA betonen, dass die Zusammenarbeit in der Arktis gerade deswegen funktioniert, weil Sicherheitsfragen nicht Teil der Beratung sind. Jedoch ist die arktische Kooperation aufgrund von Spillover-Effekten weitestgehend zum Erliegen gekommen, wodurch sich nun die Frage stellt, wie die Zukunft gestaltet werden kann.

Laut Bartsch (2015) scheint der viel zitierte „Kampf um die Arktis“ und der „Neue Kalte Krieg“ unwahrscheinliche Zukunftsszenarien zu sein (Bartsch, 2015, S. 34). Die Staaten würden von einem heißen Konflikt in der arktischen Region wenig bis gar nicht von den arktischen Ressourcen profitieren. Im Gegenteil würde ein Konflikt die arktische Forschung

beeinträchtigen und die Erschließung der Ressourcen zusätzlich erschweren. Ein potenzielles Konfliktszenario wäre, das erhöhte Risiko von Fehleinschätzung bzw. Fehlinterpretation, in denen es durch den Bruch in der Kommunikation und die Kooperation zu Unstimmigkeiten und zu gegenseitigen Vorwürfen kommen kann.

Langfristig kann eine Veränderung der bipolaren zu einer multipolaren Weltordnung die Situation in der Arktis beeinflussen. Der Aufstieg neuer Staaten könnte das stabile Mächtegleichgewicht gefährden und eskalierende Konflikte provozieren. Die Anwendung von Gewalt käme dann zustande, wenn sich Staaten daraus einen größeren Nutzen als von Kooperation erwarten würden. Gleichzeitig würde das verändernde Mächtegleichgewicht das Sicherheitsdilemma weiter gefährden. Nichtsdestotrotz behaupten Humrich und Wolf (2011), dass in einem solchen Szenario kein direkter Territorialkrieg ausbrechen würde, sondern im Stil eines hybriden Krieges eine Besetzung und Blockade von Seegebieten ausgeführt würde (Humrich & Wolf, 2011, S. 229). Wirtschaftlich würde Russland dem Westen schaden, indem es die Nordostpassage blockieren und so die wirtschaftlichen Erträge mit Asien beeinträchtigen würde. Gemäß den Worten von Barry Scott Zellen „the world needs the arctic council now more than ever“ (Zellen, 2022, S. 1) sollten die Mitgliedsstaaten des Arktischen Rates jetzt gemeinsam handeln und dürfen nicht abwarten, bis etwas passiert. Der Dialog mit Russland sollte trotz aller Schwierigkeiten stattfinden, um eine Eskalation in der Arktis zu verhindern.

8 Conclusio

Die vorliegende Arbeit hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, welche Herausforderungen die internationale Zusammenarbeit in der Arktis prägen und welche Rolle der Arktische Rat dabei einnimmt. Im Zentrum der Analyse stand die Auseinandersetzung mit der wachsenden strategischen Bedeutung der Arktis sowie der politischen und wirtschaftlichen Dynamik, die diese Region charakterisieren. Die Forschungsfrage konnte durch eine umfassende Analyse der nationalen und internationalen Entwicklungen sowie durch eine kritische Auseinandersetzung mit den zugrundeliegenden Theorieansätzen beantwortet werden.

Als theoretisches Fundament dienten der (Neo-)Realismus und die Kritische Geopolitik, die es ermöglichten, die Arktis als Raum geopolitischer Machtkonkurrenzen und als Austragungsort globaler Ambitionen zu analysieren. Der Realismus hat insbesondere die nationalen

Eigeninteressen der Arktis-Anrainerstaaten beleuchtet, die oft im Spannungsfeld zwischen Kooperation und Konkurrenz agieren. Die Kritische Geopolitik ergänzte diese Perspektive, indem sie die Konstruktion der Arktis als strategisch bedeutendes Gebiet und die Rolle diskursiver Macht analysierte. Diese Ansätze boten ein robustes Rahmenwerk, um sowohl die rationale Handlungsweise der Staaten als auch die diskursive Prägung geopolitischer Interessen zu verstehen. Die Methodik stützte sich auf eine qualitative Inhaltsanalyse, die die systematische Auswertung von nationalen Strategiepapiere der Arktisanrainerstaaten ermöglichte. Diese Methodik erwies sich als besonders geeignet, um die vielschichtigen Interessen und Konfliktlinien der Region offenzulegen. Darüber hinaus wurde durch die Analyse der Struktur des Arktischen Rates die Rolle dieser Institution als moderierendes Organ untersucht. Dennoch ist festzuhalten, dass diese Methodik durch die ausschließliche Analyse schriftlicher Dokumente begrenzt ist. Eine Einbeziehung von Primärquellen wie Experteninterviews von Mitglieder des Arktischen Rates oder der Vertreter*innen ihrer Arbeitsgruppen könnte die Ergebnisse weiter untermauern.

Die Arbeit zeigt, dass in den kommenden Jahren vor allem die Flora und Fauna erheblich unter den veränderten Umweltbedingungen leiden werden und dies zum Aussterben zahlreicher Arten führen könnte. Die gravierenden klimatischen Veränderungen werden sich auch auf den Lebensraum der Menschen in dieser Region auswirken, sodass ein dauerhaftes Leben dort kaum noch möglich sein wird. Nahrungsmittelknappheit, der Verlust von Süßwasserquellen und der schwindende Lebensraum sind nur einige der Herausforderungen, vor denen die arktischen Bewohner*innen stehen. Insbesondere indigene Völker werden von Zwangsumsiedlungen betroffen sein, da ihre angestammten Gebiete unbewohnbar werden. Der Klimawandel in der Arktis hat darüber hinaus globale Auswirkungen. Die Versauerung der Ozeane und der Anstieg des Meeresspiegels infolge des schmelzenden Eises werden weltweit spürbar sein. Damit wird deutlich, dass der Kampf gegen den Klimawandel in der Arktis nicht nur eine regionale, sondern eine internationale Aufgabe ist.

Ein zentrales Ergebnis der Arbeit ist die wachsende Diskrepanz zwischen der ursprünglich kooperativen Ausrichtung des Arktischen Rates und den zunehmend konkurrierenden nationalen Interessen der Mitgliedsstaaten. Während der Arktische Rat in der Vergangenheit vor allem durch seine Rolle als Plattform für den Umweltschutz und die indigene Zusammenarbeit geprägt war, wird er heute durch geopolitische Spannungen und sicherheitspolitische Herausforderungen beeinträchtigt.

Insbesondere der Ausschluss Russlands aufgrund des Angriffes auf die Ukraine hat gezeigt, wie stark externe politische Entwicklungen die Funktionsweise des Rates beeinflussen können. Diese Entwicklung stellt nicht nur die Handlungsfähigkeit des Rates infrage, sondern erschwert auch die Umsetzung von Projekten zur nachhaltigen Entwicklung der Region, da diese wirtschaftlichen Interessen die Umweltaspekte zu dominieren drohen. Die wachsende Erschließung von Ressourcen wie Erdöl, Erdgas und seltenen Erden sowie die Öffnung neuer Schifffahrtsrouten im Zuge des Klimawandels erhöhen die wirtschaftliche Attraktivität der Region. Diese Entwicklungen haben nicht nur das Engagement von Anrainerstaaten wie den USA, Kanada und Norwegen verstärkt, sondern auch das Interesse nicht-arktischer Staaten wie China geweckt. Der sogenannte „arktische Wettlauf“ zeigt, dass wirtschaftliche Interessen zunehmend die politische Agenda in der Region dominieren und Kooperationsmechanismen belasten.

Als letztes Ergebnis, die diese Arbeit darlegt, ist die unzureichende Integrität der arktisch-indigenen Gemeinschaft. Obwohl die Gemeinschaft mittlerweile im Arktischen Rat ein vorbildliches Mitspracherecht (C. Krieger, persönliche Kommunikation, 3. September 2024: 13'29'') erhalten haben, werden ihre Interessen in den entscheidenden Prozessen oft nicht ausreichend berücksichtigt. Letztlich werden die wirtschaftlichen Interessen der Anrainerstaaten immer Vorrang vor den Belangen der indigenen Gemeinschaften haben, auch wenn die Regierungen in ihren offiziellen Strategiepapieren anderes verkünden.

Trotz der breiten Datenbasis und der systematischen Analyse bleibt diese Arbeit nicht ohne Einschränkungen. Ein zentrales Manko ist die bereits aufgezeigte fehlende Integration von Primärdaten. Interviews mit Entscheidungsträgern, Wissenschaftlern und Vertretern indigener Gruppen hätten es ermöglicht, die Perspektiven der Betroffenen direkt zu erfassen und die Interpretation der Ergebnisse zu erweitern. Diese Daten würden die Analyse ergänzen und die Arbeit auf ein höheres wissenschaftliches Niveau bringen. Die geopolitische Dynamik der Arktis ist ein sich kontinuierlich wandelnder Prozess, der langfristige Beobachtungen und Analysen erfordert. Eine Langzeitstudie oder eine vergleichende Analyse verschiedener Zeiträume könnte helfen, Muster und Trends besser zu erkennen. Für eine zukünftige Vertiefung des Themas wäre es ebenfalls empfehlenswert, eine stärker interdisziplinäre Perspektive einzunehmen. Die Einbindung von Umweltwissenschaften, Wirtschaftsanalyse und Sicherheitsstudien könnte das Verständnis der komplexen Verhältnissen in der Arktis erweitern.

Abschließend ist festzustellen, dass die Zukunft der Arktis maßgeblich durch die Dynamik von Geopolitik und Geoökonomie geprägt sein wird. Der Wettlauf um Ressourcen, die sicherheitspolitische Bedeutung neuer Handelsrouten und die Auswirkungen des Klimawandels sind Faktoren, die die Region in den kommenden Jahrzehnten nachhaltig verändern werden. Die Remilitarisierung der Arktis sowohl auf russischer als auch auf westlicher Seite haben die geopolitischen Spannungen erhöht und dadurch die Zusammenarbeit in der Arktis drastisch verschlechtert. Dabei wird es entscheidend sein, ob und wie internationale Mechanismen wie der Arktische Rat reformiert werden können, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Diese Entwicklungen stellen den Arktischen Rat vor Herausforderungen, die bislang nicht im Fokus des Forums standen. Sicherheitsfragen wurden im Arktischen Rat bewusst ausgeklammert, aber angesichts der aktuellen Lage wird sich das Forum in Zukunft unweigerlich mit diesen Themen auseinandersetzen müssen. Eine Reform des Arktischen Rates scheint daher unausweichlich. Es liegt in der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, die Arktis nicht nur als Raum der Konkurrenz, sondern auch als gemeinsamen Lebensraum zu betrachten, dessen nachhaltige Entwicklung von globaler Bedeutung ist. Nur durch eine bewusste und langfristige politische Strategie können Eskalationen verhindert und Chancen für Kooperation genutzt werden. Die politischen und militärischen Entwicklungen in der Arktis müssen weiterhin aufmerksam verfolgt werden, da die Bedeutung von Geopolitik und Geoökonomie in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter zunehmen wird. Die Arktis ist nicht nur ein Spiegelbild globaler Machtverhältnisse, sondern auch ein Prüfstein für die Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft, gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu finden.

9 Literaturverzeichnis

- Agreement on the prevention of nuclear war*. (1973, Juni 22). United Nations Treaties Collection. <https://treaties.un.org/doc/Publication/UNTS/Volume%20917/v917.pdf>
- Ålander, M., & Paul, M. (2022). *Moskau bedroht die Balance im hohen Norden. Angesichts der russischen Kriegspolitik rücken Finnland und Schweden näher an die Nato*.
- Ålander, M., Paul, M., & Swistek, G. (2022). Zeitenwende im arktisch-nordatlantischen Raum. Außen- und sicherheitspolitische Folgen des NATO-Beitritts von Finnland und Schweden. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 15(4), 361–371.
<https://doi.org/10.1007/s12399-022-00930-8>
- Albert, M., Reuber, P., & Wolkersdorfer, G. (2003). Kritische Geopolitik. In S. Schieder & M. Spindler (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen* (S. 505–529). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-86686-8_19
- Albrecht, T., Masala, C., & Tsetsos, K. (2014). Maritime Sicherheit in der Arktis – eine Fallstudie. In H. D. Jopp (Hrsg.), *Maritime Sicherheit im 21. Jahrhundert* (S. 207–226). Nomos. https://doi.org/10.5771/9783845259758_207
- AMAP. (2010). *Definitions of the Arctic region*.
- Arctic Council. (o. J.). *Arctic Council Indigenous Peoples' Secretariat* [Dataset]. Arctic Council Indigenous Peoples' Secretariat
- Arctic Council Secretariat. (2023). *The Arctic Council: A Quick Guide*. 3rd Edition.
oaarchive.arctic-council.org
- Arctic Monitoring and Assessment Programme. (1997). *Arctic Pollution Issues: A State of the Arctic Environment Report*. The Arctic Council.
<https://www.amap.no/documents/doc/arctic-pollution-issues-a-state-of-the-arctic-environment-report/67>

- Atteslander, P. (2010). *Methoden der empirischen Sozialforschung* (13. Aufl., Bd. 2100).
Erich Schmidt Verlag.
- Bartsch, G. M. (2015). *Zukunftsraum Arktis: Klimawandel, Kooperation oder Konfrontation?*
Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-09263-4>
- Baumann, R., Rittberger, V., & Wagner, W. (1999). Macht und Machtpolitik. Neorealistische
Außenpolitiktheorie und Prognosen über die deutsche Außenpolitik nach der
Vereinigung. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 6(2), 245–286.
- Bogner, A., & Menz, W. (2002). Das theoriegenerierende Experteninterview. In B. Littig, A.
Bogner, & W. Menz (Hrsg.), *Das Experteninterview. Theorie Methode, Anwendung*.
Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-93270-9>
- Buzan, B. (1991). *People, States, and Fear* (2. Auflage).
- Castellino, J., & Walsh, N. (Hrsg.). (2005). *International law and indigenous peoples*. M.
Nijhoff Publishers.
- Cepinskyte, A., Paul, M., & Stiftung Wissenschaft Und Politik. (2020). Großmächte in der
Arktis: Die sicherheitspolitischen Ambitionen Russlands, Chinas und der USA machen
einen militärischen Dialog erforderlich. *SWP-Aktuell*.
<https://doi.org/10.18449/2020A50>
- Conley, H. A., & Melino, M. (2016). An Arctic Redesign. Recommendations to Rejuvenate
the Arctic Council. *Center for Strategic and International Studies*.
- Cornell, S. (2005). Indigenous peoples, poverty and selfdetermination in Australia, New
Zealand, Canada and the United States. In R. Eversole, J.-A. Mcneish, & A. D.
Eversole (Hrsg.), *Indigenous peoples and poverty: An international perspective*. Zed
Books Ltd. <https://doi.org/10.5040/9781350220751>

- Creutziger, C., & Reuber, P. (2021). Diskurse von Geopolitik und ‚Neuem Kaltem Krieg‘ – Zur Veränderung medialer Repräsentationen von Russland und ‚dem Osten‘. *Geographica Helvetica*, 76(1), 1–16. <https://doi.org/10.5194/gh-76-1-2021>
- Czempiel, E.-O. (2002). *Neue Sicherheit in Europa: Eine Kritik an Neorealismus und Realpolitik*.
- Davis, A., & Vest, R. (2020). *Foundations of the Russian Federation State Policy in the Arctic for the Period up to 2035*. https://digital-commons.usnwc.edu/rmsi_research/5/
- Declaration on the Establishment of the Arctic Council*. (1996, Ottawa).
- Dolata, P. (2015). Die Arktis: Eine facettenreiche und sich wandelnde Region. *Internationale Politikanalyse*.
- Dröge, S. (2019). Die Folgen des Klimawandels als sicherheitspolitische Herausforderung. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 12(4), 405–416. <https://doi.org/10.1007/s12399-020-00790-0>
- Etzold, T., & Steinicke, S. (2015). *Regionale Sicherheit und Zusammenarbeit in der Arktis- und Ostseeregion. Destabilisierung als Folge der Krise um die Ukraine*.
- Exner-Pirot, H. (2012a). *How Gorbachev shaped future Arctic policy 25 years ago*. Anchorage Daily News. <https://www.adn.com/arctic/article/how-gorbachev-shaped-future-arctic-policy-25-years-ago/2012/10/01/>
- Exner-Pirot, H. (2012b). *New Directions for Governance in the Arctic Region*.
- Feldt, H. (2011). Stärkung indigener Organisationen in Lateinamerika: Indigene Völker und Klimawandel Zusammenhang zwischen Klimawandel und indigenen Völkern und ihre Positionen im Kontext der Verhandlungen zur Klimarahmenkonvention. *Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit*.
- Finger, M., & Heininen, L. (Hrsg.). (2019). *The Global Arctic Handbook*. Springer International Publishing. <https://doi.org/10.1007/978-3-319-91995-9>

- Gautier, D. L. (2008). *Circum-Arctic Resource Appraisal: Estimates of Undiscovered Oil and Gas North of the Arctic Circle* (Fact Sheet) [Fact Sheet]. U.S. Geological Survey.
<https://pubs.usgs.gov/fs/2008/3049/fs2008-3049.pdf>
- Government of Canada. (2019). *Canada's Arctic and Northern Policy Framework*.
<https://www.rcaanc-cirnac.gc.ca/eng/1560523306861/1560523330587>
- Gschnaller, S., ra, L., Jana, von S., Marie-Theres, B., & Moritz. (2016). Kurz zum Klima: Die Arktis als Getriebene und Treiberin des Klimawandels. . . *Mai*.
- Gu, X. (2010). Balance of Power. In *Handbuch der internationalen Politik* (1. Aufl., S. 67–75). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hagan, C. B. (1942). Geopolitics. *The Journal of Politics*, 4(4), 478–490.
<https://doi.org/10.2307/2125653>
- Heininen, L. (2018). ARCTIC GEOPOLITICS FROM CLASSICAL TO CRITICAL APPROACH – IMPORTANCE OF IMMATERIAL FACTORS. *GEOGRAPHY, ENVIRONMENT, SUSTAINABILITY*, 11(1), 171–186. <https://doi.org/10.24057/2071-9388-2018-11-1-171-186>
- Helfferrich, C. (2014). Leitfaden- und Experteninterviews. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 559–574). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_39
- Hoppe, S. (2022). Grenzen einer »unbegrenzten Freundschaft«. Russlands Krieg gegen die Ukraine und die Neujustierung der russisch-chinesischen Beziehungen. *Russland-Analysen*, 428, 2–6. <https://doi.org/10.31205/RA.428.01>
- Humrich, C., & Wolf, K. D. (2011a). Krieg in der Arktis? Konfliktszenarien auf dem Prüfstand. *Berliner Wissenschafts-Verlag, Logbuch Arktis: Der Raum, die Interessen und das Recht*(Osteuropa), 224–242.

- Humrich, C., & Wolf, K. D. (2011b). *Vom Meltdown zum Showdown? Herausforderungen und Optionen für Governance in der Arktik*. Hess. Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.
- Hunter, T. (2017). Russian Arctic Policy, Petroleum Resources Development and the eu: Cooperation or Coming Confrontation? In N. Liu, E. A. Kirk, & T. Henriksen (Hrsg.), *The European Union and the Arctic* (S. 172–199). Brill | Nijhoff.
https://doi.org/10.1163/9789004349179_008
- Ide, T. (Hrsg.). (2017). *Friedens- und Konfliktforschung*. Verlag Barbara Budrich.
- Järvenpää, P., & Ries, T. (2011). The Rise of the Arctic on the Global Stage. In J. Kraska (Hrsg.), *Arctic Security in an Age of Climate Change* (1. Aufl., S. 129–144). Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511994784.009>
- Keaney, B. A. (2006). The Realism of Hans Morgenthau. *USF Tampa Graduate Theses and Dissertations*. <https://digitalcommons.usf.edu/etd/2580>
- Keil, K. (2018). *Im Spannungsfeld zwischen Kontinuität und Wandel – Der Arktische Rat als zentrales Forum der Arktiskooperation*.
- Kelly, P. (2019). Rescuing Classical Geopolitics: Separating Geopolitics from Realism. *Geopolitics, History, and International Relations*, 11(1), 41–58.
- Kindermann, G. (2010). Klassischer Realismus und Synoptischer Neorealismus. In *Handbuch der internationalen Politik* (1. Aufl., S. 41–52). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klein, D. (2023). Gemeinsame Sicherheit—Trotz alledem! *Rosa-Luxemburg-Stiftung*.
www.rosalux.de/publikation/id/47780
- Klimenko, E. /SIPRI. (2023). *THE GEOPOLITICS OF A CHANGING ARCTIC*.
- Knecht, S. (2015). Die Mär vom Kalten Krieg. Wie geopolitische Paradigmen in den internationalen Beziehungen im Arktisraum (re)produziert werden. *Sicherheit & Frieden*, 33(3), 1–6. <https://doi.org/10.5771/0175-274X-2015-3-1>

- Knecht, S. (2017). The politics of Arctic international cooperation: Introducing a dataset on stakeholder participation in Arctic Council meetings, 1998–2015. *Cooperation and Conflict*, 52(2), 203–223. <https://doi.org/10.1177/0010836716652431>
- Krieger, C. (2024, September 3). [Interviewt von De Almeida Pedro Loic; Zoom online].
- Kröger, M. (2019). The Global Land Rush and the Arctic. In M. Finger & L. Heininen (Hrsg.), *The Global Arctic Handbook* (S. 27–43). Springer International Publishing. https://doi.org/10.1007/978-3-319-91995-9_3
- Lepers. (2021, Mai 21). *L'Arctique au cœur d'une nouvelle guerre froide? - Portail de l'IE*. <https://www.portail-ie.fr/univers/enjeux-de-puissances-et-geo-economie/2021/larctique-au-coeur-dune-nouvelle-guerre-froide/>
- Lohmann, D., & Podbregar, N. (2012). *Im Fokus: Entdecker*. Springer Berlin Heidelberg. <https://doi.org/10.1007/978-3-642-24337-0>
- Marshall, T. (2022). Die Arktis. In *Die Macht der Geographie. Wie sich Weltpolitik anhand von 10 Karten erklären lässt* (18. Aufl.). Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Masala, C. (2011). Warum (Neo-)Realisten (meistens) keinen Krieg mögen. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 4(S1), 253–269. <https://doi.org/10.1007/s12399-011-0209-4>
- Masala, C. (2017). Realismus in den Internationalen Beziehungen. In *Handbuch Internationale Beziehungen* (2. Aufl.). Springer VS.
- Mathis, J., & published, T. W. U. (2023, Juni 22). *The new Cold War in the Arctic, explained*. Theweek. <https://theweek.com/climate-change/1024426/the-new-cold-war-in-the-arctic-explained>
- Mayring, P. (1994). Qualitative Inhaltsanalyse. In A. Boehm, A. Mengel, & T. Muhr (Hrsg.), *Texte verstehen: Konzepte, Methoden, Werkzeuge*. Univ.-Verl. Konstanz.

- Mayring, P. (2008). Neuere Entwicklungen in der qualitativen Forschung und der Qualitativen Inhaltsanalyse. In M. Gläser-Zikuda & P. Mayring (Hrsg.), *Die Praxis der Qualitativen Inhaltsanalyse* (2. Aufl.). Beltz Verlag.
- Mayring, P., & Fenzl, T. (2014). Qualitative Inhaltsanalyse. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 543–556). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_38
- McCannon, J. (2012). *A history of the Arctic. Nature, Exploration and Exploitation*. Reaktion Books Ltd.
- Ministry of Foreign Affairs. (2011). *Kingdom of Denmark Strategy for the Arctic 2011–2020*.
- Morton, K. (2016). The Arctic Ocean: Can the Arctic Council be a Competent International Organization? *Hein Online*, 30. DOI 10.1163/9789004321595_012
- Norwegian Ministries. (2021). *The Norwegian Government's Arctic Policy*. https://www.regjeringen.no/en/dokumenter/arctic_policy/id2830120/
- Olsen, L. (2019). Sámi People at Different Levels of Decision-Making Processes in the Global Arctic. In M. Finger & L. Heininen (Hrsg.), *The Global Arctic Handbook*. Springer International Publishing.
- Opitz, A. (2017). Konferenzbericht: Globale Konfliktbewältigung und multilateral agierende Partner. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 10(1), 105–109. <https://doi.org/10.1007/s12399-017-0610-8>
- Overhaus, M., & Schieber, S. (2010). Institutionalismus. In C. Masala, F. Sauer, & A. Wilhelm (Hrsg.), *Handbuch der internationalen Politik* (1. Auflage, S. 506). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Paal, S. H. (2022). *Auf Eis gelegt: Sicherheitspolitik und internationale Beziehungen in der Arktis nach der Zeitenwende*. Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

- Paul, M. (2019). *Polarmacht USA: Mit Volldampf in die Arktis*. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). <https://www.swp-berlin.org/publikation/polarmacht-usa-mit-volldampf-in-die-arktis>
- Paul, M., & Swistek, G. (2021). Russland in der Arktis: Entwicklungspläne, Militärpotential und Konfliktprävention. *SWP-Studie*. <https://doi.org/10.18449/2021S19>
- Rahbek-Clemmensen, J. (2017). The Ukraine crisis moves north. Is Arctic conflict spill-over driven by material interests? *Polar Record*, 53(1), 1–15.
<https://doi.org/10.1017/S0032247416000735>
- Reuber, P. (2012). *Politische Geographie*. F. Schöningh.
- Reuber, P. (2014). Geopolitische Repräsentationen in den Medien. Alte Leitbilder oder neue Risikoszenarien? *Sicherheit und Frieden (S+F) / Security and Peace*, 32(3), 222–224.
- Rey, L. (1987). The Arctic: Mankind's Unique Heritage and Common Responsibility. *Arctic and Alpine Research*, 19(4. Restoration and Vegetation Succession in Circumpolar Lands: Seventh Conference of the Comité Arctique International), 345–350.
<https://doi.org/10.2307/1551398>
- Richter, W. (2022). Ukraine im NATO-Russland-Spannungsfeld: Sicherheitsvereinbarungen und Rüstungskontrolle müssen wiederbelebt werden. *SWP-Aktuell*.
<https://doi.org/10.18449/2022A11>
- Rohde, C. (2022). Die potenziellen geopolitischen Folgen des Ukraine-Krieges. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 15(2–3), 201–220. <https://doi.org/10.1007/s12399-022-00922-8>
- Rosen, K. R. (2022, Dezember 17). *A Battle for the Arctic Is Underway. And the U.S. Is Already Behind*. POLITICO.
<https://www.politico.com/news/magazine/2022/12/17/climate-change-arctic-00071169>

- Rothfuß, R. (2011). *Geographische Konfliktforschung und Geo-politik: Zukunftsaufgabe Friedenssicherung. Jahresheft Geopolitik 2010(4)*.
- Rotter, A. (2021). Sicherheitspolitische Herausforderungen in der Arktis. *Hanns Seidel Stiftung, Argumentation Kompakt*.
- Rowe, E. W. (2018). *Arctic governance: Power in cross-border cooperation*. Manchester University Press.
- Saxinger, G., Schweitzer, P., & Donecker, S. (2016). Einleitung. In G. Saxinger, P. Schweitzer, & S. Donecker (Hrsg.), *Arktis und Subarktis: Geschichte, Kultur und Gesellschaft*. nap, new academic press.
- Scherrer, C. (1994). Critical International Relations. Kritik am neorealistischen Paradigma der internationalen Beziehungen. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 24(95), 303–323. <https://doi.org/10.32387/prokla.v24i95.1004>
- Schnell, M., Schulz, C., Kolbe, H., & Dunger, C. (Hrsg.). (2013). *Der Patient am Lebensende: Eine Qualitative Inhaltsanalyse*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19660-2>
- Seipp, A. (2021, Mai 19). *Kalter Krieg in der Arktis: Russland baut Machtstellung aus – USA wollen Militarisierung verhindern*. <https://www.fr.de/politik/kalter-krieg-arktis-russland-usa-militaer-klimawandel-ressourcen-90653260.html>
- Sheng, E. L. (2023). *Chancen und Herausforderungen in der Arktis: China, Russland und die USA – Zusammenarbeit und Wettbewerb*. Springer Nature Singapore. <https://doi.org/10.1007/978-981-19-5972-1>
- Sidorova, E. (2019). Circumpolar Indigeneity in Canada, Russia, and the United States (Alaska): Do Differences Result in Representational Challenges for the Arctic Council? *ARCTIC*, 72(1), 71–81. <https://doi.org/10.14430/arctic67955>
- Soare, S. R. (2020). *Great power competition and Euro-Atlantic defence in the High North*.

- Spohr, A. P., Da Silva Höring, J., Gimenez Cerioli, L., Lersch, B., & Gihad Alves Soares, J. (2013). The Militarization of the Arctic: Political, Economic and Climate Challenges. *UFRGS Model United Nations Journal, Vol. 1*, 11–70.
- Stuvøy, K., & Dale, B. (2011). Der Arktische Rat: Gesundheitsmanagement zwischen Wissenschaft und Politik. *Osteuropa*, 61(2/3), 300–309.
- The White House. (2022). *National Strategy for the Arctic Region* (Washington).
- Toivanen, R. (2010). Probleme und Interessen der arktischen Ureinwohner. In B. Rill (Hrsg.), *Die Arktis. Ressourcen, Interessen und Probleme: Bd. Berichte und Studien 91* (S. 53–67). Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
- Trams, I. (2024, Juli 8). *Was hinter Manöver „Arctic Defender“ steckt* [Artikel]. zdf_heute. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/nato-luftwaffe-arctic-defender-100.html>
- United Nations. (o. J.). *United Nations Convention on the Law of the Sea*.
- Wall, C., & Wegge, N. (2023). *The Russian Arctic Threat*.
- Waltz, K. N. (1979). *Theory of international politics*. Wesley.
- Waltz, K. N. (1986). *Reflections on Theory of International Politics. A Response to My Critics.: Bd. In Neorealism and its critics* (R. O. Keohane, Hrsg.). Columbia University Press.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hrsg.). (2008). *Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel*. Springer.
- Wu, Z. (2018). Classical geopolitics, realism and the balance of power theory. *Journal of Strategic Studies*, 41(6), 786–823. <https://doi.org/10.1080/01402390.2017.1379398>
- Zellen, B. (2022). As War in Ukraine Upends a Quarter Century of Enduring Arctic Cooperation, the World Needs the Whole Arctic Council Now More Than Ever. *The Northern Review*, 54. <https://doi.org/10.22584/nr54.2023.005>

Zellen, B. S. (2022). *The world needs the Arctic Council now more than ever*.

10 Anhang

10.1 Karten und Tabellen

Abbildung 1: Die Arktis, definiert durch die Temperatur, und die arktische Meeresgrenze, die auch die Grenze des AMAP-Bewertungsgebiets zeigt (Stonehouse, 2007)	2
Abbildung 2: Nordost- und Nordwestpassage (Furian, 2016).....	4
Abbildung 3: Vermutete Gas Felder (Gautier, 2008)	5
Abbildung 4: Vermutete Öl Felder (Gautier, 2008)	6
Abbildung 5: Kategorien und Kriterien der Häufigkeitsanalyse.....	29
Abbildung 6: Häufigkeitstabelle der arktischen Strategiepapiere	40
Abbildung 7: Kategorien und Ziele des Arktischen Rates laut Strategieplan 2021 – 2030.....	72

10.2 Interviewtranskript

Interview mit Herrn Carlo Krieger, Präsident des luxemburgischen Netzwerkes polar.lu

Carlo Krieger (C.K.)

Studierender Loic Pedro (L.P.)

C.K.: Ich hoffe, es sind nicht zu viele Nebengeräusche. Ich bin ja im Café hier.

L.P.: Nein, nein, passt alles. Für mich passt's so.

C.K.: Super. Wunderbar.

L.P.: Vielen Dank, Herr Krieger, dass Sie sich Zeit genommen haben, in diesem Interview teilzunehmen. Im Rahmen meiner Masterarbeit möchte ich mit Ihnen über die Herausforderungen und Möglichkeiten der internationalen Kooperation in der Arktis besprechen, insbesondere angesichts der geopolitischen Spannungen und der Rolle von Institutionen wie dem Arktischen Rat. Und Sie haben ja vorhin gesagt, dass Sie in Wien waren und auch in Chicago studiert haben, vor allem im Bereich zu den indigenen Bevölkerern Nordamerikas, einschließlich Arktis und Subarktis, und sind auch zudem Präsident von Polar.lu.

Es ist sehr interessant von einer luxemburgischen Perspektive, dass ein kleines Land wie Luxemburg sich so stark in die arktische Region einsetzt. Könnten Sie mir vielleicht bitte einen kurzen Überblick geben, welche Tätigkeiten oder Aufgabenbereiche Polar.lu hat?

C.K.: Polar.lu ist ein Netzwerk. Es bringt zusammen Studierende und Personen, die Abschluss haben in Polar-Studien, ob das jetzt Arktis oder Antarktis ist, die sich zusammen verschiedene Dinge tun, erstens sich austauschen, zweitens möglichst vorträgliche Öffentlichkeitsarbeit machen zu den Polarregionen. Unser Heimat ist das Naturhistorische Museum in Luxemburg. Dort haben wir unseren Vereinsitz und von Zeit zu Zeit haben wir dort öffentliche Vorträge. Daneben nimmt Polar.lu an allen Wissenschafts- und Umweltveranstaltungen, zum Beispiel an der Foire und im Environment und solche Sachen teil, in Luxemburg. Und unsere Mitglieder bestehen aus Polarforscher, die selber in der Polarregion geforscht haben, und aus Studenten, die Polarthematik studiert haben, aber heute in luxemburgischen Erziehungswesen tätig sind, das heißt, das sind dann in den Lycées, das in Luxemburg heißt Professoren, Lehrer in Lycées, und die natürlich auch sehr viel ihr Wissen zu den Polarregionen und zur Umwelt einfließen lassen. Das heißt, es ist eine wissenschaftliche ASBL, also ein gemeinnütziger Verein, der auf der einen Seite versucht, Wissenschaftler zusammenzubringen, zu unterstützen, und auf der anderen Seite, was man als Outreach bezeichnen kann, auch in der Schule, in den zwei Bereichen des Polartechnik.

L.P.: Okay, gut, vielen Dank für die präzise Antwort, sehr interessant.

L.P.: Ich würde dann vorschlagen, nun tiefer in die Thematik hineinzugehen, beginnend mit einer allgemeinen Frage zur Arktis. Wir wissen ja, dass die Arktis besonders stark vom Klimawandel betroffen ist und Wissenschaftlerinnen sprechen davon, dass die Arktis zehnfach stärker erwärmt als der Rest der Welt. Wie würden Sie die Rolle der Arktis im Zusammenhang mit globalen Umweltfragen und dem Klimawandel beschreiben, oder wie wichtig ist die Arktis für das globale Ökosystem?

C.K.: Ja, für uns ist es ganz klar, dass die Arktis, die Enttauung oder das Schmelzen, viel dramatischer ist, als es je vorausgesagt wurde. Und in dem Sinne ist natürlich die Arktis besonders betroffen von Umweltveränderungen, was die Bevölkerung der Arktis angeht, da die Arktis ja bewohnt ist. Viele Dörfer, Häuser werden instabil, die Dörfer müssen umziehen in andere Gebiete, die nicht von der Erderwärmung oder von dem Enteisen des Permafrost betroffen sind. Das ist das eine Problem. Das andere Problem ist natürlich auch, dass dadurch, dass das Eis schmilzt und weniger Eis im Sommer und teilweise auch im Winter dort ist, oder

im Winter ist das Eis dünner, das ist ein Problem. Das heißt, die Tiere, die dort wohnen, müssen sich eine neue Realität anpassen, sie müssen sich angewöhnen, sie müssen anders ihr Nahrung suchen und sie tun das, indem sie zu nah an die Ortschaften kommen. Das ist ein großes Problem für die Bewohner dieser Ortschaften. Das ist auch ein Problem für die Tiere, denn es gibt Tierarten, die jetzt in Arktisgewässern schwimmen, die vorher nicht da waren. Zum Beispiel der Orca, der Killerwal, der viel weniger in der Arktis war, als er heute ist und er doch andere Jagdmöglichkeiten vorfindet.

L.P.: Sehr interessant. Ich möchte dann auch noch gerne im Bereich der Umwelt und des Klimawandels bleiben, aber auch das wirtschaftliche Potenzial der Arktis anschneiden, das man ja auch nicht verleugnen darf. Der Klimawandel, wie Sie ja eben gerade besprochen haben, wird die Arktis eisfreier gestalten und dadurch wird dann auch der Zugang zu natürlichen Ressourcen von Öl und Gas oder seltenen Erden ermöglicht. Eine US-amerikanische Studie aus dem Jahr 2008 hat dies ja veröffentlicht und seitdem wird ein regelrechter Wettlauf zwischen den Anrainerstaaten in den Medien debattiert. Wie sicher sind wir überhaupt, dass dort Öl und Gas in großen Mengen vorkommen, wenn man bedenkt, dass zum Beispiel in Grönland die Extrahierung von Öl und Gas schon gestoppt wurden, weil nicht ausreichend Ressourcen da waren?

C.K.: Ja, ich glaube, auf der anderen Seite, wie Sie sagen, die Wirtschaft reguliert sich selber. Wenn etwas nicht finanziell interessant ist, dann wird es nicht getan. Ich weiß jetzt nicht so sehr persönlich von der Arktis, als oft neue Rohstoffe zu suchen, obwohl natürlich die Arktis bekannt ist für ihre Ölvorkommen, zum Beispiel in Alaska. Aber etwas, was uns sehr ins Auge sticht, ist dadurch, dass die Arktis eisfrei wird, wird die Arktis als neuen Schifffskanal, als eine Abkürzung, als eine neue Schiffsroute unter anderem von Asien nach Europa benutzt. Und dieses große neue Verkehrsaufkommen, kann man fast sagen, bringt natürlich enorme Änderungen mit sich, wenn dauernd ein paar Hundert, wenn sich Tausende von Schiffen jetzt diese nördliche Route benutzen. Also wird die Arktis doch eine Autobahn und es wird nicht ausbleiben, dass auch dort Unfälle mit Schiffen und der Unreinigung durch Schiffe mit sich gebracht werden.

L.P.: Ja, genau, Sie haben ja jetzt die nördlichen Seerouten angesprochen. Welche Herausforderungen sehen Sie dann, vor allem bei den Anrainerstaaten, eine gewisse Balance zwischen der Ressourcennutzung und der Transportwege und dem Umweltschutz in der Arktis?

C.K.: Ich meine, was die Arktis einzigartig macht und leider normal in einem geopolitischen Sinne ist, dass es im Gegensatz zur Antarktis keinen Vertrag der Benutzung gibt. Die Arktis wird an sich nicht von einem internationalen Vertrag kreditiert, unterliegt keinem internationalen Vertrag, unterliegt nur dem guten Willen der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten des Arktischen Rates, über den sie arbeiten. Dieser hat vorbildliche Arbeit geleistet und ist aber nur in Anführungszeichen ein freiwilliges Gremium von Staaten, die zusammenarbeiten möchten und wollen. Das Problem ist, dass, wie Sie das auch in Ihrer Arbeit beschreiben, dass die geopolitische Situation es dazu geführt hat, dass die westlichen Staaten die Russland, weil es diesen Angriff in die Ukraine angezettelt hat, dass sie Russland ausgeschlossen haben aus dem Arktischen Rat als politische Sanktion wegen dem Krieg in der Ukraine. Das mag eine gute Sache sein, jedoch wenn es um die tagtägliche Situation in der Arktis geht, ist das problematisch, denn wir haben jetzt einen Staat, der einen großen Teil der Arktis in seinem eigenen Hoheitsgebiet hat, mit dem wir nicht mehr sprechen wollen, können und das bringt neue Herausforderungen mit sich.

L.P.: Sie haben ja gerade den Angriff auf die Ukraine angesprochen. In der Wissenschaft reden wir hier von Spillover-Effekten. Glauben Sie, dass die Arktis so eine Region ist, die von Spillover-Effekten betroffen sein kann?

C.K.: Ich meine, die Arktis ist eines der Opfer dieses Angriffs von Russland gegen die Ukraine, in dem Sinne, dass wir nicht mehr mit den Russen an einem Tisch sitzen können und auch nicht mehr die Russen in die Verantwortung nehmen können, wie ihr Teil der Arktis zu behandeln ist. Vorher haben wir alle versucht, internationale Regeln zu haben, uns an gemeinsame Regeln zu halten, Dinge zu verhandeln im gemeinsamen Interesse und jetzt ist die Arktis kein gemeinsames Interesse mehr für die Mitgliedstaaten des Arktischen Rates, da Russland ausgeschlossen wurde. Was heißt das in der Praxis? Heißt das, dass Russland jetzt keine Verantwortung mehr hat, nur noch etwas zu tun? Können wir den nicht mehr auf die Finger klopfen? Ich glaube, das ist etwas, was sich zeigen wird in der Sitzungen des Arktischen Rates ohne Russland. Wie benehmen die Mitglieder sich? Wie sehen sie die ganze Situation? Luxemburg ist kein Mitglied des Arktischen Rates. Das Einzige, was uns verbindet, ist eine große Sorge. Eine Sorge um die Zukunft der Arktis, wenn die Arktis in staatliche, nationale Interessen unterteilt wird, dann ist das natürlich nicht im Interesse der Weltgemeinschaft und auch nicht im Interesse eines guten Umweltschutzes.

L.P.: Da haben Sie vollkommen recht und da würde ich auch noch gerne die Rolle der indigenen Bevölkerer im Arktischen Rat auch anschneiden, weil Sie haben ja gesagt, es geht um gemeinsame Interessen, aber welchen Bedeutung messen Sie dann den indigenen Völkern der Arktis bei und wie gut werden deren Interesse in der internationalen Politik berücksichtigt? Ich glaube, Sie sind ja ein Spezialist für Fragen zu den indigenen Bevölkerer und Sie haben ja auch gerade eben davon geredet, dass die Arktis völkerrechtlich nicht aufgeteilt ist. Wie können sich die indigenen Bevölkerer dort dann positionieren?

C.K.: Ich glaube, die indigenen Völker haben im Arktischen Rat einen vorbildlichen Mitspracherecht bekommen von Anfang an, besonders durch die skandinavischen Länder und auch Kanada, die sehr sehr fortschrittlich sind als die Rechte der Bevölkerung. Wenn man zum Beispiel Schweden und Finnland nimmt, so sind die Sami, haben in diesen beiden Ländern Rechte, die indigene Bevölkerungen in vielen anderen Ländern und auch ähnliche Gegenden hier in der Arktis, die die nicht haben. Und in dem Sinne war die, oder ist der Arktische Rat, ein zukunftsweisendes Modell für die Zusammenarbeit mit indigenen Bevölkerungen. Dass das in Russland natürlich anders gehandhabt wurde, als die russische Regierung den indigenen Bevölkerungen Russlands ihre Rolle gebremst hat oder die selber die Kontrolle übernommen hat und selber diese Bevölkerung begrenzt hat in ihrer Teilnahme, das ist natürlich eines der Probleme der letzten Jahrzehnte gewesen.

L.P.: Und wenn wir jetzt beim Arktischen Rat bleiben, glauben Sie, dass der Arktische Rat, es ist ja nur ein Forum, es ist ja keine internationale Institution, aber glauben Sie, dass der Arktische Rat stark genug ist, um geopolitische Spannungen in der Arktis zu managen? Wo sehen Sie die Schwächen des Arktischen Rates?

C.K.: Ich glaube, der Arktische Rat kann, wie wir eben vorher gesagt haben, leider nicht unabhängig von anderen Konflikten handeln. Und in dem Sinne kann der Arktische Rat die Augen nicht zumachen, wenn es um die Ukraine geht, die russischen Kriege in der Ukraine. Und ich glaube, das ist das Hauptproblem, dass man nicht segmentieren kann und sagen kann, die Umwelt und die Arktis sind ein Thema, das kann nicht, die Zusammenarbeit dort muss weitergehen, sie kann nicht beeinflusst werden von anderen Dingen, die irgendwo anders auf der Welt geschehen. Leider können wir das nicht in der Form umsetzen, denn wir haben ja entschieden, dass wir Russland sanktionieren, indem es nicht mehr in dem Arktischen Rat mitmachen kann. Ich weiß nicht, was die Stärken unter sich, die Teilnehmer des Arktischen Rates, zu den Luxemburgern nicht gehört. Ich weiß nicht, was die Überlegungen dort sind, ob

es noch kleine Zusammenarbeit an vitalen Grenzen gibt oder in anderen Regionen der Arktis, wo man Russland braucht, die Nachbarstaaten, die Anrainerstaaten. Das entfällt leider meiner Kenntnis. Ich glaube, das ist ein Thema, was auch interessant für Sie sein könnte. Gibt es pragmatische Verbindungen?

L.P.: Und wie sehen Sie die Aufnahme von Sicherheitsfragen im Arktischen Rat? In der Wissenschaft wird ja immer eine Reformierung des Arktischen Rates gefordert, weil seit der Gründung des Arktischen Rates wurden ja bewusst Sicherheitsfragen nicht mit aufgenommen zur Debattierung der Themen, wie sehen Sie das? Würden Sie dafür plädieren für eine Aufnahme von Sicherheitsfragen im Arktischen Rat?

C.K.: Ich glaube, das ist ganz einfach eine Realität. Natürlich, wenn man wissenschaftlich die Arktis betrachtet, so sollte man das tun ohne die Politik. Aber da es keinen Vertrag gibt, der die Arktis regiert, ist es leider unausweichlich, dass solche Diskussionen, solche Vorschläge auf den Tisch kommen. Ich glaube, das ist das größte Problem in der Arktis, dass wir keinen antarktischen Vertrag haben, wie wir das in der Antarktis haben. So sehr wir Wünsche, Hoffnungen äußern können, so sehr stoßen wir uns doch immer an die Realität, dass es sich um Nationalstaaten handelt, die eigene Interessen haben, die sich an einen Tisch setzen müssten, um diese zusammen durchzugehen, um zu verhandeln. Im Augenblick haben wir entschieden, dass wir nicht mit Russland verhandeln wollen. Deshalb ist meine Hoffnung, vielleicht gibt es doch ein paar minimale Dinge, mit denen man zusammenarbeitet. Aber das ist eher eine Frage der Nachbarländer Russlands, die die Natur teilen, die Umwelt teilen, die Arktischen Ozeane, die Russland teilen. Und da kann ich Ihnen nicht sagen, was da geschieht, keine Ahnung.

L.P.: Das ist eher eine Zukunftsperspektive-Frage, die auch noch sehr offensteht. Vielleicht nur zum Abschluss. Glauben Sie dann aber mit einer großen Hoffnung, dass die Arktis, wie Gorbatschow es beschrieben hat, eine Zone des Friedens bleibt? Oder sehen Sie, dass die Arktis in einem etwas heißeren Konflikt ausartet, ich würde jetzt nicht den Begriff Krieg benutzen, aber so einen kleineren Konflikt, durch Missinterpretationen bei den anderen Staaten, durch die globalen geopolitischen Spannungen, dass da irgendetwas vorfallen könnte, mit Transportwegen zum Beispiel?

C.K.: Ja, ich meine, im Augenblick ist die Arktis ja hauptsächlich zum Gespräch als ein kürzerer, schnellerer und günstiger Transportweg. Und natürlich sind da sicherheitspolitische Fragen im Raum, aber solange es sich nur um Transport handelt, um wirtschaftliches Interesse, glaube ich, wird der Konflikt nicht stärker werden. Oder hoffe ich wenigstens, dass der Konflikt

nicht eskaliert. Es sind ja auch nichtregionale Länder, die Asiaten, die südostasiatischen Länder, die großen Handelsnationen, die großen Produzenten wie China, Japan und andere südostasiatische Staaten sind ja sehr daran interessiert, diesen Handelsweg zu benutzen. Der kann ihren Wirtschaften auch sehr helfen. Das alleine, glaube ich, ist eine nichtpolitische, nichtmilitärische Nutzung. Und da darf man auch, wenn wir nicht froh sind, dass die Arktis schmilzt, das Eis schmilzt, aber solange es sich um eine Zusammenarbeit für eine Wirtschaftsfrage handelt, sind wir ja noch weit weg von diesem Szenario der militärischen Interessen.

L.P.: Dann vielen Dank für ihre Zeit und ihre umfassenden Antworten. Das hat mir sehr sehr geholfen mit einem Experten zu reden und bedanke mich sehr herzlich für ihre Zeit.

[...]

Interview aufgezeichnet am 03.09.2024 um 15h05.

Vereinfachte Version des Interview.